

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 2.50 RM., monatlich 1.10 RM.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Multiplizierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 RM. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Streifen für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 ober deren Raum 10 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Inserats-
 und Besammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stell-
 gebundene) Wort 20 Pfg., jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schin-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteilung täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 26. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Zerrbild einer Reform.

Cabour hat bekanntlich gemeint, mit dem Ausnahmezustand kann jeder Fasel regieren. Was für einen Minister des Innern der Ausnahmezustand, das ist für einen Finanzminister die Erhöhung der indirekten Steuern. Es gibt ja auch in der Tat kein primitiveres Mittel, leere Staatskassen zu füllen, als die Steuerfahne noch ein paarmal herumzudrehen nach dem bewährten Rezept: „Die Masse muß es bringen“. Diese geistlose Methode ist die Methode des Herrn v. Sydow. Der neue Staatssekretär hat nicht einmal, wie die meisten seiner Vorgänger, den leisesten Versuch gemacht, um in das verworrene und unübersichtliche Finanzsystem des Deutschen Reiches etwas Ordnung zu bringen. Seine ganzen Anstrengungen waren nur darauf gerichtet, nach der Methode des Prospekt- und Projektentwerfers Dernburg sein Dopus in der Öffentlichkeit zu „lanzieren“. Und schon weiß eine Zeitung zu melden, daß nach dem Muster von Dernburgs berühmter Dattelsteuerebe auch Herr v. Sydow persönlich auf Agitation gehen und demnächst in den großen Sälen der Ausstellungshallen am Zoologischen Garten Vorträge über seine Finanzreform halten wird. Allerdings wird sein Erfolg kaum so groß sein, wie der seines afrikanischen Kollegen; denn über das Steuerzahnen weiß selbst der deutsche Philister besser Bescheid als über die südwestafrikanischen Trugbilder, und Herr v. Sydow wird trotz des günstigen gelegenen Lokals wohl kaum allzubiel Zustimmungsgelächel vernehmen.

Es ist auch wirklich zu viel, was Sydow dem deutschen Volke zumutet. Wie sehr sich dieser Minister ausschließlich als ein Minister der Reichen fühlt, beweist am besten sein journalistischer Rechtfertigungsversuch in der „Deutschen Rundschau“. Seine Bemühungen gelten gar nicht der aufreizenden Tatsache, daß in den Zeiten einer schweren Krise, nachdem erst vor fünf Jahren dem deutschen Volke durch den Wuchertarif mit einem Schlag alle seine Bedürfnisse enorm verteuert worden sind, wieder Hunderte von Millionen aufgebildet werden, sondern sein ganzer Eifer ist auf den Nachweis gerichtet, daß die Unternehmer von den neuen Steuern keinen Nachteil zu erwarten hätten. Es sei alles aufgebieten worden, versicherte er, damit die ganze Steuerlast auf die Konsumenten übergewälzt werde. So sehr fühlt sich der Minister als Vertreter des Kapitals, daß all sein Trachten darauf gerichtet ist, daß auch kein Mittelchen der neuen Steuern aus dem Kapitalprofit gezahlt werde. Die Schröpfung der breiten Massen gilt diesem Manne als der Triumph seiner Finanztechnik!

Die ganze Armseligkeit der Steuerreform wird aber erst klar, wenn man sie mit den Problemen vergleicht, die eine wirkliche Reform zu lösen hätte. Das deutsche Reich hat auch heute, 38 Jahre nach seiner Gründung, keine völlig selbständige Finanzwirtschaft. Durch die Matrilinearbeiträge bleibt es immer in Abhängigkeit von den Bundesstaaten. Ein partikularistischer Goyf in unserer Verfassung, womit sie Bismarck seinerzeit mit voller Absicht geschmiedet hat. Denn wenn Bismarck auch das allgemeine gleiche Wahlrecht für den Reichstag einführen mußte, um die Reichseinheit gegen partikularistische Sonderbestrebungen bei den Höfen und reaktionären Volksschichten sicher zu stellen, so suchte er auf der anderen Seite doch diesem ihm gefährlich scheinenden Reichstag des gleichen Wahlrechts möglichst wenig Rechte einzuräumen. Dem diente vor allem das Prinzip, direkte Reichssteuern, ohne die ein wirklich wirksames Budgetrecht nicht existiert, zu vermeiden und die Reichseinnahmen durch ein für allemal festgesetzte indirekte Steuern und Zölle sowie aus den Beiträgen der Bundesstaaten, den Matrilinearbeiträgen, zu bestreiten. Auch im Falle eines heftigen Konflikts mit dem Reichstage, der zur Budgetverweigerung geführt hätte, hätte Bismarck die Sicherheit gehabt, daß die Finanzen des Reiches nicht wesentlich in Mitleidenschaft hätten gezogen werden können. Nun haben sich ja seitdem die Dinge gewaltig geändert. Die Umschichtung der Bevölkerung durch die industrielle Entwicklung hat längst die Gleichheit des Wahlrechts zu einem Schein gemacht und den kleinen Wahlkreisen ein Pluralitätswahlrecht verliehen, das das Wahlrecht der städtischen Schichten, vor allem aber des industriellen Proletariats, in seiner unmittelbaren politischen Wirksamkeit außerordentlich herabdrückt. Das deutsche Bürgertum hat sich gegen den Ansturm der Sozialdemokratie schon längst zu einer reaktionären Masse vereint und von dem deutschen Reichstag ist wahrlich nicht zu befürchten, daß er es zu einem ernsthaften Konflikt mit der Regierung kommen lassen sollte. Trotzdem hat man es uns als staatsrechtliches Dogma verkündet, daß im Reich keine direkten Steuern eingeführt werden dürfen. Das Dogma findet leicht Gläubige, obwohl es aus der Verfassung auf rechtliche Weise sicher nicht abgeleitet werden kann. Der Grund ist ohne weiteres klar: Westlich zwar die politischen Gründe, die früher gegen direkte Reichssteuern ausschlaggebend waren, nicht mehr, so ist dafür ein anderer Grund immer stärker geworden, die Abneigung der Besitzenden nämlich, Steuern zu zahlen.

Daß dies der wahre Grund gegen direkte Reichssteuern ist, geht gerade aus dem Umstande hervor, daß Herr v. Sydow nicht den geringsten Versuch gemacht hat, das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich irgendwie zu reformieren. Wir

sind sicher keine Freunde der Matrilinearbeiträge und wir wollen ihre völlige Ersetzung durch direkte Reichsvermögens- und Einkommenssteuern. Aber das hindert uns nicht zu erkennen, daß die Matrilinearbeiträge wenigstens teilweise aus direkten Steuern kommen. Man hätte nun wenigstens erwarten können, daß hier eine Reform einsehen würde, die die Beiträge der Bundesstaaten ergiebiger gestaltet hätte. Die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß in der bisherigen Form die Matrilinearbeiträge kaum sehr steigerungsfähig sind. Gegenwärtig sind sie mit 40 Pf. pro Kopf der Bevölkerung festgelegt. Die Beträge, die darüber hinaus von den Bundesstaaten an das Reich zu zahlen gewesen wären, sind diesen vom Reich gestundet worden, und Herr von Sydow will, wenn ihm seine Steuern bewilligt werden, diese Summen ganz abschreiben, der beste Beweis, daß sie in Wirklichkeit uneinbringlich sind, wenn nicht die Finanzen der Bundesstaaten völlig zerrüttet werden sollen. Und in der Tat haben ja einzelne in ihrer industriellen Entwicklung zurückgebliebene kleine Bundesstaaten bereits eine ungeheure Steuerlast zu tragen, unter der natürlich gerade wieder die breiten Massen am meisten zu leiden haben. Man weiß ja, daß in einzelnen Kleinstaaten schon das Einkommen der Dienstleute steuerpflichtig ist und daß in Sachsen die Einkommensteuer bis zu 400 M. heruntergeht.

Herr v. Sydow verzichtet aber auch hier auf jede Reform. Eine Aenderung der Beitragsleistungen der Bundesstaaten ist nicht geplant. Auch hier begnügt sich der Finanzpfuscher damit, den bestehenden Steuerdruck noch mehr zu verstärken. Die Matrilinearbeiträge sollen einfach noch erhöht werden, und es bleibt den Bundesstaaten überlassen, wie sie diese Erhöhung dann auf die Bevölkerung überwälzen. Das ist aber um so gefährlicher, als durch die infamen Wahlrechtssysteme der meisten Bundesstaaten die arbeitenden Massen der Bevölkerung von jeder Mitwirkung ausgeschlossen sind und hier die Besitzenden unter sich abmachen können, wie die neuen Steuern aufzubringen sind. Selbst jene kleine Reform der „Vereinfachung der Matrilinearbeiträge“, wodurch die Beiträge der Bundesstaaten nicht bloß nach der Zahl, sondern auch nach der Leistungsfähigkeit hätten abgemessen werden sollen, ist unterblieben. Einmal offenbar deswegen, weil hier der Widerstand der Regierungen derjenigen Bundesstaaten, welche bisher begünstigt waren, zu denen auch Preußen und Bayern gehören, schwer zu überwinden gewesen wäre. Dann aber, weil diese Vereinfachung zur Voraussetzung gehabt hätte, eine gleichmäßige Veranlagung aller deutschen Bürger zu einer einheitlichen Vermögenssteuer, die nur ein Umweg zu einer direkten Reichsvermögenssteuer hätte sein können. Gegen die direkten Reichssteuern aber wandte sich der Partikularismus gerade der größten Bundesstaaten, wie der erbitterte Widerstand der preussischen, bayerischen und sächsischen Finanzminister bewiesen hat. Herr v. Sydow ist aber weiter nichts als ein landläufiger preussischer Bureaucrat. Ihm konnte nicht einmal im Traum der Gedanke kommen, die Reichsidee der direkten Steuern gegen den Partikularismus der Bundesstaaten zu verfechten. Stand ja hinter diesem Reichsinteresse diesmal nur das Interesse der breiten Massen des Volkes, während das ökonomische Interesse der herrschenden Massen zusammen mit den Vertretern der Bundesstaaten für das Privileg der Steuerfreiheit der Besitzenden im Reich kämpfte. Daß die Reichsregierung überhaupt einen Kampf aufnehmen würde, konnte nur meinen, wer nicht weiß, daß die Regierung nichts anderes ist als das Vollzugsorgan der herrschenden Massen.

Nur eine einzige Aenderung will Herr v. Sydow vorschlagen. Die Matrilinearbeiträge sollen nicht mehr alljährlich, sondern immer für fünf Jahre auf einmal in ihrer Höhe von dem Reichstage festgesetzt werden. Mit der Festlegung auch dieser Reichseinnahme sind dann die Einnahmen des Reiches völlig unbeweglich geworden und der Einfluß des Reichstages auf diese Seite des Etats für fünf Jahre gänzlich ausgeschaltet. Eine Minderung des Budgetrechts des Reichstages — das ist der einzige staatsrechtliche Gedanke der Finanzreform des Herrn v. Sydow!

Und so ist die Ideenlosigkeit des Sydowschen Entwurfs, sein völliger Mangel an jedem ernsthaften Reformversuch, nur das Eingeständnis, daß die herrschenden Massen in Deutschland die Finanzen des Reiches, die ihre wahnsinnige imperialistische Politik zerrüttet hat, nicht anders zu sanieren wissen als durch die Ausplünderung der breiten Massen des arbeitenden Volkes.

Ein polizeilich listierter Polizeispitzel.

Die Berliner Polizei vermag ihre bewährten alten Traditionen aus der sozialistengefährlichen Zeit nicht zu vergessen. Noch immer beschäftigt sie eine beträchtliche Zahl von Polizeispitzeln zur Überwachung der sozialdemokratischen Bewegung, obgleich sie mit den von ihr Beschäftigten die jämmerlichsten Erfahrungen gemacht hat. Vor einiger Zeit stellte sich in der Wohnung unseres Parteigenossen Röber in Pankow ein Herr ein, der vorgab, Parteigenosse zu sein und sich durch einen Paß der österreichischen Staatsbehörde als

Techniker Jakob Gruber

aus Augat bei Austerlitz legitimiert. Gruber meldete sich als Mitglied des Wahlvereins an, hat aber in Rücksicht auf seine Eigen-

schaft als Ausländer, die Anmeldung geheim zu halten. Da Ausländer bekanntlich der politischen Organisation nicht angehören dürfen, verpflichtete sich Gruber, einen freiwilligen Parteibeitrag vom monatlich 1/2 M. zu zahlen. Der pflichtbetruhlte „Genosse“ Gruber nahm von da an eine lebhaftere Tätigkeit für die Partei auf. Er gehörte zu den regelmäßigen Versammlungsbesuchern und schloß auch bei keiner Flugblattverbreitung. Mit Vorliebe drängte er sich an leitende Parteigenossen Panfows heran. Flugblätter verbreitete er gern, vornehmlich in Häusern, in welchen bekannte Vertrauensleute der Partei wohnten. Nicht lange dauerte es, und das allzu eifrige und aufdringliche Wesen des Herrn Gruber erweckte Verdacht. Man beschäftigte sich mit dem Herrn etwas näher und stellte fest, daß ein Jakob Gruber bei einem pensionierten Gendarmenregimentmeister Meyer in der Drehmestraße 2 in Pankow wohnte.

Gruber glaubte als „eifriger“ Parteigenosse ein Recht darauf zu haben, in alle internen Parteianglegenheiten eingeweiht zu werden. Wiederholt drängte er, ihm doch das „Mitteilungsblatt“ der Parteioorganisation von Groß-Berlin zur Verfügung zu stellen. Ein Verlangen, das ihm leider nicht erfüllt werden konnte, trotzdem er erklärte, daß er ein eifriger Liebhaber und Sammler solcher Parteiliteratur sei.

Wer ist nun der Techniker Jakob Gruber? Polizeilich gemeldet ist gegenwärtig ein

Techniker Jakob Gruber in Berlin, Schöneberger Ufer 31.

Beschäftigt ist der Herr als erster Techniker in einem hiesigen Marmorwerk. Das Sonderbare ist aber, daß die Person, die sich in den Pankower Wahlverein einschleichen wollte, mit diesem Techniker Gruber nicht identisch ist. Erhielt wurde die Entlarvung „unseres“ Herrn Gruber dadurch, daß Priese und Telephon-gespräche, die an die angegebene Arbeitsstelle gerichtet waren, den Pankower Gruber prompt erreichten.

Endlich war das Material gegen Gruber soweit zusammengetragen, daß man der Auffassung wurde, man habe es mit einem

Spiegel der politischen Polizei

zu tun. Hatte sich doch der angebliche Gruber unter anderem damit gebrüht, daß er früher in München der Parteioorganisation angehört hätte und auch dort einen monatlichen Beitrag von 1 M. geleistet habe. Eine Anfrage in München ergab, daß ein Jakob Gruber dort vollständig unbekannt sei.

Gruber, der als „tüchtiger Parteigenosse“ natürlich auch die letzte Generalversammlung des Pankower Wahlvereins besuchte, erlebte in derselben eine für ihn unliebsame Ueberraschung. Der Vorsitzende des Pankower Vereins ließ während der Verhandlung einen Polizeifergeanten holen und ersuchte diesen, die Personalien des verdächtigen Herrn festzustellen. Das mochte freilich etwas Schwierigkeit, da Gruber erklärte, keine Legitimationspapiere bei sich zu haben und der liebenswürdigen Aufforderung eines Genossen, sich doch durch seine Polizeimarke zu legitimieren, nicht nachkommen wollte. Es blieb ihm daher nichts übrig, als dem Polizeibeamten nach dem Polizeirevier zu folgen, damit dort seine Identität festgestellt werde. Als Begleitung wurden ihm neben dem Polizeifergeanten zwei Parteigenossen mitgegeben. Auf dem Polizeirevier gab er sich als Techniker Jakob Gruber, geboren am 23. August 1877 in Augat bei Austerlitz, wohnhaft Schöneberger Ufer 31, aus. Auf telephonische Anfrage wurde vom dort zuständigen Polizeirevier die Richtigkeit der Angaben bestätigt. Bemerkenswert ist bei der Feststellung der Personalien, daß der Polizeibeamte mit dem Gruber zunächst in ein besonderes Zimmer ging und den begleitenden Parteigenossen dadurch die Möglichkeit nahm, das von ihm mit Gruber geführte Gespräch anzuhören. Wenn auch die gemachten Angaben über seine Person und seine Wohnung anscheinend richtig waren, so ist dem Spiegel Gruber doch ein kleines Malheur passiert. Er hatte vergessen, daß er am Tage seiner polizeilichen Sistierung aus seiner bisherigen Wohnung ausgezogen war und jetzt in Schöneberg, Münchener Straße 46, parterre wohnt. Seine Vergeßlichkeit war sogar so groß, daß er am Mittwoch morgen die Wohnung am Schöneberger Ufer aufsuchte und dort den Portier fragte, wohin der Techniker Jakob Gruber verziehen sei.

Um den richtigen Jakob Gruber vor seinem Pankower Doppelgänger zu warnen, ersuchte Genosse Röber diesen am Mittwochabend durch einen Mohrpostbrief, mit ihm eine Aussprache herbeizuführen. Dieser Aufforderung kam der Techniker Jakob Gruber nicht nach. Daraufhin stattete Genosse Röber dem Chef des Herrn Technikers gestern einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit war Röber in der Lage, dem erstaunten Chef Mitteilungen über allerlei Geschäftsangelegenheiten zu machen, die ihm der Pankower Gruber gemacht hatte. Daß auch Geschäftsüberrück der Firma von dem Spiegel zu Mitteilungen an Röber benutzt worden sind, berührte den Chef gleichfalls nicht gerade angenehm. Zum Schluß der Unterredung bat Röber um eine Gegenüberstellung mit dem Herrn Techniker, diese erfolgte — und ein Röber verzerrter Herr erschien. Der Erschienene stritt anfangs alle Verbindung mit dem Spiegel Gruber ab und verweigerte schließlich, in die Enge getrieben, jede Auskunft über die Person, mit der er sich in solche faulernen Beziehungen eingelassen hatte.

Wir stellen also fest, daß der Techniker Jakob Gruber, wohnhaft Schöneberg, Münchener Straße 46 parterre, einem Spiegel der politischen Polizei bewußt Helfershelferdienste geleistet hat. Damit Parteigenossen, die vielleicht früher mit diesem Herrn in geschäftlichem Verkehr gestanden haben, versehen, um welchen Gruber es sich handelt, fügen wir hinzu, daß Gruber vom Jahre 1901 bis Dezember 1905 bei der Firma Deutsche Steinindustrie A.-G., Lehreter Straße, und von da an bis Juni 1908 bei der

Hirma Wolf Kalktner, Schöneberger Straße 16 beschäftigt war. Seine jetzige Arbeitsstelle verschweigen wir aus Rücksicht auf den unbeteiligten Chef.

Die beste Schule des Volks.

Zu Kriegszeiten, dem Stolz aller wahren Patrioten, ist, wie aus der Nummer 221 des „Vorwärts“ ersichtlich, wieder etwas sehr Schönes passiert. In Mey sollte ein Kanonier mit anderen Kameraden den alten Pferdewagen, der von der Düngrube auf die Straße gefallen war, in die Grube zurückwerfen. Dazu wollte er sich einer Mistgabel bedienen. Ein Sergeant aber befahl ihm, die Gabel wegzulassen und den Mist mit den Händen anzufassen. Der Kanonier weigerte sich — und die Folge war, daß nicht der Sergeant wegen seines Befehls, sondern der Kanonier wegen Gehorsamsverweigerung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Und eine Institution, in der so etwas möglich ist, wird von den Thronflügel als die beste Schule des Volkes gepriesen! Wäre es nicht so traurig, man könnte bei diesem Gedanken auslachen.

Was wird denn den Soldaten in der Kaserne alles gelehrt? Vor allem Reinlichkeit und Disziplin. Nohmist mit den Händen anzufassen, scheint also auch zur militärischen Reinlichkeit zu gehören. Zweifelloß dient es auch zur Erhaltung der Disziplin, wenn ihre Befehle vorzuführen, daß ein Mann sogar Pferdewagen in die Hände nehmen muß, wenn es ihm befohlen wird. Und fällt hier der preussische Meist ein, dem vor ein paar Jahren ein preussischer Unteroffizier befahl, seine eigenen Extremitäten hinunterzuwerfen. Der Mann, der nach militärischen Begriffen offenbar vorzüglich diszipliniert war, tat es. Angesichts der Meyer Nohmistgeschichte steigen in uns große Zweifel auf, ob nicht auch dieser arme Extremitäten-Opfer eingesperrt worden wäre, wenn er sich widerlegt hätte. In der Tat: Man darf das preussische Armeesystem und seine Folgen noch so pessimistisch beurteilen, so kommt man doch immer wieder zur Ueberzeugung, daß man es noch immer viel zu hoch eingeschätzt hat.

Der Meyer Fall zeigt auch wieder die Mäglichkeit und Unzulänglichkeit des militärischen Besonderechtens. Erhält ein Soldat einen Befehl, der der Menschewürde direkt widerspricht und in jedem anständigen Manne Widerwillen und Ekel erregen muß, so sollte er doch das Recht haben, sich zu beschweren, ehe er den Befehl ausführen muß. Aber die preussisch-deutsche militärische Disziplin erlaubt diese selbstverständliche Forderung nicht. Hier heißt es: Zuerst hast du zu gehorchen, mag dir befohlen werden, was da will, mag dir auch gesagt werden, daß du Pferdewagen mit den Händen aufheben sollst, mag dir auch die sinkende Fauche über die Finger laufen! Erst wenn du dem Befehl gehorcht hast, darfst du dich am nächsten Tage beschweren.

Solche Bestimmungen befördern natürlich außerordentlich das Ehrgefühl und die Liebe zum militärischen Handwerk. Wir glauben nicht, daß von Zuchthäusern das Ansehen von Pferdewagen mit den Händen gefordert wird; aber vom Soldaten, der den Thron und den Altar und den Seidbad schätzen soll, wird es verlangt. Ist es ein Wunder, daß in den Kassen nicht weniger Vorgesetzter eine Art Zügelwahn sinnlich festsetzt, wenn solche Befehle befolgt werden müssen? Der unerschämteste offtübische Straußjunker würde es kaum wagen, von einem Anrecht zu fordern, daß er Mist mit der Hand ausläßt; doch der Herr Unteroffizier darf es seinen Untergebenen befehlen, und wenn sie nicht Oedre parieren, liegen sie auf Monate ins Gefängnis. Zugleich aber wird den Soldaten eingeschärft, daß sie, nachdem sie des Königs Noß angezogen haben, etwas ganz Besonderes seien!

Wir haben also nunmehr einen preussischen Soldaten zu bezeichnen, der auf Befehl seinen eigenen Stot hinterwärtig, und einen anderen, der mit zwei Monaten Gefängnis bestraft wurde, weil er glaubte, seine Hände seien keine Mistgabeln. Und angesichts solcher Vorkommnisse wagt man es zu leugnen, daß das preussisch-deutsche Armeesystem einen Kadavergehorsam anreizt und anreizt. Es preist auf die Menschenwürde und verlangt Gehorsam um jeden Preis. Der Meyer Fall ist ein drastischer Beweis dafür, daß dem deutschen Soldaten tatsächlich ein Kadavergehorsam, also ein Gehorsam, der keine menschlichen Gefühle kennt, der selbst die ekelhaftesten Dinge auf Befehl verrichtet, beigebracht werden soll. Wäre dem nicht so, so hätte der Kanonier in Mey nicht bestraft werden können. Für Leute, die keine Epauletten tragen, ist es klar, daß mit dem Anbefehlen von Handlungen, die dem Untergebenen ekelhaft, widerlich und ungerecht erscheinen, die Disziplin am sichersten untergraben wird; doch der Militarismus scheint das Höchste erreicht zu haben, wenn der Untergebene in jedem Falle Oedre pariert.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. September 1908.

Die erste Sitzung des Reichstages

Im dritten Sessionsabschnitt 1908/09 wird zu Mittwoch, den 4. November, nachmittags 2 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Verabreichung von Petitionsberichten.

Vom Vereinsgesetz.

Die Breslauer Strafkammer hat am Donnerstag den letzten Seiten von „Liberalismus“ aus dem Reichsvereinsgesetz herausgerissen, indem sie erklärte, daß die Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Vereins als öffentliche Versammlungen zu gelten hätten. Zur Verhandlung stand der bekannte Vorfall bei der ersten Mitgliederversammlung unter dem neuen Gesetz. Die Versammlung war nicht angemeldet worden, trotzdem erschienen zwei Kommissare zur Ueberwachung, und als sie aus dem Lokale gewiesen wurden, lösten sie die Versammlung auf. Auf die erhobene Beschwerde war das Verhalten der Beamten von dem Polizeipräsidenten für gut befunden, und Parteisekretär Neulirch erhielt ein Strafmandat über 60 M. Das Schöffengericht hat Neulirch auf den erhobenen Einspruch freigesprochen, nachdem festgestellt worden war, daß nur Mitglieder Zutritt gehabt hätten. Der Bezirksausführer hat in einem Verwaltungsstreitverfahren des Genossen Neulirch gegen den Polizeipräsidenten in der gleichen Sache entschieden, da der Verein, der unter dem alten Vereinsgesetz nur aus Männern bestehen konnte, ein neues Statut aber noch nicht eingerichtet sei, konnte die Polizei der Meinung sein, daß es sich um eine öffentliche Versammlung gehandelt habe, da zahlreiche Frauen anwesend waren.

Die Strafkammer ist jetzt auf die amtsanwaltliche Berufung gegen das Schöffengerichtsurteil noch einen Schritt weiter gegangen und hat die Versammlung für eine öffentliche erklärt. Sie stützte sich dabei auf das bekannte Reichsgerichtsurteil, das auch in der Begründung zum Entwurf des Vereinsgesetzes eine Rolle spielte, wonach eine Vereinsversammlung als eine öffentliche angesehen werden könne, wenn der Verein nach seiner Größe, dem Umfange des Gebietes, das er umfasse, dem Wechsel in der Mitgliedschaft usw. keine innerlich verbundene Einheit der Mitglieder darstelle. Das Gericht erachtete

„die bloße Gemeinschaft zur Verfolgung politischer Ziele“ als kein „inneres Band“, das die Mitglieder untereinander verbinde. Der Verein erstreckte sich zudem über die ganze Stadt, er habe 6000 Mitglieder, die in keinerlei persönlicher Beziehung zueinander ständen, und die Bedingungen des Eins- und Austrittes seien als „leicht“ anzusehen. Da es sich hier aber um einen schwierigen Rechtsfall handelte, seien 10 Mark Geldstrafe angemessen und ausreichend.

Im Reichstage und im preussischen Landtage werden die Regierungen unseren Abgeordneten Rede darüber zu stehen haben, wie ihre Organe den Willen der gesetzgebenden Körperschaften Rechnung tragen.

Deutsche Presszustände.

Die meisten bürgerlichen Blätter bringen spaltenlange Berichte über den Presselöngreß, namentlich über die Festnahme und Auslieferung, während der gestern von uns geschriebene Fall Breccour sie nicht im geringsten interessiert. Mit der Erwähnung, daß diese Sache am Donnerstag in der Sitzung des Presselöngresses zur Sprache gekommen ist, ist für sie die „Bogartelle“ erledigt. Nur das „Berliner Tageblatt“ widmet dem für unsere jämmerlichen deutschen Presszustände so charakteristischen Fall einen Artikel, in dem es zum Schluß heißt:

„Das ist das deutsche Pressgesetz, das ist der deutsche Zeugniszwang! Unsere auswärtigen Kollegen, die unter glücklicheren Verhältnissen arbeiten, werden zweifelnd den Kopf schütteln. Aber wir sehen keinen Grund, uns an dem von Potemtscher Kulissen zu beteiligen. So wie der Fall Breccour zeigt, so liegen die Dinge im Deutschen Reich wirklich. Wir sind dem internationalen Presselöngreß sehr dankbar dafür, daß er die Verweigerung der Auskunft durch Breccour als den Grundfahnen des internationalen Presselöngresses entsprechend bezeichnet hat. Mögen die auswärtigen Kollegen in ihrer Heimat die deutschen Verhältnisse darstellen, wie sie wirklich sind. Vielleicht schämt man sich dann wenigstens bei uns.“

Neue Maßregelung technischer Angestellter.

Der bayerische Industriellenverband legt die Maßregelung der Angestellten fort, die sich nicht seinem Diktum fügen. Wie der Bund der technisch-industriellen Beamten mittelst, hat die Maschinenfabrik Augsburg entgegen ihren öffentlich abgegebenen Versicherungen doch zwei ausgesprochene Maßregelungen vorgenommen. Die Augsburg-Gruppe des Bundes der technisch-industriellen Beamten hatte der bayerischen Presse eine Nichtigstellung der von der Direktion der Maschinenfabrik verbreiteten Nachrichten zugesichert. Sofort nach dem Erscheinen dieser sachlich gehaltenen Erklärung ist der Obmann der Gruppe auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden. Der betreffende Ingenieur, der seit 8 Jahren bei der Firma tätig ist, mußte in 15 Minuten seine umfangreichen Arbeiten abliefern, während gleichzeitig sämtliche Fabrikportiere mit seinem Signalelement versehen wurden und die Weisung erhielten, ihn an einem weiteren Vortreten des Fabrikgrundstückes zu hindern. Später ist dann noch ein zweiter Führer der Augsburg-Gruppe beurlaubt worden.

Zentrumsagrarien als Feinde der Volksgesundheit.

Die ultramontanagrarische „Rheinische Volksstimme“ bellt sich in einem längeren Artikel, daß der neue Zolltarif verabschiedet hat, für Milch und Rahm einen Zoll festzusetzen. Die zollfreie Einfuhr von Milch und Rahm habe es dem Auslande leicht gemacht, den Butterzoll zu umgehen und die Milchpreise in Deutschland bedeutend herabzudrücken. Da die deutsche Landwirtschaft in der Lage sei, den Bedarf der Bevölkerung an frischer Milch und Rahm zu decken, so müsse ein hinreichender Zoll auf Milch und Rahm gelegt werden. Selbstverständlich schügt das Blatt auch gesundheitsliche Rücksichten vor, da angeblich das Ausland vielfach unsaubere und gefälschte Waren liefert. Diese zarte Rücksichtnahme der Agrarien auf die Gesundheit ihrer Mitmenschen berührt uns so auffälliger, als jedermann weiß, daß die übergroße Säuglingssterblichkeit, die unserem Lande zur Schmach gereicht, in erster Linie mit darauf zurückzuführen ist, daß es der ärmeren Bevölkerung zur Ernährung ihrer Kleinen vielfach an guter und billiger Milch fehlt. Ein Zoll auf Milch bedeutet Verteuerung der Milch, bedeutet Zunahme der Säuglingssterblichkeit, bedeutet ein Verbrechen an der Volksgesundheit.

Nun behauptet weiter das Blatt, daß die deutsche Landwirtschaft durchaus in der Lage sei, den Bedarf der Bevölkerung an Milch völlig zu decken. Was es mit dieser Behauptung auf sich hat, das zeigt ein Artikel, der in christlichen Gewerkschaftsblättern enthalten ist und über die Ernährung auf dem Lande handelt. Darin wird hingewiesen auf die Zunahme der Mollereiseinfuhr auf dem Lande, wodurch die Milchversorgung der Städte eine bedeutende Höhe erreicht habe. Das sei für die Landwirtschaft von großem betrieblichen und wirtschaftlichen Nutzen gewesen, aber man sei doch mit der Zeit zweifelhaft geworden, ob nicht das Abfließen der Milch in die Städte Mischstände in der Volksernährung auf dem Lande im Gefolge habe. In der württembergischen wie in der bayerischen Kammer sei bereits vor einigen Jahren die Sache zur Sprache gekommen, ebenso in den ärztlichen Jahresberichten Bayerns wiederholt darauf hingewiesen worden, daß in mehreren Bezirken sich mit der Entwicklung des Mollereiwesens ein Rückgang in der Ernährungsweise und damit in der körperlichen Entwicklung der ländlichen Bevölkerung gezeigt habe. Eine von der bayerischen Regierung angeordnete Erhebung in dieser Frage ergab, daß durch die erleichterte Milchabgabe vielfach für die Viehhöfe der Anlaß gegeben war, alle verfügbare Milch in Geld umzusetzen und das Milchbedürfnis des eigenen Haushaltes hintanzusetzen. Die Folge davon war die Einführung minderwertiger Surrogate, z. B. von Pflanzenfett, unter Umständen auch der Ersatz von Milch durch alkohohaltige Getränke.

Die württembergische Regierung ließ ebenfalls Erhebungen anstellen, auf Grund deren das Ministerium in einem Erlaß vom 10. August 1907 betonte, daß die Mollereien zwar zum Teil ungünstige Wirkungen der erwähnten Art im Gefolge gehabt hätten, ohne daß jedoch von Gefahren für die Jugend auf dem Lande im allgemeinen gesprochen werden könne. „Zum Teil“ werden also auch für Württemberg Wirkungen der genannten Art zugegeben. Jedenfalls zeigen diese Vorkommnisse, daß die Behauptung der „Rheinischen Volksstimme“ nicht zutrifft, die deutsche Landwirtschaft sei in der Lage, den Bedarf der Bevölkerung an Milch zu decken. In den Städten ist ein großer Teil der ärmeren Bevölkerung nicht in der Lage, sich gute und billige Säuglingsmilch in genügendem Maße zu verschaffen, und was vom Lande an Milch in die Stadt kommt, muß sich vielfach die ländliche Bevölkerung zum Schaden der eigenen Gesundheit abziehen.

Viel besser wäre es, der keine Viehhöfe auf dem Lande behielte seine Milch für den eigenen Hausbedarf, zur Ernährung seiner Kinder und seiner Leute, und der Bedarf der städtischen Bevölkerung würde durch Förderung der Milchzufuhr gedeckt. Aber die frommen Zentrumagrarien denken anders: wenn nur die Milchpreise stiegen, ob

dabei das Volk in Stadt und Land an seiner Gesundheit Schaden leidet, das ist Nebensache! Käme es zu einem Milchzoll und zur Erhöhung der Milchpreise, dann würde das ein erhöhter Anreiz auf den kleinen Viehhöfe sein, den letzten Tropfen Milch in die Stadt zu schaffen, und die Schäden für die Gesundheit der ländlichen Bevölkerung, die jetzt sich erst im Keime zeigen, würden dann mit voller Wucht eintreten. Der häuerlichen Bevölkerung kann auf andere Weise als mit Jöllen geholfen werden, solche kommen nur dem großen Grund- und Viehhöfe zugute, der weit über den eigenen Bedarf produzierten kann.

Die feindlichen Richtungen im Freisinn.

Die Berliner Versammlungen der Freisinnigen enden in unserer Zeit fast regelmäßig mit einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Richtung der Biemer-Kopfsch und den Barthianern. Hat Biemer oder Mugdan — Kopfsch bleibt gewöhnlich als Hülfsredner in der Reserve — seine pathetische Freiheitrede gehalten, dann steht einer der Führer der Demokratischen Vereinigung auf und kritisiert die Leistungen der freisinnigen Staatsmänner von der Güte der Kopfsch und Mugdan. Sofort steigt den Biemerianern das Blut und das Bier zu Kopfe; sie toben und schreien; die Barthianer antworten — und das Ende vom Liede ist, daß die Barthianer unter dem Beschrei der Biemerianer den Saal verlassen.

Auch die geistige Volkerversammlung, die der Schöneberger Liberale Verein nach der Schloßbrauerei einberufen hatte, ne diesen Verlauf. Biemer redete, erzielte aber trotz seiner gut Stimmittel nur geringen Beifall. Dann ergriff Dr. Barth stürmisch begehrt, das Wort und kritisierte den Berliner Kommunal freisinn und das Verhalten der freisinnigen Parlamentarier zu Reichsfinanzreform.

Nach der „Berl. Volksztg.“ sagte er: „Wenn der Freisinn, der im Noß so vieles versäumt hat, nicht jetzt noch in letzter Stunde den Versuch macht, seine Position im Reichstage auszumachen, um bei der Reichsfinanzreform das rückständige Preußen vorwärts zu bringen, so muß er seinen letzten Kredit verlieren. Unser ganzes Steuersystem ist von oben bis unten mit Ungerechtigkeiten durchtränkt, es ist eine Steuerpolitik für bedrängte Klassen aber keine Steuerpolitik für das darbedende Reich. Wenn es überhaupt zu einer Finanzreform kommt, dann wird sie gemacht werden mit den Konservativen und dem Zentrum, und dem Freisinn wird man sagen: Deine Anforderungen gehen zu weit, wir danken dir für deine guten Dienste, aber jetzt können wir dich nicht mehr gebrauchen. Der Freisinn darf sich nicht in eine solche Situation hineinbringen lassen, deshalb müßte er zeigen, daß er politischen Sinn genug hat, um diese Finanzreform zum Ausgangspunkt einer Politik der deutlichen Erklärung zu machen. Er muß vor allem klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß er seinen Feind neuer Steuern bewilligt ohne Volkerecht in Preußen.“

Nach Barth kam der Referent Biemer Kopfsch, der sofort zu allerlei Indebitten griff, die Barthianer mit Köpfen verglich und von Barth behauptete, daß dieser sich des Vertrauens seiner Wähler in Hirschberg und Kiel unwürdig gezeigt habe. Das habe ihm die Wählererschaft auch zu verstehen gegeben.

Dr. Barth beantwortete diese Beleidigung mit dem Zuruf: „Das ist eine Verleumdung!“ Der Vorsitzende rief darauf erregt, Dr. Barth solle sofort diese Beleidigung des Referenten zurücknehmen oder er müsse den Saal verlassen. Dr. Barth erklärte, er werde sofort den Nachweis führen, daß die Behauptung Kopfsch's eine haltlose Verleumdung sei. Das ließ der Vorsitzende, Stadtdirektor Jöbel nicht zu; er wies Dr. Barth aus dem Saale.

Einstimmig erhoben sich darauf die in der großen Mehrheit befindlichen Demokraten. Sie erklärten sich mit ihrem Führer solidarisch und protestierten so stürmisch gegen das Vorgehen von Kopfsch und Jöbel, daß die Versammlung auf zehn Minuten vertagt werden mußte. Der Vorsitzende benutzte die Pause, um der Reihe nach fast sämtliche Demokraten, die auf der Rednerliste standen, aus dem Saale zu weisen. Darauf verließen die meisten Barthianer unter Hordrufen auf die Demokratische Vereinigung das Lokal, während die auf ein kleines Häuflein zusammengeschmolzenen Biemerianer weiter tagten und schließlich eine Resolution faßten, in der sie den Leitern des Bloßfreisinn ihr unbegrenztes Vertrauen ausdrückten. Dann tranken sie zur Veruhigung ihrer aufgeregten Nerven noch einige Schoppen und gingen nach Hause.

Soldaten als Waldarbeiter auf den Privatbesitzungen Wilhelms II.?

Die bürgerliche Presse meldet, daß eine Waldpartie bei dem kaiserlichen Jagdschloß Rominten von Soldaten zu einem herrlichen Naturpark umgewandelt worden sei. Pioniere des Pionierbataillons Fürst Radziwill in Königsberg hätten unter geschickter Demagogie der Bodenverhältnisse entsprechende Fußwege angelegt, die moorigen Stellen durch Lattenstege gangbar gemacht, hier und da kleine Steinpyramiden errichtet und durch entsprechende Ausbuchtung schöne Baumgruppen wirksam zur Geltung gebracht.

Diese Meldungen müssen auf Jertum beruhen, denn es ist nicht anzunehmen, daß Wilhelm II., der aus preussischen Staatsmitteln eine Privatvilla von 15 1/2 Millionen Mark bezieht und der als einer der größten Grundbesitzer unter den Wirkungen des neuen Zolltarifs über erhöhte Einnahmen aus seinen Gütern verfügt, von Soldaten arbeiten machen läßt, zu denen sich in der Zeit der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ungezählte notleidende Arbeiter drängen. Außerdem wüßten wir nicht, auf welche Rechtsmittel sich eine Abkommandierung von Soldaten zu Privatarbeiten auf kaiserlichen Besitzungen stützen könnte.

Die Meldung der bürgerlichen Blätter ist demnach sicher falsch. Die Hofverwaltung wird sie schämeigst dementieren müssen.

Zur Wahl in Prenzlau-Angermünde.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, findet am 14. Oktober im Wahlkreise Prenzlau-Angermünde die Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten dieses Kreises, Herr von Winterfeldt-Mentst statt. Bei der Aufstellung der Wählerlisten sind auf Erlaß des Landrates des Kreises Angermünde, Herrn von Buch, die im Kreise zurzeit tätigen Wanderarbeiter (Schnitter usw.) nicht in die Wählerliste eingetragen worden. Ein Erlaß, diesen in Widerspruch mit den Beschlüssen des Reichstages stehenden Erlaß aufzuheben, ist mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß der vorübergehende Aufenthalt während der Saison nicht maßgebend für die Eintragung in die Wählerliste sei, die betreffenden Arbeiter vielmehr lediglich in ihrer Heimat wahlberechtigt wären.

Diese seltsame Gesetzesauslegung hat den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Wahlkomitees, Otto Weis, veranlaßt, sich beschwerdebefähigt an das Ministerium des Innern zu wenden. In der Beschwerde heißt es: „Das unterzeichnete Komitee ersucht das königliche Staatsministerium nunmehr um Aufhebung dieses Erlasses sowie um eine schleunige Verfügung an den Wahlkommissar des Wahlkreises Prenzlau-Angermünde, die genannten Wanderarbeiter in die Wählerliste aufzunehmen.“

Wir füllen uns hierbei auf Band III, Seite 2868, der Reichstagsakten vom Jahre 1897/98, Altenstäd Nr. 286, Bericht der Wahlprüfungskommission, Wahlgesetz § 7.

Die Niederlassung an einem Orte mit der Absicht längeren Verbleibens berechtigt zur Wahl an diesem Orte. Wahlberechtigte

mit mehreren Wohnsitzigen sind an den mehreren Wohnsitzigen in die Wählerlisten aufzunehmen, wählen können dieselben nur an einem Orte. Stellen, welche in einem Badeorte für die Badesaison in Stellung treten, Saisonarbeiter, Feldarbeiter, welche die Woche hindurch außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, den Sonntag aber am Wohnorte zubringen, sind am Orte ihrer Beschäftigung wahlberechtigt und deshalb auch in die Wählerliste dieses Ortes einzutragen. Wechselt ein Wähler nach der Aufstellung der Wählerlisten den Wohnort, so bleibt er in dem Orte, in dessen Wählerliste er eingetragen ist, bis zur Stichwahl wahlberechtigt.

Dieser Wortlaut kennzeichnet klar und scharf die Unhaltbarkeit der betr. landräthlichen Verfügung.
Es mag ja den Konserwativen und dem Landrat unangenehm sein, daß die Wanderarbeiter am Orte ihrer Beschäftigung wählen können, aber die Gesetzesbestimmungen und nicht das landräthliche Belieben entscheidet — selbst nicht im eigenartigen Kulturstaat Preußen. —

Zur obdenburgischen Landtagswahl.

Nach den nahezu abgeschlossenen Feststellungen der bei den Wahlmännerwahlen im Großherzogtum vorige Woche abgegebenen Stimmen sind etwa 6000 sozialdemokratische und 7500 bürgerliche Stimmen abgegeben worden gegen 5200 resp. 5700 im Jahre 1905. Auf die bürgerlichen Stimmen entfallen 39—40, auf die sozialdemokratischen 4—5 Abgeordnete!

Der Reichsverband leugnet ab.

Die dem Reichsverbande unterstehende Presse teilt übereinstimmend mit, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie mit den in Geheimniss verurteilten Expreßern nichts zu tun hatte. Dieser Ablehnung gegenüber sei einfach festgestellt, daß die Presse und die Agitatoren des Reichsverbandes die Schwindereien des Schubert kräftig gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt haben.

Oesterreich.

Die ungarische Wahlrechtsfrage.

Budapest, 25. September. (Fig. Ver.) Die Regierung macht nun kein Hehl daraus, daß ihre saubere Reform auf der Niedertracht des Pluralwahlrechts aufgebaut sein wird. Der rumänische Abgeordnete Vlad richtete an sie in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses die Frage, ob sie dem Hause und der Öffentlichkeit über die Grundprinzipien der Wahlreform reinen Wein einschenken wolle. Insbesondere ging aber die Frage dahin, ob die Regierung, entgegen dem mit der Krone abgeschlossenen Pakt, das allgemeine Wahlrecht durch die Pluralität zu verfälschen gedenke und ob sie auch das geheime Wahlrecht verraten wolle. Die Antwort des Grafen Andrássy, des Ministers des Innern, bestand in der Behauptung, daß das Pluralwahlrecht den Vereinbarungen mit der Krone, wie sie in der Thronrede, mit der der Reichstag eröffnet worden ist, niedergelegt sind, nicht widerspreche, denn diese Vereinbarungen enthalten nur die Aufkündigung des „allgemeinen“ Wahlrechts und das Pluralwahlrecht sei doch nur ein „ergänzender Teil“ des allgemeinen Wahlrechts, eine „Unterkategorie“ — woraus wohl deutlich hervorgeht, daß die Andrássy'sche Wahlreform das Pluralwahlrecht enthalten wird! Ob die Koalitionsregierung für die Niedertracht die Vorsanktion schon besitzt, ist dagegen aus der Andrássy'schen Angabe nicht zu erkennen. Vielleicht ist die „Bezeichnung“, daß die Zustimmung der Krone nicht mehr binde, also die Zustimmung zu dem Andrássy'schen ungleichen Wahlrecht zulasse, einem Druck auf die Krone gleichzuachten, die sich vielleicht noch weigert, die Sophistereien, womit die Koalitionsregierung ihren schuftigen Verrat bemanteln möchte, als eine Logik anzunehmen, die sich ein Monarch aneignen darf.

Denn daß sowohl die Nationalitäten als auch insbesondere die Arbeiter entschlossen sind, die Krone im Falle eines Wortbruchs zur Verantwortung zu ziehen, zeigt die Bemerkung Vlad's, daß jede andere Wahlreform, die nicht das gleiche Recht bringt, der Autorität des Herrschers einen nicht wieder gut zu machenden Abbruch tun würde und daß das Fallenlassen des bisherigen Standpunktes der Krone geeignet sei, in den Augen der Millionen des Volkes das Vertrauen zur Dynastie und zum Herrscher in seinen Grundlagen zu erschüttern. —

Fortdauer der Obstruktion.

Prag, 25. September. Die Sitzung des Landtages war durch die technische Obstruktion der Deutschen ausgefällt, verlief aber sonst ohne Zwischenfall. Sie wurde schließlich abgebrochen, da sich die deutschen Abgeordneten entfernten und das Haus dadurch beschlußunfähig wurde. Die nächste Sitzung soll heute abend stattfinden.

Spanien.

Attentatsfurcht.

Paris, 25. September. In Pau wurde ein spanischer Anarchist namens Canaraba verhaftet. Er steht im Verdacht, einen Mordanschlag gegen den König von Spanien angezettelt zu haben.

England.

Ein Verlust der Liberalen.

Newcastle, 25. September. Bei der Ersatzwahl für das verstorbene Unterhausmitglied Cairns (liberal) erhielten Renwick (Unionist) 13 863 Stimmen, Shortt (liberal) 11 720 und Hartley (Sozialist) 2971 Stimmen.

In England ist bekanntlich die relative Majorität ausschlaggebend. Der konservative Renwick ist also gewählt, obwohl er nicht die absolute Majorität erreicht hat. Die geringe Zahl der sozialistischen Stimmen ist nicht verwunderlich, da die Arbeiterpartei Hartley ihre Unterstützung versagt hat. Doch war die Stimmenzahl genügend, um den Liberalen zu Fall zu bringen, ein neuer Beweis für die Notwendigkeit der Einführung von Stichwahlen.

Die liberale Stimmenzahl ist übrigens stark zurückgegangen. Bei den Hauptwahlen, bei denen zwei Mandate zu besetzen waren, von denen um das eine der Liberales, um das andere das Mitglied der Arbeiterpartei Hudson gemäß einem Uebereinkommen beider Parteien gegen Konserwativen gekämpft hatten, hatte Cairns (liberal) 18 423 Stimmen, während die Konserwativen mit um circa 6500 Stimmen in der Minorität blieben.

Der liberale Verlust erklärt sich aber nicht nur aus der Aufspaltung der sozialistischen Stimmen, sondern auch aus dem Abschwenken der irischen Stimmen. Vor kurzem hat in London ein Eucharistischer Kongreß stattgefunden, der mit einer großen katholischen Prozession abgeschlossen werden sollte. Auf Grund eines den Gesetzen verbot der Premier-

minister Asquith auf Drängen protestantischer Eiferer die Prozession. Die katholischen Briefere forderten deshalb die katholischen Iren auf, deren Stimmen sonst den Liberalen sicher waren, zum Protest den Konserwativen zu wählen. Die Parole wurde offenbar streng befolgt und brachte dem konservativen Gegner der irischen Sache den Sieg. —

Bulgarien.

Ein Protest der Türkei.

Konstantinobel, 25. September. Die Pforte hat sich wegen Beschlagnahme der Orientbahnen durch Bulgarien an die Signatarmächte des Berliner Vertrages gewandt; die Note sagt: „Nachdem der Streit der Beamten der Orientbahnen beendet ist und durch die Befehle der Linie durch bulgarische Soldaten die der Türkei durch den Berliner Vertrag gewährleisteten Rechte verletzt worden sind, ersucht der Minister des Aeußeren die Votschaster der Signatarmächten ihren Regierungen die nötigen Mitteilungen zu unterbreiten, um ihre autorisierten Stimmen in Sofia geltend zu machen, damit die okkupierte Strecke unmittelbar der Gesellschaft zurückgegeben werde.“

Persien.

Die Machtlosigkeit des Schahs.

London, 25. September. Wie ein hiesiges Blatt meldet, bestand die von den Anhängern der Schahpartei für gestern angekündigte Verstrafung von Täbris darin, daß aus einer Entfernung, die für eine wirksame Beschickung zu groß war, sechs Geschützkalben auf die Stadt abgefeuert wurden. Die Nationalisten hatten Maßregeln getroffen, um einem Angriff entgegenzutreten. Die Barrikaden waren von Männern mit Gewehren, Schaufeln und Senfen besetzt.

Marokko.

Die deutsche Antwort.

Paris, 25. September. „Petit Parisien“, der dem Ministerium des Aeußeren nahe steht, will wissen, daß Frankreich durchaus bereit sei, der deutschen Regierung bezüglich gewisser in der französisch-spanischen Note enthaltenen Punkte weitere Zusicherungen zu geben und bezüglich weiterer Punkte — so z. B. hinsichtlich der ursprünglich von Mulay Hafid geforderten Wiedereinnahme des heiligen Krieges — Zugeständnisse zu machen. Frankreich werde sich in dieser Hinsicht mit anderen gleichwertigen Bürgschaften begnügen. Sobald die Antworten der übrigen Mächte vorliegen werden, werde sich Frankreich mit Spanien behufs Abfassung einer Vermittlungs-Zusatznote verständigen. Die Wege, die die Minister schon mit dem übermorgen auf der Durchreise in Paris eintreffenden spanischen Minister des Aeußeren haben werde, dürfte hauptsächlich diesem Gegenstande gewidmet sein.

Amerika.

Die politische Korruption.

New York, 25. September. Hearst verlas neue Briefe des Petroleumtrusts, die in gleicher Weise die demokratische und republikanische Partei kompromittieren. Der Präsident Sibley erbittet eine Anleihe von 1 Million Dollar für einen republikanischen Senator. Der demokratische Senator Mac Laurin verspricht dem Trust, den demokratischen Senator Tillman, der trufseindlich gesinnt ist, zu stürzen, wenn er finanziell unterstützt wird.

Der Parteitag von Florenz.

Florenz, 23. September.

Siebzter Verhandlungstag.

(Abendigung.)

Kurz nach 9 Uhr fällt sich der Verhandlungsaal wieder, um wenigstens einen Teil der Arbeiten des Kongresses zu Ende zu bringen.

Die Kommission, die die „weiteren Anträge“ zum Parteitag zu prüfen hat, referiert kurz. Wir heben nur den Vorschlag über den Antrag Vergamascos hervor. Die Kommission schlägt vor, dem russischen Proletariat die Solidarität des italienischen anzusprechen, und im Falle, daß ein Besuch des Zaren in Italien geplant werde, dem Parteivorstand die Wahl der Mittel zu überlassen, durch die das Proletariat diesen Besuch verhindern könne. Dieser Vorschlag wird vom Kongreß angenommen, worauf Genosse Vergamascos erklärt, seinen Austritt aus der Partei nicht aufrecht zu erhalten.

Durch Affirmation gelangt auch ein Vorschlag Salvemins zur Annahme, der eine lebhafte Agitation für das allgemeine Wahlrecht empfiehlt, mit einem Zusatz von Anna Kulitschew für die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen.

Der nächste Punkt: Antiklerikalismus und Sozialismus, wird in Rücksicht auf die vorgedachte Stunde sehr kurz behandelt. Der Referent Wussi hebt die Notwendigkeit hervor, die Arbeiter den religiösen Vorurteilen zu entreißen. Ebenso wie wir sie vom Wirtshause fernzuhalten suchen, wo man ihnen Alkohol gibt, ebenso gut wollen wir sie von der Kirche entfernen, die sie den Dämonen vergiftet und verlehrt. Referent legt dann eine Tagesordnung vor, die voraussetzt, daß die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter die Vorbedingung für ihre intellektuelle und sittliche Befreiung sei. In diesem Sinne sei die antikerikale Propaganda der wirtschaftlichen Propaganda unterzuordnen. An spezifisch antiklerikalen Forderungen seien zu vertreten: Strenge Durchführung der Trennung von Staat und Kirche, Anwendung des Gesetzes gegen die religiösen Körperschaften, Laiencharakter der Volksschule.

Diese Tagesordnung wird nach kurzer Diskussion angenommen, desgleichen eine Tagesordnung Vella, die erklärt, daß der Eintritt der Christlichsozialen in unsere Partei abzulehnen sei.

In wenig Worten werden dann die Abänderungsvorschläge zum Organisationsstatut erledigt. Der Referent Camerini schlägt vor, die Mitglieder des Parteivorstandes auf die Zahl von 15 zu beschränken, von denen 12 vom Kongreß gewählt werden, während die drei anderen durch den Chefredakteur des „Avanti“, den Vertreter der Parlamentarierfraktion und den politischen Parteisekretär dargestellt werden. Der Parteitag tritt dieser Abänderung bei, weist aber den Vorschlag Turati zurück, den Artikel 15 des Organisationsstatuts, der nur eine Parteifraktion an jedem Orte zuläßt, in Wegfall kommen zu lassen.

Die Reformisten bringen eine Liste von Parteivorstandsmitgliedern in Vorschlag, die durch Affirmation angenommen wird. Gewählt sind die Genossen: Argentino Altobelli, Basile Vidoli, Wussi, Canepa Razzetto, Camerini, Scurti, Rodigliani, Pignatari, Duaglino Rosselli und Reina.

Von den Gewählten sind zwei Arbeiter. Als Chefredakteur des „Avanti“ wird an Stelle Morgarisi Vissolati gewählt, als Parteisekretär an Stelle Giovanni Verdas Pompeo Cecchi.

Jetzt sollte noch von Wonomi über die Aktion der Partei in den Lokalverwaltungen referieren. Da aber die Zeit sehr vorgedrückt ist — es ist halb Mitternacht — begnügt sich der Referent, dem Parteitage die Forderung vorzulegen, einen Kongreß sozialistischer Gemeindevertreter einzuberufen, um ein kommunales Programm auszuarbeiten. Der Kongreß tritt diesen Vorschlag bei.
Mit Rücksicht auf die vorgedachte Stunde werden die Fragen des Antimilitarismus und der Auswanderungspolitik dem folgenden Parteitage überwiefen.

Costa schließt dann die Verhandlungen mit dem Wunsche, daß der nächste Parteitag um härter und länger finden möge. In der Arbeit für das Proletariat liege die beste einigende Kraft. „An die Arbeit, Genossen!“ ruft der Veteran unserer Parteibewegung, für die Befreiung des Proletariats, für die Befreiung der Menschheit, an die Arbeit zum Kampfe gegen jede wirtschaftliche und politische Bedrückung. Es lebe der Sozialismus!“

Aus der Partei.

Klärung in Solingen.

Die „Vergische Arbeiterstimme“ in Solingen teilt mit:

„Die Preßkommission der „Vergischen Arbeiterstimme“ und der „Rheinischer Arbeiterzeitung“ hielt am vergangenen Sonntag und gestern (Mittwoch) abend unter Beteiligung von Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaftsdruckerei Sitzungen ab, zu deren Leiter auch die Parteileitungen von Mensch und Solingen hinzugezogen waren. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige Sitzung der Preßkommission und Parteifunktionäre steht auf dem Standpunkt der Dresdener und Nürnberger Parteitagbeschlüsse, erklärt die bisherige Taktik, wie sie die Mehrheit der Partei bejaht, für die Genossen für bindend und verlangt für die Folge, daß in dieser Auffassung die „Vergische Arbeiterstimme“ redigiert wird.“

Der politische Redakteur, Genosse Hildebrand, hatte vorher die Erklärung abgegeben, daß er nicht in der Lage sei, die Nürnberger Resolution zu vertreten. Durch den Beschluß der Aufsichtsinstanzen wird somit eine Veränderung in der Zusammenfassung der Redaktion notwendig.

Zug vorher hatte die „Vergische Arbeiterstimme“, um den Genossen für die Beurteilung ihrer Haltung in der Budgetfrage eine Unterlage zu geben, „Reisäge unserer politischen Haltung“ veröffentlicht, die folgendermaßen lautet:

1. Die Debatten über die Budgetbewilligung waren für uns Norddeutsche sachlich vollständig gegenstandslos, da wir weder in Preußen und Sachsen, noch im Reich politische Situationen haben, die in der Partei die Absicht der Budgetbewilligung austauschen lassen könnten.

2. Das Unnatürliche der Nürnberger Resolution besteht darin, daß die norddeutsche Mehrheit in einer Frage, die für sie ohne praktischen Wert war, den Süddeutschen eine Taktik aufzuzwingen suchte, die diese für unannehmbar erklärten, gerade weil die Frage für sie praktische Bedeutung hat. Die Süddeutschen befürchteten daraus verhängnisvolle Folgen für die Fortsetzung ihrer politischen Arbeit und weigern sich deshalb, die Direktive des Parteitages zu befolgen. Die Nürnberger Resolution ist also eine ständige Gefahr für den Bestand unserer Einheit.

3. Die Wirkung des Nürnberger Beschlusses ist aber auch für die norddeutsche Partei verhängnisvoll. Die Nürnberger Resolution ist geeignet, uns in außerordentlichem Maße die Agitation zu erschweren. Auch deshalb müssen wir sie lebhaft bedauern.

4. Unsere unermüdete politische Arbeit verfolgt den Zweck, die Lage der bedrückten Massen schrittweise zu verbessern und, wenn möglich, auf geistlichem Wege mit gesetzlichen Mitteln schließlich den kapitalistischen Klassenstaat in den sozialistischen Volksstaat umzuwandeln. In diesem Zweck erstreben wir eine ständige Erweiterung der Volksrechte im Sinne der Herbeiführung demokratischer Selbstregierung, eine Hebung des Volkswohlstandes, der Volksbildung und der Volksgesundheit durch die in unserem Programm und den einzelnen Parteitagbeschlüssen geforderten steuerpolitischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen, andererseits die entsprechende Einschränkung und faktische Aufhebung aller Privilegien, insbesondere auch der des Besitzes.

5. Wir sind uns darüber klar, daß unser Endziel nicht von heute auf morgen, sondern nur stufenweise in allmählicher Entwicklung erreicht werden kann. Unsere Aufgabe ist es, auf allen Gebieten geschäftlicher Tätigkeit die jeweils augenblicklich nötigen und durchführbaren Maßnahmen in bestimmten, greifbaren Vorschlägen zu formulieren und dafür innerhalb wie außerhalb der geschäftlichen Körperschaften Anhänger zu werden.

6. Um die Unterstützung möglichst weiter Volksschichten, insbesondere die des bisher noch fernstehenden großen Teils der bedrückten Volksmasse zu gewinnen, haben wir jederzeit hervorzuheben, daß es uns nicht auf eine plötzliche Umwälzung aller bestehenden Zustände ankommt, die technisch unmöglich ist, weil alle einschneidenden Maßregeln parlamentarisch und organisatorisch nur nacheinander, nicht nebeneinander bewältigt werden können.

7. Wie haben deshalb immer wieder unsere Bereitwilligkeit zu erklären, für das Fortkaufen der nun einmal bestehenden Staatsmaschinerie einzuweilen die notwendigen Mittel zu bewilligen, vorausgesetzt, daß wir in jeder parlamentarischen Kampagne wenigstens ein wesentliches Zugeständnis, anfangend von der Wiederherstellung des gleichen Wahlrechts im Reich und seiner Einführung in den Bundesstaaten, erhalten.

8. Wir glauben, daß die offene und ehrliche Erklärung unserer Bereitwilligkeit zu solcher Taktik nicht nur die Zahl unserer Anhänger gewaltig vermehren, sondern auch schneller zur wirklichen Förderung der Arbeiterinteressen führen würde, als das mißverständliche und von unseren Gegnern planmäßig mißdeutete Zirkulartragen einer doktrinarischen, praktisch gar nicht durchführbaren Ablehnung aller Mittel für die friedliche Fortentwicklung der bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen.“

Diese Zeitsäge sind das Programm des unerschütterten Revisionismus, die konsequente Anwendung der Ausbuchtungslehre. Für diese Anschauung ist der scharfe Gegensatz zwischen Klassenstaat und Proletariat nicht mehr vorhanden. Den Solinger Genossen steht dafür offenbar ebenso das Verständnis wie uns.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafstoß der Presse. Vom Schöffengericht zu Wiesbaden wurde Genosse Stauer von der „Volkstimme“ zu Frankfurt a. M. auf eine Privatklage des Oberst a. D. Sieg, Vorsitzender der Dringegruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, zu 40 W. Geldstrafe verurteilt. Die „Volkstimme“ hatte eine von Sieg verfaßte Broschüre „Deer und Sozialdemokratie“ kritisiert.

Die Strafkammer zu Dortmund verwarf die Verurteilung des Genossen Wredenbeck von der „Arbeiterzeitung“ gegen ein Schöffengerichtsurteil, das ihn wegen Verletzung der Direktoren der Seche „Hibernia“ mit einem Monat Gefängnis belegte.

Aus Industrie und Handel.

Unternehmerterror.

Das Herzogtum Braunschweig besitzt in dem Landstädtchen Schöningen eine Saline, die vergrößert werden soll, weil das Land sich seit Jahren in einer recht unglücklichen finanziellen Lage befindet. Die Regierung verlangt daher auch die Zubilligung eines größeren Anteils an der Salzproduktion Deutschlands. Im Landtage hat das Staatsministerium diese Forderung in erster Linie damit begründet, daß die braunschweigische Regierung im Herzogtum das Salzreal eingeführt habe. Darob ist man in der Salinenvereinigung recht erbost, deren Direktor in einem Schreiben der braunschweigischen Regierung einfach mit einem Konkurrenzkampfe droht, wenn Braunschweig sein Vorhaben, die Saline auszubauen, zur Ausführung bringen werde. Der Ringdirektor droht, daß die beiden Privatfirmen im Herzogtum, das Salzwerk Hechingen und Thiederhall, unter dem Konkurrenzkampfe naturgemäß am härtesten leiden würden. Ein solcher Konkurrenzkampf gegen außerhalb des Landes stehende Salinen werde die deutschen Salinenwerke jährlich mindestens weit über 5 Millionen Mark kosten.

Noch nach einer anderen Richtung hin ist der sich entwickelnde Kampf zwischen der Salinenvereinigung und der braunschweigischen Regierung äußerst lehrreich. Unsere Partei fordert bekanntlich die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die Salinenindustriellen zeigen und durch ihr unerhörtes Auftreten, wie gerecht viele unserer Forderungen sind. Die Erde birgt unendlich viele Reichtümer, wichtige Rohmaterialien und Hausbedarfsartikel, die nur darauf warten, gehoben und der Menschheit nützlich gemacht zu werden. So ist es auch mit den Salzen. Ungeheure Mengen liegen davon unbenutzt in der Erde. Sie dürfen aber nicht gehoben werden, weil einige wenige Kapitalisten sich nicht die Preise verderben lassen wollen, die sie, in diesem Falle die Salinenvereinigung, der Bevölkerung diktiert. Diese Preise sind erst vor einigen Monaten ganz erheblich, um 1,50 M. pro Doppelzentner Salz, erhöht worden. In vielen Gegenden ist dadurch das Pfund Salz auf 11 Pf. gesteigert worden, was selbstverständlich den Salinenbesitzern und Händlern ungeheure Summen einbringt.

Weshalb aber dem Salinenbesitzer, der sich den Beschlüssen der Salinenvereinigung nicht fügen wollte. Der Ring der übrigen Kapitalisten würde mit allen Mitteln bestrebt sein, ihn, den Widerspenstigen, mitteillos zu vernichten. Mit allen Mitteln soll verhindert werden, den Preis des Salzes durch eine Belastung des Marktes mit dem notwendigen Lebensmittel herabzubringen. Die Kapitalisten wollen Geld verdienen, Geld wollen sie fließen sehen aus ihren Aktienunternehmungen. Und dieses Geld ist der Arbeiterschwitz, der in den Gruben und Werken vergossen wird. Er kristallisiert sich in den Händen der nichtstüchenden Aktionäre zu blühendem Golde, mit dem die Kapitalistenklasse die Welt beherrscht. Der Vorgang, wie er sich jetzt zwischen der braunschweigischen Regierung und der Salzbeverungsvereinigung abspielt, ist ein weiterer Beleg zu den vielen, daß die heutige privatkapitalistische Produktionsweise eine der produktiv tätigen Bevölkerung schädliche ist, daß die Ablösung derselben durch die sozialistische Produktionsweise wohl einigen parasitischen Kapitalisten nicht angenehm, der großen Masse der Menschheit aber zum Segen gereichen würde.

Soziales.

Kann der Angestellte wegen Umwandlung des regulären Geschäftsbetriebes in ein Kammergeschäft sofort seine Stellung verlassen?

Diese Frage stand gestern vor der 1. Kammer des Kaufmannsgerichtes zur Entscheidung. Der Inhaber des Kaufhauses für Gelegenheitskäufe" vorm. Pfingst u. Co. erhob gegen den Reisenden G. Klage auf Wiederantritt seiner Stellung und Erfüllung seiner Dienstpflichten bis zum Ende der Vertragsdauer, dem 31. Oktober, und stellte gleichzeitig den Antrag auf eine einstweilige Verfügung, daß der Beklagte sich bis dahin jeder Tätigkeit im Warenhaufe von Wilh. J. bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe zu enthalten habe. Der Beklagte begründete seine Arbeits-einstellung damit, daß, als er in das hiesige Unternehmen eintrat, es sich um einen regulären Kaufhausbetrieb handelte und er nicht habe annehmen können, daß sich der Betrieb in ein Partiewarengeschäft umwandeln würde. Er habe immer Stellungen in normalen Geschäftsbetrieben gehabt und müßte eine materielle Schädigung für die Zukunft befürchten, wenn er unter den veränderten Umständen hätte in Stellung bleiben wollen. Vertraglich sei allerdings über diesen Punkt nichts vereinbart, aber der Angestellte müsse nach Treu und Glauben annehmen, daß in der Geschäftshandhabung kein Wechsel zum Schlechteren eintrete.

Das Kaufmannsgericht trat den Ausführungen des Beklagten bei und wies den Kläger mit seinen Anträgen ab. Das Gericht ist der Meinung, daß Beklagter berechtigt gewesen war, die Stellung sofort zu verlassen, nachdem das Genre des Geschäftes eine so durchgreifende Veränderung erfahren hatte.

Gewerkschaftliches.

Die Kampfweise eines Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsführers.

Zu dem Artikel, welcher unter dieser Überschrift im „Vorwärts“ vom 24. d. M. erschien, sendet uns Herr Gleichauf folgende Berichtigung:

1. Es ist unklar, daß der „Regulator“ oder Gleichauf je behauptet haben, Schlöde habe für 100 M. und ein Frühstück die Interessen der Arbeiter verraten.

2. Es ist unklar, daß Gleichauf „auch nicht die Spur eines Beweises“ dafür bringen konnte. Beweishebung hat nicht stattgefunden.

3. Es ist unklar, daß Gleichauf vor Gericht erklärte, „der beleidigende Artikel sei ohne sein Wissen und Wollen in den „Regulator“ gekommen“. Gleichauf hat erklärt, der zur Klage stehende Artikel sei mit seinem Wissen in den „Regulator“ gekommen. Wilh. Gleichauf.

Diese Berichtigung kennzeichnet Herrn Gleichauf. Er verkriecht sich hinter Formalitäten, um sein Unrecht in der Sache selbst zu verschleiern.

Richtig ist ja, daß Gleichauf in seinem „Regulator“ dem Genossen Schlöde nicht mit klaren Worten den direkten Vorwurf gemacht hat, er habe für 100 M. und ein Frühstück die Interessen der Arbeiter verraten. Richtig ist aber auch, daß in den fraglichen Artikeln dieser Vorwurf gegen Schlöde in verdeckter Form, aber so deutlich erkennbar erhoben wurde — und zwar wiederholt —, daß das Gericht in diesen Artikeln eine Beleidigung Schlödes erblickte und Herrn Gleichauf das erste Mal zu 150 M., das zweite Mal zu einem Monat Gefängnis verurteilte. In der Begründung dieses Urteils sagt das Schöffengericht:

„Angeklagter erklärte sowohl damals als auch in der jetzigen Verhandlung, ein harmloser Mensch könne aus den Artikeln nichts Beleidigendes für den Privatkläger herauslesen. Der Gerichtshof ist aber anderer Ansicht. Jeder Leser, auch der unbefangenste, muß aus den Artikeln sofort die Beleidigungsabsicht erkennen.“

Das Urteil geht dann auf den Inhalt der Artikel ein und sagt dazu:

„Alle diese Wendungen lassen deutlich erkennen, daß der Angeklagte nach wie vor die Meinung vertritt, der Privatkläger habe sich durch materielle Vorteile beeinflussen lassen, und zwar... zuungunsten der von ihm vertretenen Arbeiter. Die Verdächtigkeit dieses immer wieder von neuem vorgebrachten Vorwurfs, für den auch nicht der geringste Beweis beigebracht ist, und von dem der Angeklagte auch später in dem in der Berufungsinanz abgeschlossenen Vergleich ausdrücklich erklärt hat, er habe keine Veranlassung zu einem solchen Vorwurf, ist ganz besonders charakteristisch für das Vorgehen des Angeklagten.“

Weiter heißt es in den Urteilsgründen:

„Es grenzt schon nahe an verleumderische Beleidigung, wenn der Angeklagte derartige Behauptungen, die er selbst näher in dem Vergleich als grundlos erklärt hat, verbreitet. Strafschärfend wirkt auch die in der Verdächtigkeit des Angriffes liegende niedrige Gesinnung.“

Punkt 2 der Berichtigung des Herrn Gleichauf ist durch das Vorstehende genügend berichtigt.

Was Punkt 3 betrifft, so klammert sich Herr Gleichauf an einen unwesentlichen Irrtum unseres Berichtes über die letzte Verhandlung in der Berufungsinanz. Dort wurde nicht über die Sache selbst, sondern nur über die Grundlagen eines Vergleichs verhandelt. Diese Verhandlungen drehten

sich fast ausschließlich um einen Artikel des „Regulators“, in dem Schlöde wieder mit der Frühstücksgelagebegehung in Verbindung gebracht wird. Von diesem Artikel verfiel Herr Gleichauf wiederholt, daß er ohne sein Wissen und Willen ins Blatt gekommen sei. Dieser Artikel, der am 26. Juni erschien, stand allerdings nicht unter Auflage, sondern ein anderer vom 27. März. Der Artikel vom 26. Juni, wegen dessen keine Klage erhoben wurde, ist aber für die vorliegende Klage insofern von Bedeutung, als der Vertreter des Klägers auf ihn hinwies, um zu zeigen, daß Gleichauf, nachdem er sich im ersten Falle mit Schlöde verglichen, diesen am 27. März zum zweiten und am 26. Juni zum dritten Male mit der Frühstücksgelagebegehung beleidigte. In dieser Hinsicht sagt das vorstehend von uns zitierte Gerichtsurteil:

„Bei Abmessung der Strafe war in Betracht zu ziehen, daß der Angeklagte, nachdem er in dem erwähnten Vergleich ausdrücklich erklärt hatte, er mache dem Privatkläger keinen Vorwurf, er werde in Zukunft keinen derartigen Angriff gegen ihn richten, kaum 10 Tage später, in der vom Privatkläger überreichten Nr. 26 des „Regulators“ vom 26. Juni 1908, abermals von den „Hamburger Frühstücksgelagebegehung“ spricht.“

Unser Irrtum besteht also lediglich darin, daß wir annehmen, der „Regulator“ habe nur zweimal in verdeckter Form den Vorwurf der Beleidigung gegen Schlöde erhoben. Durch die Berichtigung des Herrn Gleichauf sind wir aus diesem Irrtum befreit worden und haben festgestellt müssen, daß er diesen von Gleichauf selbst vor Gericht als un begründet bezeichneten Vorwurf, dem Vergleich zuwider, dreimal nacheinander erhoben hat. Durch seine Berichtigung hat Herr Gleichauf demnach einen beachtenswerten Beitrag zu seiner eigenen Kennzeichnung geliefert.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Fensterputzer

Bei Arnheim beschäftigte am Donnerstag eine gut besuchte Versammlung der Berufsangehörigen. Den Bericht über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung gab der Branchenleiter Lambricht. Einleitend erwähnte er zunächst, daß die Arbeitgeber im Fensterreinigungsgewerbe beschlossen haben, sämtliche bestehende Tarife zwischen Institutsinhabern und Organisation aufzuheben. Das ist in Berlin bis auf die Firmen Kellen und Arnheim bereits geschehen. Diese beiden Firmen haben auf Betreiben des Unternehmerverbandes den Tarif aufgehoben. Kellen hat den Tarif gekündigt, während Arnheim durch fortgesetzte Maßnahmen der organisierten Kollegen sowie der Vertrauensmänner vorging. Die 22 M., welche bisher tariflich festgelegt waren, waren ihm zu viel. Tatsächlich wurden Löhne von 17, 18, 19, 20 und 21 M. bezahlt. Herr Arnheim erklärt ganz einfach eine höhere Lohnzahlung für Willkür. Er denke gar nicht daran, auch nur das geringste zu bewilligen, geschweige denn, etwas zu unterschreiben. Vor allen Dingen weigerte er sich, den zuletzt entlassenen Vertrauensmann einzustellen. Alle diesbezüglichen Verhandlungen blieben erfolglos, und so wurde die Organisation gezwungen, den Kampf aufzunehmen. Dieser gestaltet sich nun äußerst lebhaft. Zunächst muß konstatiert werden, daß aus den Reihen der Fensterputzer keiner rückfällig wurde. Sämtliche Arbeitswilligen rekrutieren sich aus Nichtberufsangehörigen, welche, wie sie sagen, die bittere Not zu ihrer Handlungsweise trieb. Angelernt werden sie von den verschiedensten Institutsinhabern, welche die Arbeitswilligen auch beaufsichtigen. Wahre Helden in dieser staatsrettenden Handlungsweise sind z. B. die Herren Schlesinger, Inhaber des Instituts „Wiß-Blau“, Brunnensstraße; Grassow, Putzmannstraße und Quastenberg, Arkt. Wilsnader Straße usw. Die Arbeitswilligen selber werden vermittelt durch den sogenannten „Arbeitsnachweis“ des Verbandes der Arbeitgeber im Handels- und Transportgewerbe: Mühlentstr. 66, sowie auch durch den bekannten Scharfmacher Klingelbolle, Alt-Roabit. Auch der Arbeitsnachweis in der Gormannstraße mußte Kräfte liefern. Das Kuriosste an der ganzen Lohnbewegung ist, daß angeblich den gelernten Arbeitern ein Lohn von 22,50 M. pro Woche nicht gezahlt werden könne, wenigstens nach den Worten des Herrn Arnheim; den ungelerten Arbeitswilligen jedoch durch Annoncen im „Lokalanzeiger“ und der „Morgenpost“ und an den Anschlagtafeln ein Lohn von 26 M. geboten wird. Um nun die Arbeits- resp. Berufsangehörigen, welche bei den Scharfmachern beschäftigt sind, zu veranlassen, Streikarbeit zu verrichten, werden die Arbeitswilligen von Arnheim umgesprochen auf die Arbeits-scheine der Streikarbeit auszuführenden Firma. Die Lohnforderung selber beträgt für Lehrlinge 18 M., sowie für gelernte Arbeiter 22,50 M. Zurzeit ist die Situation für die Streikenden günstig. Obwohl sich einige Streikbrecher gefunden haben, welche von der Polizei treulicht behütet werden, haben sich aus den Reihen der Streikenden keine Streikbrecher gefunden, und die paar ungelerten Arbeiter machen den Kohl nicht fett. Schließlich nahm die Versammlung eine Resolution einstimmig an, in der die Anwesenden die Berichtigung von Streikarbeit ablehnten.

Die Arbeitslosigkeit unter den Steinbildhauern.

In Anbetracht der Arbeitslosigkeit bei den Steinbildhauern Groß-Berlins fand am Donnerstag im Gewerkschaftshause eine Verammlung der Arbeitslosen statt. Es ergab sich, daß zurzeit 35 Proz. aller in Berlin anwesenden Steinbildhauer ohne Beschäftigung waren. Des weiteren wurde nach vorausgegangenem Zusammenstellung der in Berlin und Rixdorf an städtischen Bauten vorhandenen Arbeiten festgestellt, daß bei nur etwas gutem Willen dergleichen große Arbeitslosigkeit mit Leichtigkeit vermieden werden könnte. Mit Entrüstung vernahm die Versammlung, daß bereits bezogene Gebäude (Schulen) mit unvollendeten Arbeiten (!) geschmückt sind, und wo man dieses vermeidet, läßt man aus uns verständlichen Gründen die für Bildhauerarbeiten vorgesehenen Woffen entfernen. Um einen Appell an die maßgebenden Körperschaften zu richten, fand außer einem praktischen Vorschlag folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heutige Versammlung der arbeitslosen Steinbildhauer nimmt davon Kenntnis, daß ein großer Teil Arbeiten dieser Branche, vorwiegend an städtischen Bauten, unausgeführt bleiben. Da jedoch bei Inangriffnahme dieser Arbeiten die Arbeitslosigkeit vermindert werden könnte, ersuchen wir die städtischen Behörden, die noch auszuführenden Arbeiten zu beschleunigen.“

Aus den Daimler-Werken.

Eine Betriebsversammlung der im Daimler-Werk in Marienfelde beschäftigten Arbeiter fand am Donnerstagsabend im „Feldschlösschen“ in Mariendorf statt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Daimler-Werks standen zur Besprechung. Behrendt vom Deutschen Metallarbeiterverband referierte. Er lagte die Leitung der Werke an, daß sie die jetzige schlechte Konjunktur ausnütze, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dies geschehe in einer Weise, die für die Arbeiter immer untragbarer wird. Ein Arbeiterausschuß besteht nicht mehr, denn schon vor längerer Zeit hat er sein Amt wegen unwürdiger Behandlung niedergelegt. Große Entlassungen haben stattgefunden und von den noch Beschäftigten verlangte man Überstunden. In einer Versammlung beschloßen die Arbeiter, die Überstunden zu verweigern. Darauf versuchte die Leitung Unorganisierte einzustellen. Müller, ein Meister, über den die Arbeiter lebhaft Klage führen, behauptete bald, daß der Verband nicht mehr zu fürchten sei, denn die Hälfte der Angestellten gehöre dem Gewerksverein an oder sei unorganisiert.

hier. Diese Behauptung ist anzutreffend, denn die Verweigerung der Überstunden findet in größerem Umfang statt, als der Direktion lieb ist. Es nützte nichts, daß man jeden Neueingestellten nach seiner Organisationszugehörigkeit befragte, denn bald stellten sich Schwierigkeiten ein, indem die Unorganisierten meistens leistungsunfähig waren. Darauf machte man die Überstunden zur Bedingung bei der Anstellung. Man versuchte auf jede Art und Weise die Organisation zu bekämpfen. Zugleich werden überall Verschlechterungen eingeführt, die Löhne werden gekürzt, die Akkordpreise herabgesetzt. Die Behandlung durch die Meister ist oft eine ungebührliche; eine scharfe Bewachung findet statt. Ältere Arbeiter werden einfach entlassen und junge Leute dafür eingestellt. Neulich wurden 30 Mann, organisierte Arbeiter, darunter drei Vertrauensleute, entlassen. Behrendt forderte die Arbeiter auf, sich nicht ruhig alle Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen gefallen zu lassen. Man leiste Widerstand, wo Abhilfe gemacht, wo Überstunden verlangt werden. Niemand darf sich die schlechte Behandlung durch die Meister gefallen lassen. Der Verband steht hinter jedem Mitgliede, das sein Recht energisch in Anspruch nimmt. Mehr Festigkeit gegenüber den Anmachungen der Unternehmer sei in den Reihen der Arbeiter dringend notwendig. (Beifall.)

In der Diskussion sprach ein Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Er erklärte an, daß der Referent die Situation richtig dargestellt habe und erklärte, daß die Gewerksvereiner mit den übrigen Kollegen fest zusammenstehen wollen, wie es ihr Interesse erheischt. (Bravo!) Löw nahm mit Befriedigung von dieser Erklärung Kenntnis, meinte aber, man müsse doch erst abwarten, wie sich die Gewerksvereiner in Zukunft verhalten werden, um ihnen volles Vertrauen entgegenbringen zu können. Löw ergänzte das Referat noch in manchen Punkten und wies darauf hin, daß die Daimler-Werke schon lange nicht mehr den Ruf unter den Arbeitern genießen, daß die Verhältnisse dort bessere seien als bei Firmen, die als „Fenniggrütchen“ und „Knochenmühlen“ am liebsten gemieden werden. Er charakterisierte auch das Spionagesystem unter den Beamten der Daimler-Werke, die sich nicht schämen, Angeberdienste zu leisten. Die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes forderte er auf, energisch zu allen Vorgängen Stellung zu nehmen. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Betriebsversammlung der Arbeiter der Daimler-Werke protestiert ganz entschieden gegen die Maßnahmen der Direktion, die darauf gerichtet sind, das den Arbeitern gewährleistete Revolutionsrecht illusorisch zu machen. Sie protestiert gegen die fortgesetzte Mahregelung von organisierten Arbeitern, besonders von Vertrauensleuten des Verbandes der deutschen Metallarbeiter. Sie wendet sich ferner gegen den ausgeübten Zwang, Überstunden zu leisten, sowie gegen die fortgesetzte Reduzierung der Akkordpreise, die vielfach 30—40 Proz. beträgt. Die Arbeiter sind nicht gewillt, auf die Dauer die gegenwärtig herrschenden Verhältnisse des Betriebes zu ertragen und verlangen von der Direktion eine Abstellung der vorhandenen Mißstände.“

Deutsches Reich.

Wer vertritt einen Zentralverband im Rechtsstreit?

Die Zahlstelle Hamburg des Zimmererverbandes hatte im vorigen Jahre über drei Bauten des Bauunternehmers Schulze die Sperre wegen zweier Mahregelungen verhängt. Schulze drückte darauf gegen den Vorsitzenden der Zahlstelle, Lehmann, eine einstweilige Verfügung durch, mit der ihm eine Geldstrafe von 100 M. für jeden Fall der Aufforderung, die Bauten weiter zu sperren, angedroht wurde. Schließlich lagte Schulze noch gegen die Zahlstelle auf Aufhebung der Sperre. Vor dem Landgericht wurde der Verband, vertreten durch Lehmann, verurteilt. In zweiter Instanz wurde dies Urteil aber aufgehoben und der Antrag des Bauunternehmers zurückgewiesen. Die Klage sei nicht gegen den richtigen Vertreter des Verbandes geführt worden. Nach dem Statut sei dies der Hauptvorstand Schrader in Hamburg. In der Revision vor dem Reichsgericht machte Schulze geltend, daß Lehmann wohl verklagt werden könne. Nach dem Verbandsstatut hätten die Zahlstellen die Befugnis, über Aenderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Unternehmern zu verhandeln und Sperren zu verhängen. Das habe hier auch die Zahlstelle getan. Sie habe deshalb eine solche Selbständigkeit gegenüber dem Zentralvorstand, daß sie auch verklagt werden könne. Uebrigens habe das Oberlandesgericht nicht geprüft, ob Lehmann nicht etwa Generalvollmacht gehabt habe. Diesen Gründen schloß sich das Reichsgericht an und es verwies die Sache zur nochmaligen Entscheidung zurück. Der Verband war vor dem Reichsgericht durch keinen Rechtsanwalt vertreten.

Ausland.

Die Aussperrung in Lancashire.

London, 23. September. Die Aussperrung der Textilarbeiter wurde gestern ausgedehnt. Etwa 530 Fabriken stellten den Betrieb ein; es arbeiten noch 160 Fabriken, aber auch von diesen dürfte sich in den nächsten Tagen eine große Zahl der Aussperrung anschließen. Am meisten in Mitleiden-schaft gezogen ist Oldham, die größte Textilfabrikstadt der Welt.

Ende des Schiffbauersstreiks.

London, 23. September. (Eig. Ber.) Nach acht Monaten des Kampfes gegen eine Lohnherabsetzung unterwarfen sich am 20. d. M. die Schiffbauer an der Nordostküste Englands. Sie streikten seit Februar, obwohl ein Erfolg aussichtslos war. Der Streik hat dem Verband der Maschinenbauer (Amalgamated Society of Engineers) 240 000 Pfund Sterling (4,8 Millionen Mark) gekostet. Der Verbandsvorstand war von Anfang an gegen den Streik, so daß der Sekretär Genosse Barnes von seinem Posten zurücktrat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zusammenstöße.

patdam, 25. September. (W. T. B.) Gestern Abend 8 Uhr wurde ein zweispänniger Wagen der Vereinsstraßenbahn beim Passieren des Bahnüberganges bei Marquardt von der Lokomotive des Zuges Wildpart-Rauen erfasst. Der Viehwagen wurde vom Bod geschleudert, blieb aber unversehrt, beide Pferde wurden getötet. Die Schuld trägt der Bahnwärter, der schlief und die Schranke unverschlossen und unbeachtet ließ.

Helena (Montana), 25. September. (W. T. B.) Ein Personenzug und ein Güterzug der Northern Pacific-Eisenbahn stießen bei Hounpoint zusammen. 21 Personen sind getötet worden, sie fanden sich sämtlich im Rauchwagen, der durch einen Wagon des Schnellzuges vollständig zusammengedrückt wurde.

Pilsnitz.

München, 25. September. (W. T. B.) Eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und einem dreijährigen Kinde, ist infolge Pils-nitzgurgelung lebensgefährlich erkrankt und wurde in das Krankenhaus gebracht.

Diebische Bankiers.

New York, 25. September. (W. T. B.) A. O. Brown und drei andere Mitglieder der Fondsbörsenfirma A. O. Brown und Company, die ihre Zahlungen am 26. August einstellte, wurden unter der Beschuldigung des Diebstahls verhaftet.

Der Nürnberger Parteitag in den Organisationen.

In einer sehr gut besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Kiel erstattete Genosse Adler Bericht vom Nürnberger Parteitag. Er teilte unter anderem mit, daß 16 von den 23 Unterzeichnern der Frohmehrschen Resolution im Gegensatz zu Frohme auf dem Standpunkt entschiedenster Verwerfung der Budgetbewilligung gestanden und die Resolution nur des sieben Frieden sich unterzeichnet hätten.

Die am 23. September in Kiel tagende gutbesuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins erklärt sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages einverstanden und verpflichtet, sie sich in allen Städten zur obersten Richtschnur dienen zu lassen.

Die Versammlung erwartet aber auch entschieden, daß andere Parteigenossenschaften den Beschlüssen diejenige Bedeutung zuerkennen, die ihnen als der Entscheidung unserer Parteiorganisation zukommt.

Insbefondere muß der Spruch des Parteitages in der Budgetfrage für die Taktik der Partei so lange unverrückliches Geleit sein, als er nicht durch den Beschluß eines späteren Parteitages geändert wird.

Die Versammlung bedauert deshalb aufs tiefste die Erklärung, die Genosse Segitz im Namen von 66 süddeutschen Delegierten abgegeben hat, insofern diese Erklärung, gemäß dem Kommentar der „Frankfurter Post“, der „Münchener Post“ und der „Mannheimer Volksstimme“, die Aufforderung zum offenen Disziplinbruch bedeutet, ein Vorgehen, das um so schärfer zu verurteilen ist, als es unmittelbar nach der entgegengesetzten Willensäußerung des Parteitages in Szene gesetzt wurde.

Die Versammlung ersucht den Parteivorstand als Exekutive des Parteitages, darüber zu wachen, daß diese Aufforderung nicht zur Tat wird, und jedem Versuch, in der Verhöhnung des Spruchs ihrer obersten Vertretung die Partei selbst zu verhöhnen, unmissverständlich entgegenzutreten.

Sämtliche Diskussionsredner, mit einer Ausnahme, sprachen sich energisch im Sinne dieser Resolution aus.

In einer Parteiverammlung in Fürth referierte Genosse Korn. Er empfahl eine Resolution zur Annahme, in der es heißt, daß der Parteitag keine einwandfreie Beurteilung der Frage der Budgetbewilligung gefunden habe und in der bedauert wird, daß durch Ablehnung der Resolution Frohme der Weg zur Verständigung nicht beschritten, vielmehr eine Entscheidung herbeigeführt wurde, die nicht gebildet sei aus der sachgemäßen Kenntnis der Begleitumstände, sondern sie stütze sich auf das starre Festhalten an Dogmen durch die Mehrheit. Die Resolution billigt die Erklärung der 66 und bedauert, daß dadurch die Situation noch mehr zugeklüppelt erscheine.

In der Diskussion bedauerte Genosse Schiller, daß der Parteitag so wenig produktiv gewesen sei. Er habe nicht einmal die Frage der Raiffeiser und eine so einfache Sache wie die Frauenorganisation geregelt. Sehr zu tadeln sei die Art der Diskussion über die Budgetfrage vor und nach dem Parteitag. Genosse Poliyer: Es habe die Arbeiter aufgeregt, daß die Süddeutschen so berufen worden seien, wie es durch den Antrag Bestmeyer geschehen sei, und daß der Parteitag sich nicht einmal dagegen verwehrte. — Genosse Vogel: Die Erklärung der 66 entspreche der Stimmung der Arbeiter. Es müsse eigentlich anmuten, daß in Bayern die Opposition gegen die Budgetbewilligung gerade aus dem Orden komme, wo die Organisation am schwächsten sei. Der Radikalismus, der in der Budgetfrage aufgewendet wird, wäre besser angebracht in der Agitation für die Parteiorganisation. — Genosse Manig: Die Erklärung der 66 sei verfehlt, da der Schlupf die Aus-

legung zulasse, daß sich die Süddeutschen der Entscheidung nicht unterwerfen. Der Passus hätte lauten sollen, daß die Süddeutschen die Frage noch nicht als entschieden betrachten. Die Disziplin müsse gehalten werden. — Genosse Endres: Ueber den Streit wegen der Budgetfrage seien die Arbeiter nicht erfreut. Die Masse verstehe die Zustimmung zum Budget sehr wohl. Den Genossen, die die Kleinarbeit verrichten müssen, werde durch solchen Streit in einer Woche mehr verdorben, als sie in den übrigen 51 Wochen aufzurichten können. Die Masse der Entertenten wolle Vorteile sehen. Das Heind sei ihnen näher als der Grad. Sie fragen, was ihnen gedient sein solle, wenn erst für die dritte oder vierte Generation nach ihnen Vorteile geschaffen werden sollen. — Genosse Bey ist durch die Parteitagdebatte zu einer anderen Meinung bekehrt worden. Er hielt die Budgetfrage zuerst für eine taktische Frage, jetzt aber für eine prinzipielle. Durch die Erklärung der „66“ habe er die Auffassung bekommen, als wolle man sagen: Wir tun, was wir wollen. So dürfe das nicht gemeint sein. Wenn der Erklärung zugestimmt werden solle, müsse erst noch klar gesagt werden, was sie bezwecke, und daß die Abgeordneten sich dem Parteitagbeschlusse unterwerfen wollen. — Genosse Weber: Es ist kolossal über die Schnur gehauen worden, wenn gesagt wurde, hinter den Abgeordneten ständen 95 Prozent der Genossen. Die Abgeordneten seien durch ihren Verlehr mit Ministern auf Abwege geraten. Einem Genossen habe man einst zum Vorwurf gemacht, daß er bei einem Regierungsrat ein Essen mitgemacht habe, jetzt beteiligen sich die Abgeordneten an Ministeressen. — Genosse Zwiemel bemerkt unter lebhaftem Widerspruch, die Süddeutschen hätten eine Voreingenommenheit gegen die Norddeutschen, die die Sachlichkeit bewahrt hätten, während jene unfaßlich gelämpft hätten. Die Erregungsdämonen seien keine so großen, daß deshalb das Budget bewilligt werden müsse. Die Zustimmung sei eine Vertrauensundgebung für die Regierung. Der Revisionismus sei in Deutschland schon sehr tief eingedrungen. Simon-Nürnberg sei der einzige richtige Sozialdemokrat in ganz Bayern.

Segitz: Ich habe schon in Hunderten von Versammlungen gesprochen. Haben Sie mich dabei schon einmal als Revisionisten kennen gelernt, der ich jetzt sein soll? Allerdings bin ich schon öfters zu Ministern gegangen, öfter als ich gewünscht, aber um meiner Pflicht als Abgeordneter nachzukommen, mußte ich das tun, weil sich vielfach Petenten an mich wandten. So wurden in München drei russische Genossen abgefangen, die an einem Millionenraub beteiligt gewesen sein sollen. Von mir wurde, und zwar von Norddeutschland her gewünscht, ich solle allen meinen Einfluß aufwenden, damit die drei russischen Genossen nicht ausgeliefert würden, was gleichbedeutend mit ihrem Tode durch den Strang gewesen wäre. So machte ich mich auf den Weg zu Ministern und zum Ministerpräsidenten, und die drei Russen wurden nicht ausgeliefert. In Nürnberg und Regensburg wollten Parteigenossen Bohnungs-genossenschaften gründen, wozu sie Terrain vom Fort-Exarar bedürfen. Auch diesen Genossen mußte ich auf ihren Wunsch beistehen durch Vorstellungen beim Minister. So sehen meine Ministergänge aus. Bei einem Festessen des Ministers wird mich noch niemand gesehen haben. Was mit der Erklärung der 66 gemeint sein soll, ist doch klar ausgedrückt. Der Parteitag hat die Erklärung ohne Widerspruch hingenommen und dadurch seine Zustimmung indirekt ausgesprochen. Die Erklärung wahr das Recht der Landesorganisation. Der württembergische Landesparteitag hat schon im vorigen Jahre seine Zustimmung zur Budgetbewilligung ausgesprochen. Jetzt kommt der deutsche Parteitag und verneint diese Frage wieder. Im ganzen Statut ist keine Bestimmung zu finden, die dem Parteitag diese Befugnis einräumt. In Bayern wurde zwar noch kein Parteitag einberufen, der sich mit dieser Frage zu befassen hätte, aber aus der Stimmung der Genossen kann geschlossen werden, daß auch in Bayern das Einverständnis ausgesprochen wird. Der deutsche Parteitag geht über das alles hinweg. Wenn bei Reu-beratung der Statuten eine Bestimmung aufgenommen würde, daß sich die einzelnen Landes-

organisationen in allen Fragen dem Parteitag unterwerfen müssen, wird das eine andere Sache sein. Jetzt besteht aber eine solche Bestimmung noch nicht. Die Ablehnung des Budgets ist keine revolutionäre, sondern eine reaktionäre Tat, die Regierung kann damit dem alten Budget weiter wirtschaften. Wir hätten uns auch auf die Verfassung berufen können, wollten das aber nicht, wir wollten uns die Freiheit erkämpfen, eine Ablehnung des Budgets auch mit gutem Gewissen vornehmen zu können. Es wird gesagt, die Erregungsdämonen im Landtage seien unbedeutend. Wenn zum Beispiel die Festlegung eines Existenzminimums von 1200 M. für alle Staatsangestellten, die bisher ein Anfangsgehalt bis zu 780 M. herunter hatten, keine Erregungsdämonie sein soll, dann verstehe ich die Arbeiter nicht mehr. Dann ist auch die ganze Gewerkschaftsbewegung nichts, die nicht immer solche Erfolge zu verzeichnen hat. Sie hat schon viel geringere Vorteile nehmen müssen. Auf den Parlamentarismus lege ich kein großes Gewicht, aber ich verlange, daß man auch konsequent ist. Entweder die parlamentarische Arbeit mit ihren Begleitumständen oder heraus aus den Parlamenten.

Genosse Goldschmidt sieht in dem, was geschaffen, keine zwingenden Gründe für die Zustimmung zum Budget im Sinne der Liberalen Resolution. Die Erklärung der 66 habe in ihrem zweiten Teil den ersten wieder auf. Es sei nicht angängig, jetzt, nachdem die Sache erledigt ist, zu sagen, man wolle die Befugnisse der Landesorganisation wahrnehmen. Das hätte man früher tun sollen.

Da es inzwischen Mitternacht geworden war, wurde die Versammlung auf nächsten Mittwoch vertagt.

Parteiverfassungen in Heilbronn und Karlsruhe bedauerten den Beschluß des Parteitages in der Budgetfrage und billigten die Haltung der süddeutschen Delegierten und die Erklärung der 66.

Die Genossen in Kassel erklärten sich mit dem Beschluß des Parteitages in der Budgetfrage einverstanden.

Wir kommen auf diese letzten drei Versammlungen noch zurück.

Der Nürnberger Parteitag in der Parteipresse.

„Märkische Volksstimme“ (Kottbus): Die Freunde der Budgetbewilligung glaubten mit der Drohung einer Spaltung oder eines organisierten Widerstandes gegen die Wirkungen der Vorstandresolution die Majorität des Parteitages einschüchtern zu können. Es ist ein wahres Glück, daß der Parteitag in seiner Mehrheit dieser Drohung keine Bedeutung beimah. Das wären in der Tat schöne Zustände, die in der Partei einreichen könnten, wenn es einer beliebigen Minderheit geliele, mit Obstruktion und Krieg zu drohen, falls die Mehrheit sich nicht zu der kleinstbürgerlich-reformistischen „Weltanschauung“ und Parlaments-tätigkeit der Minderheit bequeme.

Was wird nun die Folge des Parteitagbeschlusses sein? Wir wollen sie nicht übersehen. Wenn die süddeutschen Parlamentarier, von denen noch eine bedeutende Minorität Gegner der Budgetbewilligung sind, ihre Drohung wahrnehmen, dann werden sie sich an den Parteitagbeschlusse nicht halten, sondern von Fall zu Fall entscheiden, ob die Budgets der Bundesstaaten zu bewilligen oder abzulehnen sind. Sie wollen allerdings die Bewilligung zur Regel machen, während die Ablehnung die Ausnahme bilden soll. Die Partei wird einen etwaigen opportunistischen Vorstoß nicht ruhig zusehen und den Verstoß gegen Parteitagbeschlüsse auf den folgenden Parteitagen rügen. Ohne große Aufregung wird die Sache besprochen und den Parlamentariern, die vor lauter „Verantwortung“ gegenüber der Masse zusammenzubrechen drohen, an der Hand der politischen und wirtschaftlichen Zustände ihrer respektiven Vaterländer gezeigt werden, daß sie ihre opportunistische Liebe an einen Unwürdigen verschwenden. Die Presse, die in allererster Linie für die Durchführung der Parteitagbeschlüsse zu wirken hat, wird nicht zurückschrecken dürfen vor der Aufgabe, die frondierenden Parlamentarier des Südens ganz gehörig zu beobachten und jede ihrer parlamentarischen Aktionen kritisch und rücksichtslos zu beleuchten.

Kleines feuilleton.

Vastarde auf dem Fürstenthron. Es ist bekannt, daß die großen Generale Napoleons, ein Dumouriez, ein Pichegru, ein Moreau, ein MacDonald, ein Massena, ein Murat, gleich ihrem Führer, selber aus dem Bürgertum und nicht, wie ihre unfähigen Vorgänger, a la Courbe, aus dem Adel stammten. Ebenso bekannt ist, daß eine andere glänzende historische Epoche, die es an Bedeutung mit der Revolutionszeit aufnimmt, die sogenannte Renaissance im 15. und 16. Jahrhundert, ebenfalls ausschließlich auf den Schultern der Nichtadeligen ruhte. Nicht nur der Stand der Gelehrten, Künstler, Handwerker war bürgerlich. Nein, auch die vielen Fürstentümer Italiens, an deren Höfen die Kunst und Wissenschaft so eifrig gepflegt wurde, verdankten ihr plötzliches kraftvolles Emporkommen nicht zum mindesten der kühnen Nichtachtung der bisherigen Exklusivität und ihrer ungeheuren Blutsverbindung mit bürgerlichen Häusern. Selbstverständlich waren diese Heiraten illegitim. Aber die Kinder wurden durchaus nicht als solche behandelt. Das Durcheinander von legitimen und illegitimen Kindern war so stark, daß ein Ausländer damals schreiben konnte, „man mache in Italien gar keinen Unterschied zwischen einem legitimen und einem illegitimen Kinde“. Auch der Papst erkannte 1483 in einer Bulle die rechtmäßige Nachfolge illegitimer Kinder an. In Italien gab es, nach Jakob Burckhardt, kein fürstliches Haus mehr, welches nicht in der Hauptlinie irgend eine uneheliche, aber glänzende (Nachkommenschaft) gehabt und ruhig geduldet hätte. Der Zweig des Hauses Aragon, der in Neapel residierte, war eine Vastardlinie des Hauses. Federico von Urbino, dessen Bibliothek die berühmteste des Landes war, der nach dem frugalen Mittagsmahl eine Vorlesung aus alten Schriftstellern hörte und dann mit den Nonnen über ideologische Dinge disputierte, war ein Vastard. Als Papst Sixtus II. durch die Stadt Ferrara kam, ritten ihm bei der Einholung acht Vastarde aus dem Hause Este entgegen. Unter ihnen war der regierende Herzog selbst und zwei seiner Neffen. Deren Vater war sein unehelicher Bruder und Vorgänger Leonello. Letzterer hatte eine eheliche und eine uneheliche Frau gehabt. Diese wiederum war die Tochter einer Afrikanerin, die sie Alfonso I. geboren hatte. Wie im Hause Este sah es überall aus. Die Zweckmäßigkeit, die Geltung der individuellen Tüchtigkeit und des Talentes drängte die alte starre feudale Erbordnung zurück, diesem freien Durcheinander der Familien, das dem Adel frisches Blut zuführte, ist ein nicht geringer Anteil an der Blüte zuzuschreiben, zu der das europäische Geistesleben, besonders in Italien, zur Zeit der Renaissance emporwuchs.

Aus Albanien's Bergen. Ueber die Naturbölker fremder Welt teils lernt das eine oder andere schon jeder Volksschüler; daß wir aber auch im modernen Europa noch Völker haben, die noch fast völlig unentwickelt sind und bei denen man Zustände trifft, welche mit den analogen Verhältnissen der Naturbölker auffallende Ähnlichkeit haben, weiß selbst mancher kaum, der sich zu den Gebirgen zählt. In einer ausführlichen interessanten Arbeit über die Gebirge des nordwestlichen Albanien gibt uns im letzten Heft der Abhandlungen der k. k. geographischen Gesellschaft in Wien

Dr. Jppen eine fesselnde Schilderung des Landes und seiner Bewohner. Unter den Leuten von Vichsch gibt es viele schlimme Räuber. In den Sommermonaten unternehmen nämlich diese Gebirgsbauern nächtliche Streifzüge in die Ebenen und treiben den dort wohnenden friedlicheren Bauern das Vieh weg. Nur gegen ein gutes Lösegeld kann der Bestohlene sein Eigentum wieder erhalten. Ichlich wie noch der Gründungsfrage von Rom die „Wig-Stadt“ dadurch entstanden ist, daß sich dort alle Verbrecher von Latium zusammenloteten, so sind auch die Gebirge von Vichsch der Zufluchtsort aller derjenigen, die durch irgendwelche Umstände gezwungen sind, die Heimat zu meiden und sich dann zumeist dem Rauberleben ergeben. Gerade wie bei den Arabern verbietet das altheidnische Gesetz der Gastfreundschaft, die Aufnahme derartiger schlechter Elemente in den Stamm zu verweigern; vielmehr muß der Stamm fortan seinen Schutling gegen jedweden Angriff verteidigen. Die Stämme der Ghala und Schofsi leben fortwährend im Kriegszustand. Während andere Stämme für bestimmte Zeit eine Art Waffenstillstand haben, den sogenannten „Wessa“ — analog unserem mittelalterlichen „Gottesfrieden“ — geschieht dies nie zwischen jenen beiden Stämmen. Nur die Horden beider Stämme sowie die friedlichen Wanderer auf den beiden Hauptstrassen gelten als unantastbar. Jene beiden Stämme sind die Oberherren über die beiden Dörfer Rugula und Toga, in welchen sich die Lebensökonomie des Tales erhalten hat. Die Vastallen müssen ihre Herrenleute jederzeit in ihren Häusern aufnehmen und gut verpflegen, auch sonst keine Abgaben leisten; dafür erhalten sie in Streitigkeiten ihren Schutz: Der Rest eines uralten Hörigkeitsverhältnisses!

Theater. Neues Theater. „Wahrheit“, Lustspiel von Eilhe Kitch, deutsche Bearbeitung von Popson. Der Abend bot eine angenehme und seltene Ueberraschung: Eine mit Verstand, Geisinn und sicherem Wahnwitz durchgeführte Komödie, die sich von der flachen Harmlosigkeit des deutschen Familien-Lustspieltypes, wie von den Plakaterien und ausgefärbigten Verwechslungsstücken des Pariser Schwantes in gleicher Weise fernhielt. Von einigen kleinen Pöfemöglichkeiten abgesehen, nimmt es das Stück, an dem Komödienmaßstäbe gemessen, mit der Wahrheit recht genau. Kitch wendet bei all seiner Geschicklichkeit im Wahnwitzschreiben, die Kunstfertigkeit einer verwickelten Intrigue verschmähend, ganz einfache Mittel an. Der Vorgang, den er schildert, kann sich täglich wiederholen und die Personen bleiben durchweg im Rahmen ihrer vorgezeichneten Charakterart. Die im Titel schon angelegte moralisierende Tendenz — der alte Satz: „wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“, ist Leitmotiv des Lustspiels — kommt ohne Spur verstimmender Absichtlichkeit zum Ausdruck. Den Grundton bildet eine lebenswollig duldame Ironie. Sogar für den vollkommenen Spieler und Gewandtheaterschüler, der sich von seinem Schwiagerjohne und seiner Zimmerwirtin unterhalten läßt, weicht der Autor, indem er seine Lügenhaftigkeit verspottet, zugleich doch Mitleid zu wecken. Wenn seine Frau, als sie hinter seine Unwahrhaftigkeit kam, ihn nicht verlassen, sondern Gebuld geübt hätte — so fragt er vor der Tochter —, dann wäre gewiß ein anderer aus ihm geworden! Er verlangt, daß man das

glaube, und glaubt es selbst, um dann im nächsten Augenblick sich in neuen Lügen zu ergehen.

Wach hat den Gang zum Schwindeln und die gefährliche Beweglichkeit der Phantasie vom Vater geerbt. Ein reizendes Wägelchen, immer in lustiger Bewegung, so flattert sie, in mandem an die Nora erinnernd, in den Prunghäusern ihres reichen New-Yorker Gemahls umher. Sie bereitet und liebt ihn schwärmerisch, was sie indes nicht im geringsten hindert, ihm nach Verleihen etwas vorzusunkern, und mit dem Manne einer eifersüchtigen Freundin stark zu stieren. Wie das tiefe Vertrauen, das ihr der offene, gediegen-ernste Gatte entgegenbringt, durch die Entdeckung einer ganzen Reihe kleiner Lügen und die in ihrer Kombination den schwersten Verdacht zu reifertigen scheinen, im Grund erschüttert wird, das ist vortrefflich in der festgeschlossenen Szenenreihe des zweiten Aktes entwickelt. Ebenso überzeugend ist es in dem Charakter des Mannes motiviert, daß er, nachdem sein Herz zu zweifeln angefangen, den Bund, der ihm bisher das höchste Glück bedeutete, zerreißt will. Natürlich muß es am Schlusse der Komödie zur Veröhnung kommen. Ob die zu ihrem Vater geflüchtete Wally die guten Vorsätze, die sie in ihrer Not gefaßt hat, ausführen wird, kann zweifelhaft erscheinen. Aber diese Ungewißheit ist kein Fehler. Jedenfalls hielten die eigenartigen Szenen zwischen Vater und Tochter wie auch das charakteristische Arrangement des Wiedersehens Interesse und Stimmung bis zum Schlusse wach. Ein ungewöhnlich gutes Spiel unterstützte die Wirkung. Meta Jäger war eine prächtige Wally, Herr Christians in der Figur des jungen Gatten Schmidthaler in der des alten Abenteuerers, gaben scharf umrissene Typen.

Humor und Satire.

— Es geht so auch. Bäuerin: „Sechzehn Mal hab'n ma' a'habt, Du Lump, und iah hab'n ma' noch sechs! Die andern hast alle verlossen!“ — Bauer: „I woah's gar net, was D' host! I liefen i' desweg'n aa' mir an' oanzigen Eiter Wickl weniger in d' Stadt als früher?“

— Walizis's. Meine neueste Operette ist ein wahres Melodienstrauch. — Sie meinen wohl Strauchmelodien?

— 1908. Das Wetter pflegte früher ein Schauspiel in vier Akten zu sein: Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Nun hat die launische Natur ein Varietés-Theater daraus gemacht.

— Aus einer Liederfassung. „Die Welt ist so schön!“ (Mit Erlaubnis des Verlegers.)

(Fliegende Blätter.)

Notizen.

— Legitim bis dort hinaus! Die „Märkische Zeitung“ meldet: Dem Kölner Residenz-Theater wurden soeben die Pariser Schwänke „Haben Sie nichts zu verlossen?“ und „Die Feigheit“ vom Maurice Charpenier von der Zensurbehörde verboten. Weßhalb das Verbot erfolgte, das verschweigt das „liberale“ Blatt, obwohl ihm dies zweifellos bekannt ist. Das Kölner Polizeipräsidium trägt nämlich sein Aufführungsverbot darauf, daß es unmoralisch ist, wenn auf der Bühne ein uneheliches Kind über legitime Erben triumphiert.

Es wird die Zeit kommen, wo unsere Parteigenossen im Süden die parlamentarische Effektivität und politische Rechnertrügerei satt bekommen und für eine Veränderung der Zustände sorgen werden. . . .

„Vollblatt für Anhalt“ (Dessau):

„Eins ist in der Debatte, die bei aller Unangenehmheit in der der Form doch gute Aufschlüsse über die inneren Parteitendenzen gegeben hat — sie wird sich für die Zukunft sehr gut lesen — deutlich hervorgetreten; die zwei Richtungen in der Partei treten sich immer scharfer gegenüber: die Zusammenbruchstheoretiker und die Entwicklungspolitiker. Und auch das ist absolut nicht anzuzweifeln: Trotz ihrer äußerlich noch geringeren Zahl marschieren die letzteren. Mit der Zusammenbruchstheorie, mit der Zuspitzungsauffassung eines Kautsky können die praktischen Politiker zumal in Staat und Gemeinde nicht arbeiten. Auch die Gewerkschaftler sind außer Stande, Kautsky und Luxemburg zu folgen. Und die Genossenschaftler ganz und gar nicht. Die letzteren sind schon so selbständig geworden, daß sie sich überhaupt nicht mehr mit den Zusammenbruchstheoretikern auseinandersetzen. Die Empfindung, die sie ihnen entgegenbringen, ist alles andere, nur nicht die der Bewunderung und Anerkennung. Und auch die Gewerkschaftler sind außer Stande, für die Kautsky, Parvus und Luxemburg anerkenntliche Sympathie zu empfinden. Aber auch selbst innerhalb der Partei wird die Zahl derer immer größer, die da begreifen, daß die Partei nur dann weiter vorwärts kommt, wenn sie in intensiver Weise gegenwartsarbeit treibt, was ohne Kompromisse schließlich gar nicht abgeht. Kompromisse sind nicht gleichbedeutend mit Ideenpreisgabe, sondern bedeuten ein Nachgeben mit der Tat, wo in der Idee das Prinzip festgehalten wird. Auch der Arbeiter, der auf dem Prinzip des Achtstundentages steht, aber zehn Stunden arbeitet, weil er noch muß, schließt ein Kompromiß mit dem Bestehenden ab.“

Wir sind überzeugt, daß die Richtung in der Partei, die die nachdrücklichste Betonung der Gegenwartarbeit fordert, ohne im mindesten den Grundfragen des Sozialismus untreu zu werden, durch den Nürnberger Parteitag trotz des scheinbar entgegensehenden Beschlusses nicht schwächer geworden ist. Der Einwand, daß so die Bloßfresser nicht ausfallen, ist hinlänglich. Es kommt nicht darauf an, daß man sagt, man sei seinen Grundfragen trotz aller Kompromisse noch treu, sondern daß man es ist. Der Bloßfresser will zum Beispiel gar nicht das demokratische Wahlrecht, weil er es mit seinem Interesse nicht für vereinbar hält. Wenn aber wir Sozialdemokraten mit Abschlagszahlungen und Zufrieden geben, so zweifelt kein Mensch, daß wir das Ganze haben wollen, weil unser Interesse in derselben Richtung geht.

Es ist bedauerlich, daß dieser interessante Gegensatz zwischen sogenannten Radikalen und Revisionisten (wir halten die Revisionisten für viel radikal als die Radikalen) sich immer mit so viel Leidenschaft auskämpft. Wir geben dadurch nur den Segnern Material, und was schlimmer ist, wir hemmen die gegenseitige Klärung und Einigung, die wir trotz alledem für durchaus möglich halten. Darum weisen wir auch jeden Spaltungsgedanken für die Partei weit ab. Es fehlt an jedem gegenseitigen Interesse.“

Die „Schwäbische Volkszeitung“ (Augsburg)

beröffentliche eine Erklärung, die ihr vom Sekretariat des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Bayerns zugegangen ist und den folgenden Wortlaut hat:

„Als die süddeutschen Delegierten entschlossen waren, trotz prinzipieller Bedenken für die Resolution Frohne einzutreten, waren sie sich darüber einig, daß durch dieses Entgegenkommen die Selbständigkeit der Landesorganisationen nicht geschädigt werden dürfe, deswegen gaben sie vor der Abstimmung in aller Öffentlichkeit dem Parteitag ihre in der Erklärung Timm niedergelegte Ansicht kund, daß bei Annahme der Resolution Frohne, wieder die Selbständigkeit der Fraktionen unberührt gelassen werden, noch eine den verfassungsmäßigen Bestimmungen der Einzelstaaten widersprechende Bindung begründet werden würde.“

Es ist möglich, daß durch diese offene Rundgebung eine Anzahl von Delegierten, die sonst für die Resolution Frohne gestimmt haben würden, sich anders entschieden haben, weil sie vielleicht der irrigen Meinung waren, die süddeutschen Delegierten würden und müssen sich schließlich doch der unbedingten Bindung unterziehen.

Es ist nun bekannt, daß, abgesehen von den verfassungsmäßigen Gründen, die auch in Bayern gelten, schon im Interesse der notwendigen Selbständigkeit der Landesorganisationen eine solche Bindung von den süddeutschen Delegierten gar nicht akzeptiert werden konnte.

Deswegen befragt auch die von Segitz namens der 66 Delegierten aus Baden, Baden, Württemberg und Hessen abgegebene Erklärung, im Einklang mit der Erklärung bei der Resolution Frohne, daß zwar der deutsche Parteitag in allen prinzipiellen und in den tatsächlichen Angelegenheiten, die das ganze Reich betreffen, die oberste Entscheidung hat, daß aber die Landesorganisationen für alle speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die allein zuständige Instanz ist. Und daß daher auch die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der Landtagsfraktionen vorbehalten bleiben muß, die den Landesorganisationen verantwortlich sind.

Damit war klar und unzweifelhaft ausgesprochen, daß die Resolution des Parteivorstandes zwar ein formaler Meinungsaustruck der Mehrheit des Parteitages war, daß sie aber die freie Entschliebung der Landtagsfraktionen nicht beeinträchtigt und die Landesorganisationen daher in keiner Weise binden könne. Diese unzweifelhafte Erklärung wurde übrigens auch vom Parteitag ohne jeden Widerspruch zur Kenntnis genommen. Das ist und bleibt die Meinung der süddeutschen Delegierten.“

Die Redaktion selbst erklärt in dem begleitenden Artikel, daß sie, trotzdem sie kein prinzipieller Freund der Budgetbewilligung sei, die Ablehnung der Resolution Frohne bedauere. Der Artikel schließt:

„Wir möchten nun angesichts dieser Sachlage zunächst einmal darauf hinweisen, daß es nicht unseres Amtes sein kann, ins Feuer zu blasen. Im Gegenteil müssen wir trachten, alles Unschöne aus der Polemik streng auszuscheiden und dadurch der gegenseitigen dauernden Verständigung einen Weg zu bahnen. Inzwischen besteht zunächst einmal die in Nürnberg angenommene Resolution zu Recht und wir haben keine Ursache, die Abschaffung derselben auf anderem Wege zu erstreben, als durch einen Beschluß des nächsten Parteitages.“

Gerichts-Zeitung.

Eine Liebestragödie,

die sich am 27. Januar d. J. in dem Restaurant „Feldschlösschen“ in der Eisenstraße ereignet hatte, beschäftigte gestern das Schwurgericht. Wegen versuchten Mordes verhandelte das Schwurgericht des Landgerichts I gegen den Untersuchungsgefangenen hiesigen Handlungsgehilfen Wilhelm Jacobowsky. Den Vorsitz im Gerichtshof führte Landgerichtsrat Rechner, die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Ehrlich, als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt Dr. Alberg.

Der Angeklagte, der sich seit Januar d. J. in Untersuchungshaft befindet, ist der Sohn eines sehr pensionierten Polizeibeamten. Er hat die Gemeindeschule und später das Seminar besucht, da er Lehret werden sollte. Hierzu hatte er aber keine Lust. Er sammelte ohne die Erlaubnis seines Vaters um und versuchte sich in allen möglichen Berufsweisen. Er wurde zunächst Arbeiter in einem Elektrizitätswerk, dann Postbote und schließlich fand er eine Anstellung bei einer hiesigen Versicherungsgesellschaft. Zum Sommer v. J. lernte Jacobowsky in einem Kaffeehaus in Tregtow die damals erst 13jährige Rosa Schulze kennen. Die ersteheliche Tochter der hiesigen Frau Ottilie Hauffschild, deren Ehemann Inhaber des Restaurants „Feldschlösschen“ ist. Zwischen

Jacobowsky und dem völlig unreifen Kinde entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welches anfänglich auch von den Eltern gebildet wurde. Ende November v. J. hörte der Stiefvater des Mädchens, daß Jacobowsky wegen Erregung öffentlichen Aergernisses zu einer Geldstrafe von 90 M. verurteilt worden war. Hierdurch und durch Zärtlichkeiten, die sich der Angeklagte gegen das Mädchen erlaubte, kamen die Hauffschilds zu dem Entschluß, dem Verhältnis ein Ende zu bereiten. Hauffschild verbot deshalb dem Angeklagten sein Lokal. Da der Angeklagte trotzdem nach einiger Zeit wieder in dem Restaurant erschien und sich ruhig und anständig benahm, duldete D. später wieder den Verkehr in seinem Lokal, versuchte aber den Verkehr mit der Rosa Schulze nach Möglichkeit zu verhindern. Es kam häufig zu heftigen Szenen, Jacobowsky drohte wiederholt seine Geliebte und sich zu erschießen, wenn sein fernerer Verkehr mit dieser nicht gebildet würde. Auch zu dem mit ihm befreundeten Hausdiener Haade hatte der Angeklagte öfter diesen Plan ausgeprochen und hierbei einen Revolver vorgezeigt. Wie der Angeklagte selbst behauptet, habe er auch wiederholt Selbstmordversuche unternommen. Einmal habe er Zyanalkalium gegessen und einen schweren Darmkatarrh davongetragen. Ein anderesmal habe ihm Hauffschild ein Päckchen Arsenit aus der Paletotafel genommen und verbrannt. Am Nachmittag des 27. Januar d. J. wurde der Angeklagte von Hauffschild in heftiger Weise aus der Küche gewiesen, als er sich hier mit der Rosa Schulze ein zärtliches Zeitverweilen gab. Jacobowsky entfernte sich sehr ärgerlich, ging nach seiner Wohnung, zog sich hier seinen schwarzen Anzug an und steckte den Revolver zu sich, um sofort zu Hauffschilds zurückzukehren. Hier spielte er längere Zeit, ohne Spuren äußerer Erregung zu vertragen, mit dem Arbeiter Krall Billard. Während des Spiels beobachtete er unausgesetzt die Küche, in der sich die Rosa Schulze aufhielt. Ein und wieder sah er auch nach der Hofentasse, in der sich der Revolver befand. Der Angeklagte verlangte in dem Augenblick, als Frau Hauffschild aus der Küche kam, um eine Zitrone auszupressen, von Herrn D. eine Zigarre, die sich in dem obersten Fach des Büfettis befand. Während D. dort hinaufginge, lief der Angeklagte schnell in die Küche, deren Tür er hinter sich abschloß. Im nächsten Augenblick hörten die im Lokal anwesenden Personen drei Schüsse fallen. Die Küchenür wurde gewaltsam aufgedrückt, den Eintretenden bot sich ein fürchterliches Anblick. Auf dem Fußboden lagen, in ihrem Blute schwimmend, Rosa Schulze und der Angeklagte. Der Stiefvater des Mädchens rief ihm zu: „Du bist ein Mörder!“ Jacobowsky antwortete: „Ja, das bin ich, ich konnte nicht anders. Bei mir habe ich Ihr mir Rösschen nicht gegeben!“ Die beiden Verletzten wurden sofort nach dem Krankenhaus beauftragt. Die Rosa Schulze hatte einen Schuß durch die Lunge erhalten, während eine zweite Kugel nur eine geringe Hautabschürfung verursachte und später aus den Nieren herausfiel. Der Angeklagte hatte sich selbst einen Schuß in die Brust beigebracht, der ebenfalls nicht lebensgefährlich war, so daß beide Verletzte schon nach einigen Wochen vollständig geheilt wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden konnten, ohne daß irgend ein Schaden für ihre Gesundheit verblieben ist. — Der Angeklagte behauptete bei seinen ersten Vernehmungen, daß er niemals die Absicht gehabt hätte, die Rosa S. zu töten oder zu verletzen. Er habe vielmehr beabsichtigt, sich vor den Augen seiner Geliebten zu erschließen, da er ohne sie nicht weiterleben wollte. Die Rosa hätte ihm den Revolver entziehen wollen und dabei sei dieser losgegangen und der Schuß habe sie verletzt. Sodann habe er die Waffe gegen seine Brust gerichtet und losgeschossen. Diese Darstellung gab auch der Angeklagte in dem ersten Termin in dieser Sache, die, wie unseren Lesern erinnerlich sein dürfte, am 28. April d. J. schon einmal das Schwurgericht beschäftigt hatte. Der Verteidiger Alberg stellte damals den Antrag, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. Die Verhandlung wurde auch damals vertagt und die Beobachtung des Angeklagten angeordnet. Als psychiatrischer Sachverständiger ist deshalb zu der erneuten Verhandlung Staatsarzt Dr. Schulze aus der königlichen Charité geladen, der den Angeklagten als Vertreter des Prof. Dr. Schuster auf den Geisteszustand untersucht hat. In seiner Vernehmung behauptete der Angeklagte, er könne sich überhaupt nicht mehr bestimmen. Ihm sei kurz vor Ausführung der Tat ganz schwarz vor den Augen und schwindelig geworden, was dann geschähe sei, wisse er nicht mehr. Erst als er mit der Wunde in der Brust am Boden gelegen habe, sei ihm die Bestimmung wiedergekommen.

In der Beweisaufnahme

wurde als erster Zeuge der Stiefvater der Rosa Schulze, der Gastwirt Wilhelm Hauffschild vernommen, der folgendes bezeugte: Der Angeklagte habe seine Stieftochter in dem Restaurant „Feldschlösschen“, wo er (Zeuge) einen Ausschank inne gehabt hätte, kennen gelernt. Er habe anfänglich nichts gegen dieses Verhältnis zwischen Jacobowsky und der Rosa gehabt, da er glaube, es handle sich um eine harmlose Liebeslei, die bald wieder aus sein würde. Allmählich sei er aber dahinter gekommen, daß sich seine Stieftochter hinter seinem Rücken mit dem Angeklagten im Treppentor Park des Abends treffe. Außerdem habe er erfahren, daß J. in eine sehr schmutzige Affäre verwickelt und später wegen Erregung öffentlichen Aergernisses zu einer Geldstrafe von 90 M. verurteilt worden sei. Schließlich habe der Angeklagte auch noch seiner Frau Ottilie angeboten und an ihn selbst einen groben Brief geschrieben. Aus diesen Gründen sei er gegen das Verhältnis gewesen. Am 27. Januar habe er den Angeklagten wieder in der Küche getroffen, aus der er ihn schon wiederholt hinausgewiesen habe. Jacobowsky sei dann gegen 5 Uhr wiedergekommen und habe sich dann in einem unbedachten Moment schnell in die Küche begeben. Als dann die Tür erbrochen worden war, habe er dem am Boden liegenden Angeklagten zugerufen: „Du bist ein Mörder!“ Dieser habe geantwortet: „Ja, das bin ich. Verzeiht mir, ich konnte nicht anders!“

Die Zeugin Frau Hauffschild bestätigte im wesentlichen die Angaben ihres Ehemannes und bezeugte noch, daß der Angeklagte wiederholt den Versuch gemacht habe, die Rosa Schulze zu bestimmen, das Elternhaus zu verlassen, damit er häufiger mit ihr zusammen sein könne. Als nächster Zeuge wird der 75jährige ehemalige Schiffer Johann Haacker, der Vater der Frau Hauffschild, vernommen, der mit den vier Kindern der Hohen Eheleute in der Küche Zeuge der Szene gewesen war. Haacker bezeugte, daß der Angeklagte die Rosa umgefaßt und dabei den Revolver hervorgezogen habe. Das Mädchen habe sich in seinen Armen gewunden und gestäubt, als ihr der Angeklagte den Revolver auf die Brust gefaßt habe. In diesem Moment habe J. zweimal geschossen. Als die S. sofort zusammenbrach, habe der Angeklagte die Waffe auf sich gerichtet und sich in die Brust geschossen. Diese Angaben des Zeugen stimmen auch mit dem ärztlichen Befunde überein.

Die Hauptzeugin Rosa Schulze kann nur sehr ungenaue Angaben machen. Sie behauptet, sich hierauf nicht mehr bestimmen zu können, da sie zu erschreckt gewesen sei. Auf die Frage des Staatsanwaltsrats Ehrlich, ob der Angeklagte vielleicht erst den Revolver gegen sich gerichtet und sie versucht habe, ihm die Waffe zu entreißen, erklärt die Zeugin, dies sei nicht der Fall gewesen. Der Angeklagte habe kaum die Küche betreten, als sie auch schon den ersten Schuß bekommen habe. Was dann geschähe sei, wisse sie überhaupt nicht. — Es wurden hierauf die Kinder der Hohen Eheleute vernommen, die ebenfalls Zeuge der Szene gewesen waren.

Hofbäckermeister Barilla begutachtete, daß aus dem Zentralfeuerrevolver des Angeklagten drei Schüsse abgegeben worden sind, während der Angeklagte bisher nur von zwei Schüssen etwas wissen wollte.

Der Assistenzarzt Dr. med. Schulze aus dem Krankenhaus bezeugte, daß eine Kugel noch in dem Körper der Rosa Schulze liegt, die Verletzungen selbst aber keine dauernden Schäden angerichtet haben. — Die Schwester des Angeklagten, eine Frau Fischer bezeugte, daß J. sich schon vor drei Jahren mit Selbstmordgedanken getragen habe und er stets schwermütig gewesen sei. Ein Onkel sei ebenfalls schwermütig gewesen und im

Jesenhause verstorben. Verschiedene andere Zeugen bezeugten ebenfalls, daß der Angeklagte stets ein niedergedrücktes und schmerzmüdiges Wesen zur Schau getragen und wiederholt geäußert habe, er wolle sich erschießen.

Staatsarzt Dr. Schulze, Assistent in der psychiatrischen Abteilung der Kgl. Klinik, hat den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersucht. Der Sachverständige bezeugte, daß bei Jacobowsky eine starke erbliche Belastung und eine psychopathische Veranlagung vorhanden sei. Der § 51 komme jedoch nicht in Anwendung, wenn auch eine herabgeminderte Zurechnungsfähigkeit im Moment der Tat angenommen werden müsse. Rechtsanwalt Dr. Alberg richtete an den Sachverständigen verschiedene Fragen, die sich auf die exhibitionellen Neigungen des Angeklagten, wegen der er bestraft ist, bezogen. Der Sachverständige begutachtete jedoch, daß man bei derartigen Handlungen nur von Fall zu Fall entscheiden könne, ob diese in einer Amnestie (Dämmerzustand) begangen waren oder nicht. Irdenbeldige maßgebenden Rückschlüsse auf die jetzige Tat ließen sich nicht daraus herleiten.

Der an die Geschworenen gerichtete Schuldspruch

lautete auf versuchten Mord. Rechtsanwalt Dr. Alberg beantragte als Hilfsfragen noch die Fragen nach versuchtem Totschlag und straflosem Rücktritt vom Versuche im Sinne des § 46, 1 St.-G.-B.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ehrlich plädierte auf Schuldig im Sinne der Anklage, während der Verteidiger für eine Verjahung der von ihm gestellten Schuldfragen nach Totschlag unter Jubilation mildernder Umstände bezug. Verjahung der Frage aus § 46, 1 St.-G.-B. eintrat.

Die Geschworenen bejahten nach längerer Beratung die Schuldfrage nach versuchtem Totschlag unter Jubilation mildernder Umstände. Staatsanwaltschaftsrat Ehrlich beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und sechs Monaten, da es sich doch um einen sehr schweren Eingriff in das Glück einer Familie handelte, der lediglich durch einen glücklichen Zufall nicht zum Tode der Verletzten geführt habe. — Rechtsanwalt Dr. Alberg hielt mit Rücksicht auf die von den Sachverständigen bezeugte geistige Minderwertigkeit eine erhebliche Herabminderung der Strafe für geboten.

Das Gericht erkannte dem Botspruch der Geschworenen gemäß auf zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis, unter Anrechnung von sechs Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Ein Jahr Gefängnis für einen Dummjungenstreich.

Ein fünfzehnjähriger Klemmerlehrling wurde am Freitag der vierten Strafammer des Landgerichts II aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der er sich seit dem 14. Mai befindet. Der Junge reichte kaum mit dem Kopf über die Schranke der Anklagebank hinweg. Das kinderhafte Aussehen des Jungen steht in eigenartigem Kontrast zu der Gefängnisleidung, welche den kleinen Körper einhüllt.

Was hat der Kleine verbrochen? Die Anklage lautet auf vorsätzliche Brandstiftung. Die Handlung, welche als Brandstiftung ausgelegt wird, dem Jungen aber kaum als solche zum Bewußtsein gekommen sein wird, gibt er in allen Einzelheiten, die ihm der Vorsitzende des Gerichts vorhielt, zu. Der Junge hat Feuer angezündet. Aus einem Kellerverschlag in der Nähe der Werkstatt seines Meisters hat der Junge eine Flasche Öl genommen, den Inhalt der Flasche in eine mit Papier gefüllte Kiste gegossen, welche in dem nebenanliegenden Kellerverschlag stand, und das ölgetränkte Papier angezündet. — Was den Jungen zu dieser Brandstiftung bewogen hat, das war nicht aus ihm herauszubekommen. Vielleicht konnte er sich selber keine Rechenschaft über die Motive seiner Handlung geben. Möglicherweise war es nur das insbesondere in der Pubertätszeit bei Anaben und Mädchen oft beobachtete Verlangen, einen Brand zu sehen, was ihn zu dem dummen Streich veranlaßte, denn als Feuerlärm im Hause entstand, ersuchte der Junge seinen Meister um Erlaubnis, sich das Feuer ansehen zu dürfen. — Der Brand wurde bald entdeckt und gelöscht, ohne daß ein erheblicher Schaden angerichtet worden wäre. Gebrannt hat nur die Papierkiste, außerdem ist der daneben befindliche Lattenverschlag ein wenig angebrannt.

Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr und drei Monate Gefängnis. — Der Verteidiger, ein junger Referendar, machte zugunsten des Angeklagten geltend, daß der Lattenverschlag nicht als ein Bestandteil des Gebäudes angesehen werden könne und deshalb keine Brandstiftung im Sinne des Gesetzes vorliege.

Das Gericht war jedoch in diesem Punkte anderer Ansicht. Es sah die Tat des Angeklagten als Brandstiftung an, meinte auch, daß der Angeklagte die Einsicht der Strafbarkeit besessen habe. Darin aber folgte das Gericht den Ausführungen des Verteidigers, daß die Tat eigentlich nur als Dummjungenstreich angesehen werden müsse. Trotzdem wurde der jugendliche Angeklagte zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wovon 4 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet werden. — Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen und ihm die Möglichkeit der bedingten Begnadigung in Aussicht gestellt.

Schuh vor Schulzeuten.

Der Polizeiergeant Krüger in der Stadt Köllin wurde dieser Tage vom hiesigen Landgericht wegen Körperverletzung, begangen in Ausübung seines Amtes, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Auf der Polizeiwache war von einem anderen Schuhmann ein Fleischergeißel eingekauft worden, der die Angabe seiner Personalsien verweigert hatte und deshalb in eine Zelle gesteckt wurde. Nun kam Krüger, der zwar Dienst, aber mit Bekannten eine Bierreise unternommen hatte, dazu, begab sich in die Zelle und belegte den Häftling mit allerhand Gefassenausdrüden. Als Krüger ins Wachtlokal zurückkehrte, folgte ihm der Fleischer, und obwohl letzterer durchaus ruhig war, wurde er von Krüger verschiedentlich Male mit dem blanken Säbel über Kopf und Arme geschlagen. Der Blutende wurde sodann in die Zelle zurückgeführt, bald aber wieder herausgeholt, um ihm das Blut abzuwaschen. Dabei wurde er abermals geschlagen und gestoßen, bei welcher Gelegenheit ein seltener Dörsen ziemer laput ging. Der Fleischer war mehrere Wochen arbeitsunfähig. — In einer weiteren Sache wurde der prägelwärtige Polizist am selben Tage freigesprochen, weil es „bloß“ zu Ohren gekommen war. — Ueber die Richter braucht sich dieser seltsame Ordnungswächter wohllich nicht zu beklagen.

Ein Hofrat als Betrüger.

Die Strafkammer in Gießen verurteilte gestern den Bankier Hofrat Rothschild-Büdingen wegen Betruges, bei dem es sich um die Gesamtsumme von 150 000 M. handelt, zu acht Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Der Mitangeklagte Prokurist Ader erhielt wegen Beihilfe in vier Fällen und Begünstigung in zwei Fällen eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Dem Angeklagten Rothschild wurden drei, dem Angeklagten Ader sechs Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

Amlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft reg, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft reg, Preise nachgeben. Geflügel: Zufuhr über Bedarf, Geschäft san, Preise gedrückt. Fische: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise für Käse unverändert, für Butter la anziehend. Gemüse, Obst und Säbfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Brunnen-
Str. 17-18

H. Greifenhagen Nachfolger

Veteranen-
Strasse 1-2

Heute Sonnabend: Doppelte Rabattmarken auf alle Waren

mit Ausnahme von Lebensmitteln und einiger Netto-Artikel.

Ferner: **Extra billige Lebensmittelpreise.**

Knaben-Anzüge u. Paletots in entzückenden Neuheiten.

D. Perleberg

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung.

Chausseestrasse 63. □ □ □ Ecke Liesenstrasse.

Eröffnung der Herbst- u. Winter-Saison

Meine Läger sind bereits mit sämtlichen Neuheiten der Herbst- und Winter-Saison in unübertroffener Auswahl ausgestattet. Neben meinen Normalgrößen führe ich auch für **corpulente Herren, besonders schlanke Herren, untersetzte Herren** stets reiche Sortimente in allen Farben u. Preislagen am Lager

Herren-Winter-Paletot

- Ser. I Dunkelmelierter Cheviot m. farbig. Streifen 12 M.
- Ser. II Marengo Cheviot sehr solide Qualität 14 M.
- Ser. III Dunkelgrau Chev. m. braun u. grünl. Str. 17 M.
- Ser. IV Mittelgrau mel. Chev. m. dunkl. Str. vorz. i. Tr. 20 M.
- Ser. V Dunkelbraun mel. Chev. m. farb. Eff., sehr mod. 23 M.
- Ser. V Schwarzgrau mel. Chev. m. fein. dunkl. Streif. 23 M.
- Ser. VI Dunkelgrau mel. Chev. m. br. Fischgr.-M., a. el. 26 M.
- Ser. VI Eskimo schwarz u. dunkelgrau mel. v. r. Qual. 26 M.
- Ser. VII Mittelgrau mel. Chev. m. dkl. Streif., a. eleg. 30 M.
- Ser. VII Braun mel. Chev. m. br. Fischgrät.-M., a. mod. 30 M.
- Ser. VIII Eskimo schwarz, grau mel., bes. gute Qual. 33 M.
- Ser. VIII Dunkelgrau mel. Chev. in Qual., bes. empf. 33 M.
- Ser. IX Olivbraun Chev. m. grünl. Streif., neu. Farbe 38 M.
- Ser. IX Dk. u. mittelgrau Chev. m. schm. u. b. Str. a. el. 38 M.
- Ser. X Eskimo schwarz grün mel. in Qual., bes. empf. 43 M.
- Ser. X Marengo Cheviot mit dunkl. Streifen, a. eleg. 43 M.
- Ser. XI Dkigr. Chev. m. br. St. u. br. Effd., Era. f. M. 48 M.
- Ser. XI Schw. Eskimo m. S. durchw., erskl. Fbr. E. f. M. 48 M.
- Ser. XII Dunk. u. mittelgrau mel. Chev. m. dkl. Streif., a. vornehm u. eleg., m. erskl. Ausstattung, vollk. Era. f. Mass 53 M.

Herren-Winter-Ulster

- Ser. III Dunkelgrau mel. Cheviot mit braunl. Streifen 17 M.
- Ser. IV Braunmel. Cheviot mit breitem Fischgrätenmuster und dunklen Streifen, sehr modern 20 M.
- Ser. IV Graumel. Chev. m. farb. Effekten, sehr elegant 20 M.
- Ser. V Olivbraun Chev. m. grünl. Effekt., neuest. Farb. 23 M.
- Ser. V Mittelgrau mel. Chev. m. br. Streif. vorz. i. Trag. 23 M.
- Ser. VI Braunmelierter Cheviot mit feinsten Streifen 26 M.
- Ser. VI Graumel. Chev. m. br. Fischgrätenm., sehr eleg. 26 M.
- Ser. VII Dunkelgrau Chev. m. farb. Eff., bes. empf. 30 M.
- Ser. VII Olivbraun Chev. m. breit. Streif., neu. Farbe 30 M.
- Ser. VII Mittelgrau Chev. m. grünl. Eff., vorz. i. Qual. 30 M.
- Ser. VIII Dkigr. Chev. m. br. Fischgrätenm., a. eleg. 33 M.
- Ser. VIII Dkigr. Chev. m. grünl. Streifen, sehr mod. 33 M.
- Ser. VIII Marengo Chev. m. dunkl. Streif., a. vornehm 33 M.
- Ser. IX Olivbraun Chev. m. grünl. Effekt., sehr modern 38 M.
- Ser. IX Mlgr. Chev. m. schmal. Fischgrätenm., a. empf. 38 M.
- Ser. IX Dunkelgrau Chev. m. farb. Effekt., jr. Qual. 38 M.
- Ser. X Dkibraun Chev. m. fein. Streif., Era. f. Mass 43 M.
- Ser. X Mittelgrau Chev. m. dkl. Streif., erskl. Verarb. 43 M.
- Ser. XI Olivbraun Chev. m. breit. Fischgrätenmuster 48 M.

Herren-Sacco-Anzüge

- Ser. I Dunkelgemust. Cheviot mit farbigen Effektäden 12 M.
- Ser. II Mittelgrau Chev. m. feinen Streifen, haltb. Qual. 15 M.
- Ser. III Dkigr. Kammg.-Chev. m. farb. Effektstr., a. g. l. Tr. 18 M.
- Ser. IV graumeliert. Chev. m. bläul. Streif., sehr elegant 21 M.
- Ser. IV Dkigr. gem. Kammg., m. farb. Effektstr. vorz. i. Tr. 21 M.
- Ser. V Mittelgrau mel. Cheviot mit bräunlichen Streifen 24 M.
- Ser. V Blauer Cheviot, sehr gute Qualität 24 M.
- Ser. V Braungem. Kammg. m. fein. grünl. Str., sehr mod. 24 M.

- Ser. VI Dkigr. m. Chev. m. braunl. u. grünl. Effekt., vorz. Qual. 27 M.
- Ser. VI Grau u. braun gemust. Kammg. m. farbig. Streif. und kleinen Karos, ganz besonders zu empfehlen 27 M.
- Ser. VII Mittelgrau gemust. Chev. m. schmalen Fischgrätenmuster und dunklen Streifen, sehr elegant 30 M.
- Ser. VII Blauer Cheviot, prima Qualität 30 M.
- Ser. VII Dunkelgemust. Kammgara mit kleinen Karos und farbigen Effektäden, besonders gute Qualität 30 M.

- Ser. VIII Braunmel. Chev. m. grünl. Effektstr., sehr mod. 34 M.
- Ser. VIII Mittelgr. gem. Kammg. m. farb. Effekt., a. eleg. 34 M.
- Ser. IX Dunkelgr. gem. Chev. m. br. Fischgr.-Mst., a. vorz. 39 M.
- Ser. IX Olivbr. Kammg. m. klein. Karos und grünlichen Effekt-Streifen, neueste Farbe, Ersatz für Mass 39 M.
- Ser. X Mittelgr. mel. Kammg. m. fb. Effekt., erskl. Verarb. 44 M.
- Ser. X Braun u. grau meliert. Chev. m. schmal. Streif. u. klein. Karos, sehr elegant, vollkomm. Ersatz f. Mass 49 M.

Sämtliche Neuheiten sind in meinen Schaufenstern ausgestellt.

Grösste Leistungsfähigkeit. □ Unerreicht billige Preise. □ Unübertroffene Auswahl.

Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang erbeten.

Das
Kaufhaus

H. MARCUS

Reinickendorfer
Strasse 14

wird total aufgelöst. Der Ausverkauf bietet Ihnen bisher nicht gekannte Preise!

Heute, solange Vorrat:

ca. **10 000 Meter Kleiderstoffe**

darunter 110 cm breite reinwollene Cheviots, Cover-Coats, Vigoreux, Voiles, Alpaccas, Satintuche in allen Farben ferner karierte u. gestreifte Nouveautés, früherer Preis bis 3.90 jetzt durchschnittlich per Meter

98 Pf.

ca. **500 Waschblusen** Hemden- und Matrosenform

aus glatten u. gemust. Stoffen, früh Preis bis 4.25, jetzt Stück

48 Pf.

ca. **1000 weisse Damen-Hemden**

ohne Rücksicht auf den früheren Wert, in 4 Serien zusammengestellt

Serie I ausgut. Hemdentuch m. Zwirnspitze, regul. Preis bis 1.25, jetzt jedes Stück

68 Pf.

Serie II Prima Stoffe m. Stickerel-passe od. Stickerelante, regul. Preis bis 2.75, jetzt jedes Stück

1 45

Serie III Prima Stoffe mit hand-gest. Passe od. Sticker, regul. Preis bis 3.50, jetzt jedes Stück

1 95

Serie IV Prima Renforcé mit sehr reicher Spitzen garnitur, regul. Preis bis 4.50, jetzt jedes Stück

2 45

Der Verkauf findet täglich von 9-1 u. v. 3-8^{1/2} Uhr statt.

Trotz der billigen Preise verabsolte ich nach wie vor:

Norden-Marken

Der Verkauf findet Sonntags v. 8-10 u. v. 12-2 Uhr statt.

Wir empfehlen
in jeder Preislage
und in jeder Stilart
unter langjähriger Garantie

Möbel

in geradezu verblüffend grosser Auswahl. Grosse, permanente Musterzimmer - Ausstellung. Ständiges Lager kompletter Einrichtungen von 215 bis 15 000 Mark.

Die äusserst niedrigen

Ratenzahlungen

werden auf Jahre hinaus verteilt und ganz nach den Wünschen unserer Kundschaft eingerichtet. Die Anzahlungen sind winzig klein, wie nebenstehende Beispiele beweisen.

Wir liefern bei einer Anzahlung

von **15** M. an

- 1 Kleiderspind, imit. Nussb.
- 2 polierte Bettstellen
- 2 Rohreitzstühle
- 1 Sofatisch mit Bezug
- 1 Sofaspiegel
- 1 Kommode, imit. Nussbaum
- 1 Küchenspind, mod. Scheib.
- 1 Küchentisch
- 1 Küchenrahmen
- 2 Küchenstühle

Wir liefern bei einer Anzahlung

von **90** M. an:

eine kompl. Einrichtung von 2 Zimmern u. Küche wie nachsteh. beschrieb.:

1. Ein Wohn-Zimmer in Nussbaum, äusserst solid gearbeitet
2. Ein Schlaf-Zimmer englisch, und
3. Eine moderne Küche in jed. gewünscht. Farb.

Wir liefern eine elegante Wohnungs-

Einrichtung

schon mit einer Anzahlung

von **150** M. an.

Dieselbe enthält:

1. **Einen Salon**
in dunkel Mahagoni mit Beschlägen
2. **Ein Wohn- resp. Speisezimmer**
in modernem Stil
3. **Ein Schlafzimmer**
engl. in Satin, Nussbaum oder amerik. Nussbaum
4. **Eine mod. Küche**
in jeder beliebigen Farbe

Man beachte:

Die erste Grossmacht

kann vermöge ihres nach Millionen zählenden jährlichen Umsatzes äusserst vorteilhaft einkaufen und infolgedessen auch ihrer Kundschaft grosse Vorteile bieten. — Man berücksichtige deshalb beim Einkauf eine unserer Firmen:

M. Glogau

nur Alte Jakobstr. 73

Ecke Dresdener Strasse. Keine Filialen.

C. Wachsmann & Co.

direkt am Weddingpl. Reinickendorferstr. 15 neben der Feuerwache

Paul Neugebauer Nachfl.

Charlottenburg

Ecke Spielhagenstr. Wilmersdorferstr. 31 Ecke Spielhagenstr.

Wir liefern

ein engl. Schlafzimmer

- in Satin-Nussbaum, enthält:
- 2 Bettstellen mit Matratzen u. Kellkissen
- 1 dreitürigen Ankleideschrank
- 1 englische Waschkommode
- 1 Anschraubspiegel
- 2 Nachtschränken, 2 Stühle

mit einer Anzahlung von **50** M. an.

Wir liefern

einen eleg. Salon

- in dunkel Mahagoni m. reichen Beschlägen, enthaltend:
- 1 Salonschrank, 1 Sofa-Umbau
- 1 Salon-Garnitur
- 1 Damenschreibtisch
- 1 Salontisch, 2 Salonstühle

mit einer Anzahlung von **80** M. an.

Der Schöneberger Frauenmord

vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann gestern die Verhandlung gegen den Händler Hermann Wagner, der unter der schweren Anklage des Mordes, ferner der Unterschlagung und der Zuhälterei steht. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Fischer, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Kühn, der Angeklagte wird von Rechtsanwältin Bahn verteidigt. Die Verhandlung wird eine sehr umfangreiche werden und möglicherweise drei Tage in Anspruch nehmen. Es werden deshalb zwei Ergänzungsgeschworene ausgelost. Es sind circa 60 Zeugen von Gerichts wegen vorgeladen worden, der Verteidiger beantragt noch die Ladung von 12 weiteren Zeugen.

Bernehmung des Beschuldigten.

Der Angeklagte ist im Jahre 1882 geboren und vielfach wegen Bettelns, Gewerbergens und Uebertretung, aber auch schon wegen Diebstahls, zuletzt 1904 wegen schweren Diebstahls im Rückfalle mit 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust vorbestraft. Er ist jetzt beschuldigt, im Dezember v. J. die 32 Jahre alte Prostituierte Emma Stanina, die zuletzt in der Grunewaldstr. 118 zu Schöneberg wohnte, ermordet und den Leichnam zerstückelt zu haben; ferner ist er angeklagt, der Stanina Zuhälterdienste geleistet und mehrere der Stanina gehörige Möbelstücke und Hausgerät sich rechtswidrig angeeignet zu haben. — Der Verteidiger macht darauf aufmerksam, daß das Verfahren wegen Zuhälterei und Diebstahls von der Staatsanwaltschaft schon einmal eingestellt worden war und erst wieder aufgenommen worden ist, als die Mordfahndung in die Erscheinung trat. — Der Angeklagte erklärt sich für nichtschuldig. Er hat vor einem bestimmten Zeitraum vor dem Untersuchungsrichter jede Auskunft verweigert, erklärt aber jetzt auf Befragen des Vorsitzenden, der ihn eindringlich zur Wahrheit ermahnt, daß er sich zur Sache äußern wolle.

Vorausgeschickt sei, daß die 32 Jahre alte Emma Stanina seit dem 18. Dezember v. J. spurlos verschwunden war. Am 26. März dieses Jahres mittags ist dann auf dem Staatsbahngelände westlich der Kolonnenbrücke in einem Entwässerungsschacht von Bahnarbeitern der Rumpf einer weiblichen Leiche, in einem Karton verpackt, vor-

gefunden worden. Kopf und Beine, die ebenfalls längere Zeit im Wasser gelegen hatten, waren mittels scharfen Instruments vom Rumpfe getrennt und wurden in Kleidungsstücke eingepackt, in einem benachbarten Schacht gefunden. Die Leiche wurde als die der verschwundenen Emma Stanina festgestellt und bald darauf der Angeklagte als der mutmaßliche Mörder in Haft genommen.

Der Angeklagte hatte mit der Ermordeten in Verkehre gestanden. Er ist der Sohn eines Zimmermanns, mit dem er sich nicht gut stand. Er hat die Schule in Weihensee und zuletzt in Schöneberg besucht, ist in der Apostel-Paulus-Kirche konfirmiert und hat schon als Kind und später nach seinem Abgang von der Schule ausschließlich mit Blumen, Wachsstockhölzern und Bijouteriewaren gehandelt. Er ging damit in den Lohsen hausieren, begann seinen Rundgang gewöhnlich um 8 Uhr abends und beendete ihn am frühen Morgen. Den Tag über blieb er zu Hause und verbrachte die Zeit teils mit Schlafen, teils mit Lesen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte er, er habe Romane, Kriminalgeschichten, Reiseerzählungen, die Weltgeschichte von Wagner, Walter Scott, den „Ewigen Juden“, den „Glöckner von Notre-Dame“, Jolas Werke, Gerstäder, Gustav Freitag usw. gelesen. Der Angeklagte bestreitet, jemals Zuhälterdienste geleistet zu haben. Er habe sich sein erstes „Verhältnis“ 1903 zugelegt und seine „Verhältnisse“ öfter gewechselt. Die Stanina habe er am 18. Januar 1907 eines Sonntags in einem Lokal in Schöneberg, wo er mit Apfelsinen handelte, kennen gelernt. Seine Apfelsinen habe er stets in einem Weidenkorb getragen, es sei aber falsch, wenn behauptet werde, er habe die Apfelsinen mit einem Wachsstock bedeckt, das demjenigen ähnlich sei, in welchem die Leiche eingewickelt war. Er habe seine Apfelsinen überhaupt nie zugebündelt getragen. Nach seiner Bekanntschaft mit der Stanina habe er des Nachts in deren Wohnung geschlafen und bis zum 24. August 1907 mit ihr verkehrt. Er behauptet, seinerseits die Wohnung bezogen zu haben, denn er habe mit seinem Handel Sonntags und Sonntags 20 M. und Wochentags durchschnittlich 4 M. verdient. Er habe am 24. August mit der S. gebrochen, weil sie ihm Vortwürfe darüber machte, daß er, während sie 3 Wochen im Krankenhause gelegen, ein anderes Frauenzimmer mit in die Wohnung genommen hätte. Die Stanina hat am 25. August eine Strafanzeige gegen ihn erstattet, weil er ihr in ihrer Abwesenheit Sachen gestohlen und außerdem Kuppelei getrieben habe. Im November hat er sich mit ihr wieder versöhnt und sie gebeten, den Strafantrag wieder zurückzunehmen. Er bestreitet die Behauptung

mehrerer Personen, wonach er drohende Äußerungen bezüglich des Schicksals der Stanina gemacht und sie mehrmals — zuletzt noch wenige Tage vor deren Verschwinden — gräßlich mißhandelt haben soll. Er habe gar kein Interesse an dem Verschwinden der Stanina gehabt, im Gegenteil habe es in seinem Interesse gelegen, wenn sie am Leben blieb, denn nur dann hätte sie den Strafantrag gegen ihn zurücknehmen können. Er bestreitet weiter die Behauptung, daß er nach dem Verschwinden der S. sich dahin geäußert habe: „Die kommt nicht wieder“; im Gegenteil habe er sich darum bemüht, sie aufzufinden und habe zu diesem Zweck verschiedene Postkarten an Gefängnisse und Krankenhäuser geschrieben. Andererseits ist es auffällig, daß der Angeklagte, der so besorgt um das Verschwinden der S. gewesen sein will, noch Weihnachtskarten an Bekannte geschickt hat, die er nicht nur mit seinem, sondern auch mit dem Namen der Stanina unterzeichnete. — Was den Tag der Tat betrifft, den 16. Dezember, so gibt der Angeklagte darüber folgendes an: Er habe in der Kaiser-Wilhelm-Straße und in der Ritterstraße Christbaumschmuck gekauft, sei gegen 5 oder 5½ Uhr nach Hause gekommen, wo die Stanina wusch und sei dann zu dem Restaurateur Scheffler gegangen, wo er bis in die Nacht geblieben sei. Eine kurze Unterredung habe er nur um 7½ Uhr gemacht; er sei auf etwa 10 Minuten in die Staninasche Wohnung gegangen, um den Korb mit dem Christbaumschmuck zu holen und diesen Herrn Scheffler zu zeigen. Seitdem habe er die Stanina nicht wieder gesehen. Richtig sei es, daß er drei Wochen nach deren Verschwinden eine Anzeige erstattet und darin deren Abreibung genau beschrieben habe. Er behauptet, daß er das konnte, weil er die Garderobe der S. genau kannte und aus den Kleidungsstücken, die in der Wohnung zurückgelassen waren, feststellen konnte, was die S. getragen haben müsse. Von Scheffler sei er um 1½ Uhr nachts nach Hause gekommen, habe die Stanina aber nicht angetroffen. Er habe Abendbrot gegessen, sich angekleidet und sich dann auf den Weg gemacht, um die S. zu suchen. Er suchte die Straßen ab, die sie des Nachts zu gehen pflegte, habe sie aber nicht gefunden. Dann sei er in ein Lokal gegangen und etwa von 2½ bis 3½ Uhr öfter in der Wohnung gewesen, ohne die S. anzutreffen. Er muß zugeben, daß, wenn die S. um diese Zeit ermordet worden, sie nicht in der Wohnung ermordet sein kann, es sei denn, daß er selbst der Mörder gewesen wäre. Letztere Annahme bestreitet der Angeklagte nach wie vor mit aller Entschiedenheit.

Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Vornehme, geschmackvolle

Maß-Anfertigung

aus neuzeitigen deutschen und englischen Erzeugnissen

zu niedrigen Preisen

□ □ □

Hochmoderne Fassons
Sorgfältigste Ausführung
Umfangreichste Betriebe
Vollendet guter Sitz

Anzüge nach Maß
95, 84, 72, 66, 40 Mk.
62, 58, 52, 45,

Paletots u. Ulster n. Maß
90, 84, 72, 39 Mk.
65, 58, 48,

Beinkleider nach Maß
24, 21, 18, 9 Mk.
16, 14, 12,

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog No. 34 auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Pelzwaren,

tadelloser Sitz!

Prima Felle.

Beste Arbeit!
Billigste Preise!

Hüte.
Schirme.
Wäsche.
Handschuhe.
Krawatten.

Gottmann,

Frankfurter Allee 118 a.
Gr. Frankfurter Straße 130.
Frankfurter Allee 162.
Landsberger Straße 73.

Vorortparzelle 290 M., Brunnhofstr. 3. Berlin.



Manoli Abbas

Beste 3 Pfg Ciga ette.



Paul Drenske Nachfolger

Otto Berlett

Hutfabrik
Oranienstraße 172

empfeilt sein großes Lager in [1883AL]

Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.

Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.



Problem

Anerkannt vorzüglichster Schuhputz.

Immalin

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Gardinen,
Portieren,
Steppdecken.

Heyn & Goldschmidt

Danziger Str. 98. - Pappel-Allee 1 und 2.

Extra billige Preise.

Teppiche,
Läuferstoffe,
Tischdecken.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 26. September. Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Cardanopal. Anfang 8 Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Camlet. Deutsch. Königstheater. Kammerstücke. Sozialisten. Kralen.

Befling. Gefenster. Anfang 8 Uhr.

Berliner. Der Traum ein Leben. Neues. Wahrheit.

Neues Schauspielhaus. Der Kometenfall. Kleines. 2x2=5.

Romische Oper. Tiefand. Heidenz. Das Glück der andern.

Hendel. Der Liebhaber. Westen. Ein Walztraum.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Julius Caesar.

Schiller Charlottenburg. Ein Teufelskerl.

Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Am weichen Röhl.

Thalia. Das Winternachtsmärchen. Lustspielhaus. Die blaue Maus.

Trionon. Bräulein Jolette — meine Frau.

Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.

Lorzing. Joza.

Luisen. Flachsman als Erzähler. Nachm. 4 Uhr: Rubezahl.

Bernhard Rote. Der Theaterentwurf. Nachm. 4 Uhr: Kistenbrödel.

Apollon. Trilby und Svengali. Spezialitäten.

Metropol. Donnerwetter — tadellos.

Gebrüder Herrnfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachtleben.

Veilage. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Kaffee. Familie August Knoche. Spezialitäten.

Hollis-Caprice. Die Brautschau. Die lästige Witwe.

Carl Haberland. Spezialitäten.

Gustav Behrend. Seine Sache! Ausgezeichnet! Spezialitäten.

Reichshallen. Ertelner Sänger. Walhalla. Spezialitäten.

Urania. Zaubervorstellung 18/19. Abends 8 Uhr: Der Montblanc.

Nachm. 4 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte. Invalidenthr. 57/62.

Neues Theater.

Wahrheit. Lustspiel in 4 Akten von Clyde Fitch. Anfang 8 Uhr.

Morgen und folgende Tage: Wahrheit.

Theater des Westens.

Abendstück 8 Uhr: Ein Walztraum.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Im weißen Röhl.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonnabend, 26. Septbr., Anf. 8 Uhr: Im weißen Röhl.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Der gezeichnete Siegfried. Siegfrieds Tod.

Sonntag 8 Uhr: Im weißen Röhl.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.

Morgen: Mercadet.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Die blaue Maus.

Hebel-Theater.

Königsgrüder Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Heute und folgende Tage: Der Liebhaber.

Lortzing-Theater

Belle-Alliancestraße 7/8. Heute 8 Uhr: Lustspiel Hedwig Lange.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Das Glück der andern.

Lustspiel in 4 Akten von Francis de Wolff. Deutsch v. Franz Schelller. Georg Carlier: Richard Alexander. Morgen und folgende Tage: Das Glück der andern.

Sonntag, 27. September, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu ver-zollen?

Apollon Theater

Ab 8 Uhr: Das bedeutende Attraktions-Programm. 8 1/2.

Trilby und Svengali?

Kunst und Nüchternheit.

Vera Violetta.

10 1/2.

Paul Spadoni

der König der Kraftjongleure.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.

Nachmittags 4 Uhr:

Von der Zugspitze zum Watzmann.

Abends 8 Uhr:

Der Montblanc.

Luisen-Theater.

Nachmittags 4 Uhr Kindervorstellung:

Rubezahl.

Abends 8 Uhr:

Flachsman als Erzähler.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Anna Lisa. Abends: Musikweisen.

Montag: Flachsman als Erzähler.

BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurter Str. 132. Der Theaterentwurf.

Anfang 8 Uhr. — Hochmingspreis. —

Nachm. 4 Uhr bei Helmen Preisen: Kistenbrödel.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Kabale und Liebe. 8 Uhr: Der Theaterentwurf.

Metropol-Theater

Zum 26. Male: Donnerwetter

tadellos!

Große Jahresrevue in einem Vorspiel u. 9 Bildern v. Jul. Freund.

Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schultz.

Die Tänze einstudiert v. Ballettmeister Louis Gundlach.

Massary — Perry

Holden — Bender

Giampietro — Kettner

Pfann — Thielscher

Sonntag, 27. September, präz. 3 Uhr nachm.

zu Gunsten der beim Brande von Donaueschingen

geschädigten Einwohner. In der Originalbesetzung:

Donnerwetter — tadellos!

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm.

Von Publikum u. Presse glänzend beurteilt.

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147. Sonntag, den 27. September 1909:

Zum 8. Male: Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Akten. Regie: Förster. Anfang 7 1/2 Uhr.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr: Na endlich!

Pariser Extravaganza mit Paulette van Roy

und das kolossale Eröffnungsprogramm

14 erstklassige Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree. Der Riese aller Riesen

Pisjakoff

Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Casino-Theater

Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr

Familie August Knoche.

Berliner Gesangsposse in 3 Akten.

August Knoche: Dr. Hans Berg. Vorher d. glänzende Eröffnungsprgr.

Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.) Sonnabend, abends 8 Uhr:

Julius Caesar.

Tramerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Stein unter Steinen.

Sonntag, abends 8 Uhr: Julius Caesar.

Montag, abends 8 Uhr: Hans Huckebein.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr:

Ein Teufelskerl.

Historische Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw.

Sonntag, nachm. 3 Uhr, Götz von Berlechingen.

Sonntag, abends 8 Uhr: Das Stiftungsfest.

Montag, abends 8 Uhr: Das Opferlam.

Zirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 26. September, zum 1. Male in Europa:

Die größte Sensation der Welt?

? Butterfly ?

Sonntag in beiden Vorstellungen ein Kind frei. Vorher: Gala-Programm und die großartigen neuen Spezialitäten.

Castan's Panoptikum

Friedrichstraße 165 — (Ecke Behrenstraße) Psychorpalast.

Ohne Extra-Entree! Im Reiche der Zwerge!

(4 Damen, 4 Herren.) Vereinsbillets halbe Preise.

Berliner Eis-Palast

Lutherstraße 22/24. — Ständige Eisbahn.

(Saison September bis 1. Mai 1909.) Von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich von 12 Uhr mittags ab: Großes Konzert. Klavier- und Gesangs- und Kunstläufer u. ersten Kunstläufer und

Lehrerinnen. 5 1/2, 7 1/2, 9 1/2. Montag, den 28. September 1909:

4. Elite-Abend. Eintritt 2 M. — Blumenreigen und Kunstläufer von ersten Kunstläufern und Sängerinnen.

Brauerei Friedrichshain

früher Lipps, am Königstor. — Oekonom: Ernst Liebing.

Bayerisches Keller-Fest

Fronten-Feuerwerk. Anfang 6 Uhr. Entree 25 Pf.

XIV. Saison: Zirkus Busch.

Sonnabend, den 26. September, abends präzis 7 1/2 Uhr: Gala-Abend!

Mr. Houdini

mit seinem (gef. gesch.) Kammerherrn. Gebr. Saxon! Mile. Mariaka Reesey. Aerial Smiths, Herr Karl Reinsch, Schülereiter. Ernst Schumann, Reudressuren.

Barbarossa!!

Dr. Original-Ausstattungs-Pant. des Zirkus Busch in 6 Bildern. Vorher: Das gr. Programm. Sonntag: 2 gr. Gala-Vorst.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. b. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstr. 57

Nur noch bis inkl. Mittwoch, den 30. September: Das kommt davon!

mit dem Lustspiel: Es lebe das Nachtleben!

von A. und D. Herrnfeld. Donnerstag, den 1. Oktober: Erst-Aufführung

der sozialistischen Heringsdiade Die beiden Bindelbände.

Herrn: Internat. Künstler. Neben u. a.: Madame D'Ormay

mit ihrem Volkstheater - Extrait vom 1. Landes-Theater in Prag. Lena Nansen, Vortrag-Rednerin.

Saratoff, Russen-Lyris. Liberia, Straßen-Sänger-Quartett.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Große Extra-Prezidenten-Vorstellung.

Die alte Geschichte. Der Roman einer Choristin. Lebens-

bild in 6 Akten von Miller. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Nach der Vorstellung: Tanz.

Hagenbeck-Schau.

Die größte Sensation und größte Anziehungskraft von Berlin bildet noch immer die Wiederaufreten des Direktors Willi Hagenbeck,

welcher von einem Eisbär sehr schwer verletzt wurde

? Java ? und die übrigen Schläger des Programms. Tägl. abends 8 Uhr: Gr. Vorstellung.

Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend: 2 gr. Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.

Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr: Besichtigung u. Fütterung d. Raubtiere.

Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags: Hochinteressante Raubtier-Dressur - Proben.

Besichtigung und Fütterung der Raubtiere gegen ein Entree von 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder.

Voranzeige!

Sonnabend, den 16. Januar 1909 abends 8 Uhr:

Großes humoristisches Winter-Fest

der Freireligiösen Gemeinde Berlin

arrangiert von Adolf Hoffmann und Berthold Schröder in den Gesanträumen der neuerbauten Pracht-Säle „Alt-Berlin“

Blumenstraße 10 (neben dem Residenz-Theater) nahe der Alexanderstraße. 62/3

Instrumental- u. Vokal-Konzert

Viertes Stiftungsfest des Kinder-Chors.

In jedem Saale ein anderes Programm.

Saal I: Lustig Blut und Uebermut.	Saal II: Das Kind in Wort und Bild.
Saal III: Buntes Allerlei.	Saal IV: Tanz-Kränzchen für Erwachsene
Saal VI: Alt-Berlin.	Saal V: für Kinder.
	Saal VII: Souper à la Hagenbeck unter Mitwirkung des gesamten Publikums.

Sämtliche Nummern dargestellt von Kindern der Gemeinde.

Nach der Vorstellung in beiden großen Sälen BALL bis zur völligen Erschöpfung.

Näheres die späteren Anzeigen und Programme!

Einlaßkarten a 40 Pf. für Erwachsene, 20 Pf. für Kinder sind vom 1. November ab in den bekannten Billettstellen und beim Rentanten Herrn Adolf Harndt, Rüdersdorfer Straße 48 IV, gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte zu haben.

Die Eintrittskarten sind gütig zu allen Sälen!

Es wird nur eine bestimmte Zahl von Einlaßkarten ausgegeben.

Das Festkomitee.

Kaufhaus Wedding

Müllerstraße 182-183.

Manufaktur-, Modewaren

Aussteuer, Wäsche, Putz Strumpfwaren u. Konfektionsgeschäft für Damen, Mädchen, Herren und Knaben.

Beachten Sie unsere Fenster!

Nur so lange der Vorrat reicht: Englische Damenpaletots aus besten Stoffen in modernster Ausführung

Serie I 6⁹⁵ M.

Serie II 8⁹⁵ M.

Serie III 14⁵⁰ M.

Serie IV 18⁷⁵ M.

Wert bis 33 M.

Gleichzeitig Verkauf der Restbestände der Jacques Cohn'schen Konkursmasse zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Trotz der billigen 50% Rabatt oder Preise auf alle Artikel 50% Nordenmarken.

Jeder Käufer erhält ein Geschenk!

Brunnen-Theater

Sabstraße 63. Direktion: Willy Voigt

Heute: Schützenlied.

Posse mit Gesang in 4 Akten von Leon v. Capetov. Musik v. G. Steffens. Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Parodie-Theater

Tresdener Straße 97.

Heute: Cavalleria Rusticana und die unheimliche Burleske „Berlin steht Kopf“.

Anfang Sonntag, 8. wochentl. 8 1/2 Uhr

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 13/20, Rosenthal. Tor. Anfang 8 Uhr.

Das neue große September-Programm. — 12 glänzende Spezialitäten.

Gänse-Ausschlachtere

Strandmannstr. 18 empfiehlt billigst Oberbrüder Betätigung, Linsen, Leber, Reuten, Gänsefleisch, Stüdenfleisch usw.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin II.

Achtung! Verbandsmitglieder. Achtung!

Am Sonntag, den 27. September, abends 6 Uhr, finden

2 Branchen-Versammlungen

71/7
 statt für die Kollegen und Kolleginnen
 aus allen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie, sowie aus allen Betrieben u. Bezirken von Charlottenburg, Moabit, Wedding und Gesundbrunnen

im großen Saale der Pharus-Säle, Müllerstr. 142.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Zietz-Hamburg über: Die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes für beide Geschlechter. 2. Diskussion. 3. Mitteilung.

Für die Kollegen:

Möbeltransportarbeiter, Kutscher und Packer aus sämtlichen Betrieben Berlins und der Vororte

in den Industrie-Festsälen, Benthstr. 19-20.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Störmer über: Die Alkoholfrage, dessen Wirkung und Vermeidung des menschlichen Körpers. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Bei beiden Versammlungen findet im Anschluß

gemütliches Beisammensein mit Tanz statt.

Einen recht zahlreichen Besuch aller Kollegen und Freunde mit ihren Frauen erwartet

Die Verwaltung II. B. H.: Albert Uthoff.

Achtung! Glassehleiter und Polierer.

Im Fachblatt „Der Fachgenosse“ ist in sämtlicher Hinsicht der Minimallohn 65 Pf. und 55 Pf. angegeben. Es muß betragen 67 Pf. und 57 Pf. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal I:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Gen. Ströbel. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Branchenkommission.
 NB. Die Vertrauensleute werden ersucht, auf die Versammlungskontrollkarte im Mitgliedsbuch aufmerksam zu machen. 91/2

Dr. Simmel Gänse, Enten

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz, nicht am Markt.
 10-2.5-7. Sonntags 10-12.2-4.

Dresdener Casino-Festsäle

Dresdener Straße 96.
 Amt IV, 8600. Amt IV, 8600.
 Den verehrten Vereinen zur recht Kenntnis, daß besonderer Umstände halber ein Sonnabend und drei Sonntage frei geworden sind. Sollen 1908/09.
 Keine Räume mit und ohne Bühne für Versammlungen, Festlichkeiten, Kommerse bestens empfohlen.
 Hochachtungsvoll
 A. Muxfeldt.

Bekanntmachung. Orts-Krankenkasse der Hutmacher

Putzmaschinen- und Putzwaren-Verfertiger zu Berlin.
 Den Mitgliedern bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß das Kassenlokal vom 1. Oktober ab von der Wendelschurstr. 11 nach Gollnowstr. 46 I
 Ecke Rene Königstraße verlegt wird. 18196
 Umzugsbalder Meißt das Kassenlokal am 1. Oktober geschlossen.
 Der Vorstand.
 G. Dannheuser, Vorsitzender.

Charlottenburg!

Wielandstr. 4. Wielandstr. 4.
 Teile hierdurch allen Genossen, Kollegen und Bekannten mit, daß ich das Lokal des Gen. Grassänder, Wielandstr. 4 (7. Bezirk) übernommen habe. Den geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfehle mein großes und auch kleines Vereinszimmer.
 Für gute Speisen und Getränke werde ich stets Sorge tragen.
 Hochachtungsvoll Fritz Thunack.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
 Friedrichstr. 293, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung
 gegründet 1893.
 Haupt-Kontor und L. Geschäft: Berlin O. 34, Brombergerstr. 10. II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.
 Preise für nur in Marken ab Wag von 10 Ztr. an: 4173 Pf.
 Prima la Halbsteine (bekannte Marken): pr. Ztr. 97 Pf.
 „ Ferdinand-Britetts pr. Ztr. 97 Pf.
 „ Anna od. Waldmannsbeil pr. Ztr. 99 Pf.
 „ Pfäferschaft „ 101 Pf.
 „ la Diamant pr. Ztr. (110 bis 120 Stk.) „ 105 Pf.
 „ la Ritz o. Ritz pr. Ztr. 105 Pf.
 „ la Anthrazit-Caddy 3. 235 Pf.
 Stolz, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalantrag und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

X-u-O-Beine

verleiht Triumph D. R. M. Neu! Keine Polster, Eleg. bequem. Keine unnötig. Angabe ob X oder O. Diatr. Versand. Prospekt gratis. Preis bei Vorauszahlung 21. 3.50 inkl. Nachn. Mk. 3.55 frei. Adolf Hennecke, Berlin W. 30/55 Frankenstr. 6.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1292. Charlottenstraße 2. Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Sonntag, den 27. September 1908, vormittags 10 Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
 im „Englischen Garten“, Ullenderstr. 27a.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zum Ablauf des Tarifs. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Kollegen! Da Punkt 1 der Tages-Ordnung von großer Wichtigkeit für uns ist, so erwarten wir auf das bestimmteste, daß Ihr Mann für Mann erscheint und an den Beratungen teilnimmt.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 28. September 1908, abends 6 Uhr:

Versammlung
 aller in Metallgießereien beschäftigten Former und Berufsgenossen
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 4).
 Tages-Ordnung:
 1. Erledigung des Antrages der letzten Branchensammlung. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Kollegen! Wir erziehen Sie, vollständig und pünktlich zu erscheinen.
 Mitgliedsbuch legitimiert!
 Die Ortsverwaltung.

Gänse! Gänse!

Heute frische Sendung von
Pa. Oderbrucher Fett-Gänse
 in großer Auswahl, sowie sämtliche Gänse-Artikel.
 Gänsefleisch mit Keulen a Pfd. 70 Pf.
 Gänsefleisch ohne Keulen a Pfd. 40 Pf. [100/3
 Gänselein, Gänseleuten und Gänselebern.
 Gänseleuten, frisch und gepökelt.
Pa. Gänseeschmalz a Pfd. M. 1,20.
 Räucherleuten, mit und ohne Knochen. Spitzgans (Rohbrust) usw.
 Täglich frische Wiener Würstchen 3 Paar 50 Pf. **Fraustädter**
 3 Paar 25 Pf., sowie Leberwürstchen 2 Paar 10 Pf.
Hermann Leibner, Berlin C.
 Klosterstraße 95, Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Straße 11.

Eigene große Betriebswerkstätten im Hause.

Denken Sie nur

bestimmt daran, bevor Sie Ihre Einkäufe zum Herbst und Winter erledigen, die großen Läger der als reell und gut bekannten Firma

Kottbuser Damm 78 Leske & Lehrer Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß

zu besichtigen. Wir haben unsere Firma mit einer der bekanntesten Engros-Firmen der Herren-Konfektionsbranche verschmolzen und sind dadurch in der angenehmen Lage, dem kaufenden Publikum, unseren Grundsätzen getreu, das denkbar Beste zu außer-gewöhnlich billigen Preisen bieten zu können.

Das Geschäft steht nach wie vor unter persönlicher Leitung unseres Herrn Leske.

Wir bringen eine unerreichte Auswahl in

Herbst-Paletots * Herbst-Anzügen

Einsegnungs-Anzügen * Knaben-Paletots * Knaben-Anzügen.

Unerreicht gross sind unsere Läger in Stoffneheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herrenmoden nach Mass. Sämtliche bei uns bestellten Kleidungsstücke werden unter Leitung erster Meister in eigenen grossen Werkstätten hergestellt. Wir richten die ergebene Bitte an unsere geschätzten Freunde und Gönner, uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu übergeben, damit wir in der Lage sind, die uns bestellten Sachen auf das sorgfältigste verarbeiten zu können. Für tadellosen Sitz, bester Verarbeitung nur guter Stoffe und Zutaten übernehmen die weitgehendste Garantie.

Unsere Grundsätze:

W

ir verarbeiten nur gute, reelle, ausprobierte Stoffe.
 ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
 ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
 ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
 ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
 ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
 Nachdruck
 verboten.

78 Kottbuser Damm 78 **Leske & Lehrer** 78 Kottbuser Damm 78

Spezialhaus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung, fertig und nach Maß.

Bekleidung für sämtliche Berufe.

Wir verabsolgen unseren werten Kunden am Sonnabend und Sonntag bei Einkauf eines Anzuges oder eines Paletots eine hochfeine Weste **gratis!**

Bitten genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Lieferanten an Vereine und Einkäufergenossenschaften:

Aufbewahren und Reparaturen gratis.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Die Genossen der 19. Abteilung, die an der Besichtigung der Baugenossenschaft Paradies teilnehmen wollen, treffen sich am Sonntag, den 27. d. M., früh 7 Uhr, bei Haseloff, Landsberger Str. 8.

Stralau. Hiermit bringen wir den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 3. Oktober, die Eröffnung der Bibliothek stattfindet, dieselbe befindet sich beim Genossen Gundlach, Marzgrafendam 3. Die Bücherausgabe erfolgt regelmäßig jeden Sonnabend in der Zeit von 7-9 Uhr abends gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Wir empfehlen den Genossen eine rege Benutzung der Bibliothek.

Die Bibliothekskommission.

Bernau. Heute abend 8 1/2 Uhr Versammlung bei Kunze. Vortrag über Genossenschaftswesen. Referent: Genosse Simon Roggenstein.

Rosowes. Am morgigen Sonntag vormittag von 9-12 Uhr, findet das Einlesen der Beiträge des Wahlkreises in folgenden Lokalen statt: 1. Bezirk, Otto Hiemle, Wallstr. 55; 2. Bezirk, Karl Gruhl, Priesterstr. 69; 3. Bezirk, Ludwig Richter, Großbeerenstr. 68. Während der Wahlstunden werden auch neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Umzug.

Wo ist ein Zustand, der mehr Unbehagen, grämlichere Ungemütlichkeit um sich verbreitet? Und doch gibt es in unseren großen Städten kaum ein zehnjähriges Kind, das sich nicht mindestens eines Umzuges entsinnen könnte.

Die Kinder allerdings sind meist die Einzigen, deren glückliche Gemütsart sogar einem Umzuge erfreuliche Seiten abzugewinnen vermag. Läßt doch die anderweitig so viel geplagte Mutter in dieser Zeit ihnen die Bügel bedeutend lockerer.

Vom Boden und Keller werden alte, längst vergrabene Dinge hervorgeholt, mittels derer sich unter den Händen der erfinderischen Kleinen allerlei neuartige Spiele entwickeln lassen. Zwischen den aufgehäuften Kisten und Körben finden sich ganz ungeahnte Verstecke und Räuberverstehe.

Die glücklichen Kinder! Sie ahnen nicht, daß ihnen vor allem mit jedem erneuten Umzuge etwas geraubt wird, was uns armen, herumgestohlenen Großstädtern immer mehr verloren geht: ein Stück Heimatgefühl, eine vertraute Schar von Jugendgenossen, die fürs Leben mit einander verwachsen könnten.

Sie ziehen um — und eine Wurzelfaser reißt, die nimmermehr sich ergänzen kann. Eine veränderte Arbeitsgelegenheit treibt die Eltern hier in Berlin etwa vom Wedding nach dem Haleschen Tor, und die Kinder werden in eine fremde Welt veretzt, darin sie sich jeden Schuh breit ihres Platzes erst neu erkämpfen müssen.

Auf der Straße, unter den Spielgefährten sowohl wie in der Schule. Und sie lernen bald, daß der Frige vom Georgenkirchplatz zwar dieselben Ufertieren, die gleichen Ungezogenheiten mit auf den Spielplatz bringt, wie der Gustav vom Wedding, aber sonst ein ganz anderer ist.

So werden ihnen mit jedem erneuten Umzuge die Kameraden immer mehr zu Figuren im Spiel, deren Innenleben ihr Herz nach und nach gar nichts angeht.

Daß ein so heranwachsendes Geschlecht an Belterfahrenheit gewinnt, an der Fähigkeit, sich im Leben zurechtzufinden, ist zweifellos; in bezug auf das Gemüt aber verarmt es; an echtem Kinderglück geht ihm unendlich viel verloren.

Und wir Erwachsenen — auch unserem Leben fehlt, was die behaglichste, ja eleganteste Wohnung erst zum Heim macht. Die Erinnerung, Fremde Hände um uns, die nicht Zeugen gewesen sind eines ersten, verschämten Glückes eines schon verhehlten Kummers.

Wir ziehen um — und alles weicht zurück, blutlose Schemen der Vergangenheit, die keine Sprache der stummen Dinge wieder lebendig machen kann.

„Dreimal umgezogen, ist einmal abgebrannt“ meint ein altes Sprichwort. Nun, es ist heute nicht ganz so schlimm mehr. Es hat sich eine Schar von tüchtigen, gewandten Transportarbeitern herangebildet, denen man selbst kostbare Möbel und Schmuckstücke ohne Sorge anvertrauen kann. Gerade nach der praktischen Seite hat auch der gefürchtete, geschmähte und doch immer wieder verübte Umzug so manches Gute.

Ist er nicht wie eine Heerschau über unser ganzes Besitztum? Nichts zeigt uns so deutlich wie er, ob in der Zwischenzeit unsere ganze soziale Lage vorwärts oder rückwärts gegangen. Schon die Frage: „Kann ich eine teure, bessere Wohnung als die bisherige mir leisten oder muß ich, um allen Verbindlichkeiten gerecht bleiben zu können, mich noch mehr einschränken?“ Die Beantwortung dieser Frage verlangt, daß man sich einmal ein Bild seiner materiellen Verhältnisse vor Augen führt.

Und leider, leider werden durch die Uberteuering aller Lebensmittel in den Großstädten immer mehr Menschen gezwungen, gerade an dem Wurzelboden aller Lebensbehaftigkeit, an der Wohnung zu sparen.

In den vornehmen Vierteln der Reichen immer raffinierterer Vorzüge von Bauherr und Techniker, auch den idealsten Ansprüchen an Komfort und Luxus zu genügen; dort hinten vor den Lören aber immer mehr Menschen auf den Kubikmeter Luftraum eingepreßt.

Ein trübes Bild. Aber zeigt uns nicht gerade der Umzug, wie heilsam, wie unbedingt notwendig es ist, einmal alles Alte, Ueberflüssiggewordene, Verbrauchte über Bord zu werfen? Einfach fort damit, in den Müllkasten alles, was da in Spinden und Wäden und Ecken dem Guten, Tragbaren und Notwendigen den Platz fortstiehlt. Wie eine Revolution im Staatshaushaltsetat erscheint er mir immer: Ausrangieren, über Bord werfen, Luft schaffen, Platz für Neues, Besseres, Wertvolleres.

Noch einmal: Die Hilfsbereitschaft der Unfallstationen.

Unsere Mitteilungen (in Nr. 222) über die Unfallstation Mariannenufer, die bei einem nachts vorgekommenen Unglücksfall die notwendige Hilfsbereitschaft hatte erweisen lassen, sind nicht ohne Wirkung geblieben. Die Angaben erstreckten sich hauptsächlich auf folgende Punkte: 1. Das

an dem Hause angebrachte Transparent war in jener Nacht nicht erleuchtet, wurde auch in einer der folgenden Nächte von uns selber unerleuchtet vorgefunden und soll überhaupt bei Nacht regelmäßig unerleuchtet geblieben sein; 2. eine am Hause befindliche Klingel emittiert jedes Hinweises darauf, daß sie zur Unfallstation läutet, dafür ist über der Klingel ein weißes sichtbareres Schild angebracht, das irreführend auf die in demselben Hause befindliche „Klinik“ hinweist; 3. in jener Nacht mußte die Gruppe von etwa zehn Personen, die den Verunglückten begleitete, den Weg zu der im ersten Stockwerk des Quergebäudes untergebrachten Unfallstation durch den noch offenen Hausflur über den Hof und die Treppe hinaus bei Streichholzbeleuchtung suchen, weil alles finster war; 4. die Verjüchte, in die Räume der Unfallstation hineinzugelangen und den Arzt zu alarmieren, hatten erst nach langem Warten Erfolg, obwohl stürmisch gellend (zunächst irrtümlich an der Klingel zu der auf demselben Treppenturm befindlichen Klinik) und auf dem Treppenturm eine erregte Unterhaltung geführt wurde. Eine Persönlichkeits, die zufällig in der Lage ist, über diese Unfallstation gut unterrichtet zu sein, teilt uns nun mit, daß der „Vorwärts“-Artikel wie ein Blitz eingeschlagen“ habe. Nach an demselben Tage, an dem der Artikel veröffentlicht worden war, sei das Transparent mittags gegen 1 Uhr gewaschen und abends erleuchtet worden. Das sei, so meint unser Gewährsmann, schon seit langer Zeit — er schreibt: „seit Jahren“ — nicht mehr geschehen. Auch die Treppe sei nunmehr die ganze Nacht hindurch erleuchtet worden, während man schon seit Jahren das Verfahren geübt habe, das Leucht bei Einlieferung eines Kranken einzuschalten und es dann wieder auszuschalten. Die Klingel an der Straßenfront des Hauses gehöre tatsächlich zur Unfallstation, doch könne das in der Tat niemand wissen, wenigstens kein Unkundiger. Von Drohschultern, die einen Verunglückten brachten, sei sie oft benutzt worden. Daß sie auch sie schon genötigt gewesen, die dunkle Treppe hinaufzusteigern, weil durch die Klingel niemand alarmiert wurde. Ueber die Ursache solcher Mißfolge sei am Tage nach dem Erscheinen des „Vorwärts“-Artikels Aufklärung gebracht worden durch die Reparaturarbeiten, die nun plötzlich an der Klingelleitung vorgenommen worden seien. Mehrfach seien Verunglückte zunächst in die im Hause befindliche Restauration hineingetragen oder hineingeführt worden, und erst dort ihnen dann gesagt worden, wo sie die Unfallstation zu suchen hätten. Unliebsame Ausritte zwischen hilfsbereiten Personen und dem Personal der Unfallstation seien öfter vorgekommen und in der Regel sei das das Ende gewesen, daß den Helfern die Tür gewiesen, ihnen mit Polizei gedroht und schließlich wohl gar noch Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet wurde.

Man muß sich in der Tat wundern, wie es möglich war, daß die Unfallstation Mariannenufer lange Zeit hindurch sich nicht im Zustande pflichtgemäßer Hilfsbereitschaft befunden hat. Die Herren vom Kuratorium haben allen Anlaß, uns und unseren Genossen dafür zu danken, daß wir immer wieder in die Unfallstationen hineinleuchten. Sie selber haben offenbar gar keine Ahnung davon, wie es dort zugeht.

In der Säuglingsfürsorge I, Blumenstr. 78, findet im Monat Oktober unentgeltlicher Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Meldungen schriftlich oder mündlich im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 78, vorn links parterre; vom Montag, dem 28. September bis zum Sonnabend, dem 3. Oktober täglich von 2-4 Uhr.

Die Gemeindevertretung von Grunewald hat laut „Voss. Ztg.“ einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Die Koedukation für die oberen Klassen der hiesigen höheren Schulen ist anzustreben, um damit allen Bedürfnissen des höheren Unterrichts für beide Geschlechter gerecht zu werden. Sollte dies nicht für den 1. April 1910 rechtzeitig erreicht sein, so wird die Gemeinde der Errichtung einer Mädchenschule am Ostern 1910 rechtzeitig näher treten.“

Als Leiche aufgefunden wurde im Charlottenburger Verbindungskanal die bisher vergeblich gesuchte Lederarbeiterfrau Ottenga, die, wie berichtet, in einem hysterischen Anfall ihr jüngstes Kind vergiftet und die beiden anderen zu vergiften versucht hatte.

Die Ausbauskosten des oberen Teiles der Schönhauser Allee und die Grundbesitzer.

Als Eigentümerin des Grundstücks Schönhauser Allee 141a war Frau Schröder anteilig zu den Ausbauskosten des oberen Teiles der Schönhauser Allee herangezogen worden, der zwischen der Danziger und Eberwalder Straße und andererseits der Ringseisenbahn liegt. Sie sollte einen Beitrag von 3467,27 M. leisten. In Betracht kam das Ortsstatut vom 7. März 1877. Frau Schröder machte noch vergeblichem Einspruch auf Freistellung dieses Anliegerbeitrags. Sie gab zu, daß das Ortsstatut an sich ja seine rechtliche Stütze im Reichsgesetz vom 1875 finde. Sie machte jedoch geltend, daß Anliegerbeiträge nur dann gefordert werden könnten, wenn die Anlage einer neuen Straße, die Verlängerung einer schon bestehenden Straße oder der Ausbau von schon vorhandener, bisher aber unbebaute Straßen und Straßenteile erfolge. Hier läge aber keiner dieser Fälle vor. Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts, daß heißt zur Zeit des Erlasses des Ortsstatuts, sei die Schönhauser Allee schon längst eine vorhandene Straße gewesen. Sie sei auch schon bis zur Ringbahn bebaut gewesen.

Der Bezirksausschuß wies die Klage seinerzeit ab und führte unter anderem aus: Die Schönhauser Allee habe zu der, als maßgebend in Betracht kommenden Zeit des Erlasses des Ortsstatuts vom 7. März 1877 auf der Strecke zwischen Eberwalder Straße und Ringbahn nicht die Eigenschaft einer für den städtischen Verkehr und den Ausbau bestimmten Straße gehabt. Damals habe sich nach den Feststellungen der Straßenkörper im wesentlichen noch in einem haushoheiligen Zustand befunden. Die in der Mitte gelegene Fahrbahn, die mafabamifiziert war, sei auf beiden Seiten von Sommerwegen und Gräben eingefasst gewesen. Was die Fußwege angehe, so hätten sie zu jener Zeit teilweise allerdings Trottoirplattenbelag gehabt, sie hätten sich aber sonst nicht in dem Zustande befunden, wie die Bürgersteige der dem inneren städtischen Verkehr dienenden Straßen. Wenn auch schon Wohnhäuser an der Strecke bestanden, mit deren Errichtung seit 1820 begonnen wurde, so wäre daraus doch nicht ihr Charakter als einer städtischen Straße zu entnehmen. Sie habe damals vielmehr in erster Linie dem Verkehr von Ort zu Ort gedient. Unerheblich sei, ob die Fluchtlinienfestsetzung vor oder nach Erlass des Gesetzes von 1875 erfolgte. Nach alledem bestehe für die Anlieger der mehrfach genannten Straßenstrecke der Schönhauser Allee die Verpflichtung aus dem Ortsstatut von 1877.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am 24. September diese Entscheidung als zutreffend.

Ist denn kein Stuhl da? Die Klagen über schändliche Behandlung von Kassenpatienten seitens der Kassenärzte wollen nicht aufhören. Gerade die jüngsten Ärzte, die zunächst fast ausschließlich von Kassenpraxis leben und an den Erfahrungen derselben erst zur vollen ärztlichen Tätigkeit langsam emporsteigern, sind am schändlichsten und hochfahrtesten. So wird uns mitgeteilt, daß eine Anzahl Kassenärzte, darunter übrigens auch ältere, nicht mal soviel Anstandsgefühl besitzen, ihren Kassenpatienten bei der Konsultation einen Stuhl anzubieten. Jüngere Patienten sehen sich leicht darüber hinweg, für bejahrtere Leute ist es ebenso empfindlich als demütigend. Wohi mit jungen hübschen Mädchen sollen derartige Kassenärzte eine Ausnahme machen. Erscheint es ihnen unter ihrer Würde, auch Kassenpatienten jeden Standes, die doch in ihrer Gesamtheit immerhin zum größten Teil den Lebensunter-

halt des Arztes bestreiten, höflich zu behandeln, so sollen sie die Kassenpraxis an den Nagel hängen. Die Kassenärzte sind für die Patienten da — nicht umgekehrt. Es gibt ein sehr drastisches, einfaches Mittel, solchen Besessenen den mangelnden Anstand unter die Nase zu reiben. Wer von ihnen im Konsultationszimmer keinen Stuhl für den Patienten übrig hat, dem sage man dreist und gottesfürchtig: „Herr Doktor, Sie gestatten wohl, daß ich mich setze...!“

Eine umfangreiche Patientenverlegung der städtischen Siedehausen wird aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung des neuen großen Siedehauses in Buch eintreten. Davon werden ziemlich gleichmäßig alle bisherigen Siedehäuser der Stadt Berlin, außer denjenigen in der Prenzlauer Allee und Grödelstraße, auch das Friedrich-Wilhelms-Hospital in der Palisadenstraße, betroffen. Allein aus letzterem, das nur Frauen und zwar insgesamt 800 beherbergt, dürfen 100 bis 150 nach Buch kommen. Maßgebend für die Verlegung ist in erster Linie der Gesundheitszustand, Hospitalitäten, die ihrer körperlichen Beschaffenheit nach Aussicht auf erhebliche Besserung des Zustandes unter gesunden Luftverhältnissen bieten, sollen bei der Verlegung bevorzugt werden. Viele ständig Bettlägerige würden von einer Verlegung vielleicht auch günstig beeinflußt werden, doch wird hier von einem Luftwechsel wegen der Transportbeschwerden Abstand genommen, soweit nicht ganz besondere Umstände die Verlegung dennoch wünschenswert erscheinen lassen. Auf besondere Wünsche von Angehörigen, die sich regelmäßig um ihre kranken Verwandten kümmern, soll möglichst Rücksicht genommen werden. Unter den Hospitalitäten wird die Frage der Verlegung sehr lebhaft besprochen. Die alten Leute, welche zum großen Teil schon jahrzehntelang hier leben, können sich von der liebgewonnenen Scholle nur schwer trennen. Die weitaus meisten sehnen sich aus diesen angewöhnten Verhältnissen gar nicht heraus.

Wandergewerbescheine für öffentliche Schaustellungen usw.

Amlich wird mitgeteilt: Diejenigen Gewerbetreibenden des Landespolizeibezirks Berlin, welche beabsichtigen, auf Grund eines nach § 55 Nr. 4 der Gewerbeordnung ausgestellten Wandergewerbescheines öffentliche Schaustellungen, Musikaufführungen, theatralische Vorstellungen und sonstige Lustbarkeiten im Jahre 1909 außerhalb und innerhalb des Landespolizeibezirks Berlin darzubieten oder zu veranstalten, werden gut tun, entweder zeitlich getrennte Scheine je für den auswärtigen Bezirk, in dem sie das Gewerbe betreiben wollen, und für den Landespolizeibezirk Berlin zu lösen, oder einen Jahreschein nur für den Landespolizeibezirk zu beantragen und seinerzeit dessen Ausdehnung auf den auswärtigen Bezirk nachzusuchen, da eine Ausdehnung auswärts ersteller Scheine dieser Art auf den Landespolizeibezirk Berlin nicht stattfindet. Bei Beantragung zeitlich getrennter Scheine wird der Zeitraum, auf welchen der Schein für den betreffenden Bezirk gebraucht wird, genau bezeichnet und zur Vermeidung doppelte Besteuerung hervorgehoben werden müssen, daß und für welchen Teil des Jahres anderwärts ein Schein beantragt ist.

An die Eisenbahndirektion richtet sich eine Beschwerde, die uns von zahlreichen in Moabit beschäftigten Arbeitern zugeht. In dieser Beschwerde heißt es: „Unter einem Uebelstand, dessen Ursachen in einer übertriebenen Sparsamkeit der R. A. Eisenbahndirektion zu suchen sind, leiden die im Stadtteil Moabit beschäftigten Arbeiter der Großbetriebe, die eine sogenannte Beschäftigung haben. Die Arbeiter, die gegen 11 Uhr abends Feierabend haben und den Zug 11,14 Uhr benutzen wollen, müssen sich in einem Eiltempo bewegen, wenn sie zur rechten Zeit den Zug erreichen wollen, wollen sie nicht riskieren, eine halbe Stunde auf den nächsten Zug zu warten, was in dieser Jahreszeit nach gelancer Arbeit gewiß kein besonderes Vergnügen ist. Jeder ist zufrieden, wenn er so früh wie möglich nach Hause kommt, da ein großer Teil am nächsten Morgen wieder zur Arbeit muß. Doch der Mensch denkt und die Eisenbahnverwaltung lenkt. Wenn die Maschinenbetriebe im Nord-Westen ihre Porten hinter den ihren heimatischen Venaten zu stehenden Arbeitern geschlossen haben, wenn die Arbeiter auf dem Wohnhof anlangen, dann finden sie abends um 11 sowie nachmittags um 3 Uhr, also gerade um die Zeit des Schichtwechsels den Durchgang mit einem Beamten besetzt, der den kolossalen Andrang allein bewältigen soll. Abend für Abend passiert es, daß ein Teil der Arbeiter den eine halbe Stunde später abfahrenden Zug benutzen müssen, trotzdem sie zur rechten Zeit am Bahnhof waren. Diesem gewaltigen Andrang ist die Kraft des einzelnen Beamten nicht gewachsen. Nun kommt es öfter vor, daß ungeduldige Passagiere, den Zug erblidend, keine Lust verspüren, ein Opfer dieses Sparsystems zu werden und die Kontrolle passieren, ohne Erlaubnis des diensttuenden Beamten. Gestern, am 23. 8. 08, wurde ein junger Arbeiter, der diesen Akt der Selbsthilfe beging, vom Stationsvorsteher festgesetzt. Der gute Mann entließ den Sinder mit den Worten: „Sagen Sie es Ihren Kollegen, wer noch einmal dabei ertrappelt wird, kann sich auf eine Geldstrafe gefaßt machen“. Diejenige Uebelstand könnte die Eisenbahndirektion abhelfen, wenn für die fragliche Zeit, also nachmittags von 3 bis 3 1/2 und abends von 11-11 1/2 Uhr, ein zweiter Beamter seinen Kollegen unterstützen würde.“

Soweit die Zufahrt. Das in derselben ausgesprochene Verlangen scheint uns ein so bescheidenes und gerechtfertigtes, daß die Eisenbahndirektion nicht zögern sollte, dasselbe zu erfüllen.

Zu dem Pockenfall.

über welchen wir gestern berichteten, wird heute amtlich gemeldet: „Berlin, 25. September. Gestern nachmittags 4 1/2 Uhr wurden durch den Kreisarzt Dr. Müllig in der im vierten Stockwerk des Vorderhauses Aniprodstraße 116 belegenen Wohnung des Architekten Robert Otto bei einem fünf Monate alten Kinde Hans Mund echte Pocken festgestellt und das Kind mit der Mutter, Frau Martha Mund geborene Otto, dem Wladimir-Krankenhaus überliefert. Mutter und Kind sind, von Brasilien kommend, am 3. d. Mts. zugereist und haben bis zum 15. d. Mts. im Arbeiterinnenheim Verkönnungs-Privatquartier gewohnt. Alle Vorsichtsmaßnahmen sind getroffen und die Familie Otto ist in ihrer Wohnung vorläufig isoliert worden.“ Gestern früh mußten sich sämtliche Bewohner des Hauses, über zweihundert Personen, einer Schutzimpfung unterziehen. Diese dauerte volle vier Stunden und war erst um 11 Uhr mittags beendet. Nach der Massenimpfung wurde das Haus von der Polizei wieder freigegeben.

Die Not.

Die Tat eines Lebensmüden rief gestern nachmittags am Kupfergraben Aufsehen hervor. Ein Passant, der durch sein seltsames Wesen die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden herbeigerufen hatte, schwang sich plötzlich über das Geländer hinweg und stürzte sich in den Spreekanal. Im Rettungssturz wurde der Lebensmüde geborgen und nach der Charité gebracht. In dem Selbstmordlandboten wurde der 44jährige Lötter August Schulze aus der Joachimstraße 17 ermittelt. Angeblich hat Sch. die Tat wegen Nahrungsorgen ausgeführt. — Eine unheimliche Entdeckung machte vorgestern abend ein Schuttmann in der Betschstraße. Am Straßengaum des unbebauten Grundstücks Weserstr. 64 hatte sich ein Mann an einer Fuderschür erhängt. Da der Körper des Lebensmüden noch warm war, so stellte der Beamte sofort Wiederbelebungsversuche an, die auch schließlich Erfolg hatten. Der Lebensmüde, der 32jährige Mechaniker Emil A. aus der Elbestraße hatte den Selbstmordversuch wegen Arbeitslosigkeit und Nahrungsorgen unternommen.

Die Herstellung von dreizehn Fernsprecheinrichtungen ist in der Nacht zum Freitag durch Drahtmarder herbeigeführt worden. Aus der Fernsprecheinrichtung an der Kunststraße in Weitz wurden von den Leitungsführern nicht weniger als dreizehn Doppelleitungen herausgeschnitten und entfernt. Die Oberpostverwaltung hat für die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Falsche Hundertmarkscheine sind jetzt auch in Berlin aufgetaucht. Vor einigen Tagen sind in Greifswald und anderen Provinzstädten falsche Hundertmarkscheine in Umlauf gesetzt worden, und die Vermutung, daß die Fälschlinge bald auch in Berlin an den Mann gebracht werden würden, ist auch eingetroffen. An verschiedenen Stellen ist bereits der Versuch gemacht worden, falsche „blaue Lappen“ in den Verkehr zu bringen. So ist beispielsweise das Dienstmädchen einer hiesigen Herrschaft auf den Schwinkel hineingefallen. Nach Ansicht der Polizeibehörde hat hier eine weitverzweigte Fälschmännerbande ihre Hand im Spiele. Von Zeit zu Zeit tauchen falsche Ein-, Zwei- und Fünfmarkstücke auf und jetzt wird es mit Hundertmarkscheinen versucht. Wahrscheinlich ist es die erwähnte Fälschmännergesellschaft, die auch die Hundertmarkscheine anfertigt. Es ist dringend notwendig, daß alle diejenigen Personen, die in nächster Zeit durch die Fälschmänner geschädigt werden sollten, bei der Polizei Mitteilung machen.

Vorort-Nachrichten.

Vom freirechtlichen Vereinsgesetz.

Die „Ergänzungen“ des von den liberalen Parteien über den Schellenbaums gelobten neuen Reichsvereinsgesetzes haben in unserer Presse des öfteren eine zwar herbe, aber nur allzu berechtigte Kritik erfahren. Nicht zum wenigsten sind es die Vorschriften über die öffentliche Bekanntmachung von Versammlungen, die der Bureaokratie die Möglichkeit geben, im engsten polizeilichen Sinne diese Vorschriften auszulagern. Der preussische Minister des Innern hat beispielsweise in den Ausführungsbestimmungen zum Reichsvereinsgesetz festgelegt, daß für die einzelnen Gemeinden die Landräte die Zeitungen zu bestimmen haben, in denen die Bekanntmachung öffentlicher politischer Versammlungen zu erfolgen hat. Bestimmt müssen bekanntlich mindestens zwei Zeitungen werden, von denen eine täglich erscheinen muß. Bei einiger Ueberlegung wird man sich sagen, daß nach Möglichkeit natürlich Zeitungen genommen werden müßten, die im Bezirke einen möglichst großen Kreis von Abonnenten besitzen, und daß vor allem Zeitungen bestimmt werden, deren Leser ein lebhaftes politisches Interesse haben. Denn mit der Bekanntmachung einer Versammlung soll doch nicht nur die Polizei auf die Versammlung aufmerksam gemacht und ihr damit ihre Arbeit erleichtert werden, sondern es soll doch vor allen Dingen der Kreis der politisch interessierten Leser auf die Versammlung hingewiesen werden. Wer aber etwa glaubt, daß einzelne Landräte einer solchen Logik folgen, irrt sich gewaltig.

So hat beispielsweise vor wenigen Tagen der neue Landrat des Kreises Teltow, Herr v. Achenbach, eine Bekanntmachung erlassen, in der für seinen Kreis die Zeitungen veröffentlicht werden, die von ihm zur Bekanntmachung öffentlicher Versammlungen bestimmt sind. Neben einer größeren Anzahl kleiner und kleinster Wochenschriften finden wir da — den „Berliner Lokal-Anzeiger“ als Insertionsorgan für 14 Gemeinden des Kreises. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der es dem Herrn Landrat so sehr angeht, kommt zwar für die Arbeiterschaft nicht in Betracht. Sollte aber jemand der Auffassung sein, daß die Presse des übergroßen Teiles der arbeitenden Bevölkerung Gnade vor den Augen des gestrengen Herrn gefunden hat, so irrt er gewaltig. Zwar hat der „Vorwärts“ beispielsweise in den Parteilistenditionen in Köpenick 1050, in Alt-Glennide 175, in Weitz circa 400, in Steglitz-Friedenau über 1100, in Königs-Wusterhausen 355, in Mariendorf 367, in Kowalew 450, in Tempelhofer 360, in Treptow 875 Abonnenten, neben denen noch Privat-Subskribenten nach diesen Orten eine größere Anzahl Exemplare des „Vorwärts“ liefern, aber was imponieren diese Zahlen einem preussischen Landrat. In Preußen machen wir es eben so.

Unseren Genossen im Teltower Kreise, die mit dem Inserieren von Versammlungen in einer Zeitung auch den Zweck verbinden wollen, daß das Inserat eine Wirkung auf uns nahestehende Kreise ausübt, können wir nur raten, wie bisher die Versammlungen bei der Polizeibehörde ihres Ortes anzugeben.

Schöneberg.

Der Bayerische Platz in der Grunewaldstraße wurde am Donnerstag von der Berlinischen Vobengemeinschaft der Verkehrsdeputation übergeben. Der Kostenaufwand für die gärtnerischen Anlagen sowie den monumentalen Aufbau betragen insgesamt 100 000 M. Die Stadt zahlt 20 000 M. zu. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anlagen ein Jahr lang zu unterhalten, auch für die Ueberwachung zu sorgen. Der Platz ist dem vornehmen Charakter der umliegenden Straßenzüge vollständig angepaßt.

Unweit des Platzes wurde jüngst der erste Spatenstich zur Untergrundbahn getan. Kurz vorher kostete die Quadratrute 2400 M., nach dem Beginn der Arbeiten rund und nett 3000 M. Die Besitzerin dieses Geländes ist eine bekannte Berliner Terrängesellschaft.

Rigdorf.

Der neue Polizeipräsident Becker, der an Stelle des bisherigen Präsidenten v. Glase napp ernannt ist, wird seine Amtsgeschäfte am 1. Oktober übernehmen.

Tegel.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins machte der Vorsitzende davon Mitteilung, daß der Genosse Kodelle wegen andauernder Krankheit und hohen Alters sein Amt als Gemeindevorsteher niedergelegt hat. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, nach einem geeigneten Kandidaten, der Hausbesitzer sein muß, Umschau zu halten. Für den am Sonntag, den 11. Oktober, bei Halles stattfindenden Kursus über soziale Gesetzgebung ist Genosse Mitter-Berlin als Lehrer gewonnen worden. Die Genossen haben Stellung genommen zu dem Beschluß von Groß-Berlin, wonach der monatliche Beitrag für weibliche Mitglieder 10 Pf. beträgt. Die Tegeler Genossinnen haben sich einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Monat auferlegt. Ferner legen die Genossinnen der Versammlung folgenden Antrag vor: „Die Mitgliederversammlung möge beschließen, die Unterrichts- und Diskussionsabende für weibliche Mitglieder, die sich in der bisherigen Organisationsform als zweckmäßig erwiesen haben, innerhalb des Wahlvereins weiter bestehen zu lassen und zwar alle vierzehn Tage; als Leiter ist Genosse Heinig zu bestimmen. Das Vorgehen: „Die Frau und der Sozialismus“ ist als Grundlage der Diskussion zu bestimmen.“ Dem Antrage wurde zugestimmt. Für die Kinderbuchkommission nimmt die Genossin

Krendsee alle Beschwerden entgegen. Als Agitationskommission für die Frauen wurden die Genossinnen Lichtenberg, Graap und Weise beauftragt. Genosse Scheidemann gab bekannt, daß bei der letzten Volksversammlung, in der Genosse Hoffmann über Staat, Kirche und Arbeiter referierte, 75 Auskritische aus der Landeskirche zu verzeichnen sind. Zur Abgabe ihrer endgültigen gerichtlichen Austrittserklärung haben sich die Ausstretenden in der Zeit vom 11. bis 24. Oktober und zwar nur Montag und Mittwoch zwischen 11—1 Uhr im Amtsgericht Wedding, Brunnenplatz, zu melden. Als Legitimation ist Taufschein oder Konfirmationschein mitzunehmen. Vor Schluß der Versammlung wurde noch bekannt gegeben, daß die Genossinnen, die die Klärstation besichtigen wollen, sich am Sonntag vormittag 9 Uhr beim Genossen Dalles treffen. Für den 7. November ist in Trapps Festsaal ein Kunstabend arrangiert.

Köpenick.

In der letzten Wahlvereinsversammlung im „Kaiserhof“ erstattete Genosse Stroger-Rigdorf den Bericht vom Parteitag in Nürnberg. Redner machte sich zur Aufgabe, die Anträge und Beschlüsse zu den Punkten: Parteischnelle, Parteifeier, Jugendorganisation, Frauenbewegung und Budgetbewilligung zu erläutern und forderte die Anwesenden auf, das demnächst erscheinende Parteitagprotokoll eingehend zu studieren. In der Diskussion des mit Beifall aufgenommenen Vortrages machte Genosse Timus als Teilnehmerin am Parteitag längere Ausführungen über die Beschlüsse betreffend Frauenbewegung und Agitation. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von 70 M. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Genossinnen auf, mit Hochdruck zur Stadtverordnetenwahl zu rufen, da die Gegner ebenfalls schon an der Arbeit sind.

Aus der Frauenbewegung.

Aufklärung für die Frauen!

Mit dem Eintritt der Genossinnen in die politischen Organisationen wird die Frage akut: Genügt es, wenn unsere Frauen politisch organisiert sind? Ist es nicht angebracht, für die Frauen besondere Veranstaltungen zu treffen?

Die Nürnberg Frauenkonferenz hat auf die zweite Frage mit einem „Ja“ geantwortet und der Parteitag hat sich durch Annahme der ihm unterbreiteten Organisationsvorschlüsse auf denselben Standpunkt gestellt.

Ganz abgesehen davon, daß es weit schwieriger ist, eine in noch rückständigen Anschauungen erzogene Frau mit dem Sozialismus bekannt zu machen als den Mann, der schon lange sich politisch betätigen konnte, gibt es auch Fragen, deren Lösung für die Frau ein ganz besonderes Interesse hat, weil sie mit ihren Funktionen als Weib eng zusammenhängen. Dem hier entspringenden Bedürfnis kann Rechnung getragen werden, ohne daß die Entwidlung der Frau vom Wege des Sozialismus abfährt. Im Gegenteil: hier ist Grund, dessen Befriedigung für den sozialistischen Samen tausendfältige Frucht verspricht!

Mann und Frau haben als Proletarier dieselben Interessen; sie sind auf denselben Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse angewiesen, und müssen deshalb mit einerlei geistiger Nahrung gespeist werden. Der Gedanke, der gleichen Erziehung von Mann und Frau ist ja auch bei uns nicht neu. Aber der Ausführung stellten sich durch die politische Differenzierung der Geschlechter erhebliche mechanische Schwierigkeiten in den Weg. Die Gleichstellung der Geschlechter im Vereinsleben bringt darin einen Wandel zum Besseren. Wir dürfen damit rechnen, daß die öffentliche Agitation die Frauen in erhöhtem Maße zu uns hinüberzieht und daß das Bedürfnis nach Aufklärung wächst. Die Frage, daß die Parteilbewegung weniger in die Tiefe als in die Breite gegangen sei, findet immer mehr Wiederhall. Die große Masse der Parteigenossen und Genossinnen heischt nach Befriedigung ihres Bildungshungers. Ueberall trachte man danach, das geringe Wissen der Proletarier und Proletarierinnen zu erweitern! Und den Frauen besonders ist Aufklärung in jeder Beziehung so nötig wie das liebe Brot. Die allermeisten Arbeiterfrauen stehen im Punkte Aufklärung und Wissen hinter den Männern zurück. Der in gleichen Verhältnissen lebende Mann findet eher Zeit, ein gutes Buch zu lesen, einen lehrreichen Vortrag zu besuchen, als die Frau; ihre Stellen sich, auch wenn sie nicht nebenbei Lohnarbeiterin ist, mancherlei zeitraubende Hindernisse in den Weg. Darum sollte man nirgends veräumen, an die systematische Aufklärung der Frauen heranzugehen.

Die in Berlin seit Jahren bestehenden Lesesabende müssen erweitert und an Orten, wo bisher keine bestanden, solche eingerichtet werden. Keine Küche kann und darf verdrängen. In Berlin und anderen Orten hat man auch erst lange suchen müssen, ehe die rechte Methode gefunden wurde. Lange sah man nicht den gewünschten Erfolg, bis denn doch schließlich reisende Fräulein als der Küche Preis und Lohn sich zeigten.

Noch eine andere Art der Belehrung der Frau sollte nicht vernachlässigt werden, nämlich die Aufklärung durch die Tagespresse. Genau so, wie in Vereinen und Versammlungen besondere, die Frauen hauptsächlich interessierende Themen behandelt werden sollen, muß das auch in unserer Presse geschehen. Wenn es auch richtig ist, daß alle Erscheinungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens Mann und Frau gemeinsam interessieren, so können manche Fragen gesondert behandelt, dem Verständnis der Frau besser nahe gebracht werden. Das Ziel im Auge, energisch an die Arbeit, dann gewinnen wir Klassenkämpferinnen, — und solche brauchen wir!

Vermischtes.

110 Personen ertrunken.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Winnipeg berichtet, ist das mit Wächsen beladene Schiff „Star of Bengal“ gestern bei der Insel Coronation an der Küste von Alaska gesunken. 110 Menschen, darunter 20 Weiße, der Rest Indianer, sind ertrunken.

Die Cholera.

Mit unerbittlicher Gewalt wüthet die Seuche in Petersburg fort. Nach den vorliegenden Meldungen waren vom Donnerstag mittag bis gestern mittag 357 Neuerkrankungen und 163 Todesfälle zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Erkrankten beträgt zurzeit 1808.

Nummer hat die Seuche auch nach Riga übergegriffen. Dort ist gestern der erste Cholerafall mit tödlichem Ausgang vorgekommen.

Unwetter-Katastrophe.

Einer Meldung des „Reuterischen Bureau“ zufolge hat ein Orkan am 13. und 14. d. M. die westindischen Inseln Nassau, New-Providence, Long-Island, Rum-Tage und Wallings-Island verwüstet. Er hatte eine Schnelligkeit von hundert Meilen in der Stunde und zerstörte neun Zehntel aller Häuser. Auch Verluste an Menschenleben sind zu beklagen. Die Regierung sandte Schiffe mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken zur Unterstützung der von allem entblößten Einwohnerchaft ab.

Erdbeben.

Nach einem Telegramm aus Mexiko wurden dort gestern zwei heftige Erdbeben veripft. In der Höhe von Acapulco wurde der auf der Fahrt von San Francisco nach Hamburg begriffene Dampfer „Madnes“ von den Wellen so heftig umhergeschleudert, daß durch herabfallende Holzstücke vier Personen getöet und mehrere verwundet wurden.

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 8—8 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenmedaille findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, zweiter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl, wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr abends bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 8—8 Uhr. In der Nacht als Werktagen betrieblig. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Ehrenmedaille vor.

G. G. 14. Städtische Fortbildungsschule, Landwehrstr. 23. — G. G. Großener Straße 9/10. Das Wort Medesal (Zugestell, Sockel). — G. M. 30. Diagnose — Feststellung einer Krankheit; Obligation — Verpflichtung, Parolebüchse; Gakrop — Magenuntersuchung. — A. G. 23. 1. Wegen der Ableitung des Wortes Sie sich an Wilm, Remer Straße 67. 2. Nennen Sie einen Tierarzt zu Rate. — G. M. 15. Ein solcher Band ist uns nicht bekannt. — J. G. 32. Sie können in dem Termin Ihre Einwendungen gegen die Klage erheben und die Abweisung der Klage beantragen, indes dürfte die Klage dennoch Aussicht auf Erfolg haben. — K. O. 31. 1. Auch ohne einen besonderen Vertrag leben Eheleute, die sich die Ehe schließen, unter Gütergemeinschaft. Zweckmäßig ist es aber, einen Vertrag zu schließen, in dem das Eigentum der Braut anerkannt wird und der Brautigam auf sein Nießbrauchs- und Verwaltungsvorrecht verzichtet. Der Vertrag muß vor einem Notar oder einem Gericht geschlossen werden. 2. Ihr Vorgehen war richtig; die Steuerdeputation laun Ihrem Antrage stattgeben, ist hierzu aber nicht verpflichtet. — M. J. 100. Wahrscheinlich ist die im Vertrage vereinbarte Kündigungsdauer und Länge der Vertragsdauer. — K. L. 1. Leider ja. 2. Von der Polizei können Sie jederzeit eine Invaliditätsbescheinigung erhalten.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Weitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, müssen und wegen der Ueberweisung von Freizeitspenden sofort ihre Adresse ändern, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. °C	Temp. u. F. °F	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. °C	Temp. u. F. °F
Stettin	765	SO	4	halb bb.	11	52	Darmstadt	770	R	2	bedeckt	4	40
Hamburg	763	SO	3	wolfig	9	48	Petersburg	767	SO	1	halb bb.	5	41
Berlin	763	SO	2	halb bb.	9	48	Stettin	761	SO	3	bedeckt	13	55
Königsbr.	763	SO	1	Regen	11	52	Aberdeen	763	SO	1	bedeckt	12	54
München	764	S	1	bedeckt	12	54	Paris	762	SO	1	bedeckt	13	55
Wien	765	SO	1	bedeckt	12	54							

Wetterprognose für Sonnabend, den 26. September 1908.

Mild und teilweise heiter, nachts neblig bei schwachen südlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Wasserstand	am 24. 9. 23. 9.	am 25. 9. 23. 9.
Remel, Mühl	191	-4
Regel, Unterberg	-11	-4
Wesel, Thorn	140	-12
Dber., Railboe	127	-5
Krefen	136	-6
Kranfurt	147	-6
Wärthe, Schrumm	82	0
Landberg	32	+2
Rebe, Barmann	-4	-1
Gide, Leitmeritz	-158	-4
Dresden	74	-6
Worb	74	-6
Magdeburg	85	-10
Saale, Grobühl	84	-1
Habel, Spanbau	35	-2
Haffensow	31	+3
Spre, Spremberg	68	0
Seehon	67	0
Sejer, Münden	-9	+5
Münden	-15	-1
Rhein, Magmilansau	490	-5
Staub	290	-6
Stüb	282	-11
Redar, Hellbrunn	58	-2
Rain, Berthelm	126	-1
Rosel, Trier	40	+4

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterseeel.

Am 21. September verstarb nach schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Herr **Rudolf Heidemann**.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rigardhofes in Reinickendorf aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Krankenspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des **Outmachers** 18368

Eduard Streich

lagen mir allen Freunden, Bekannten, Kollegen und Angehörigen, sowie dem Outmacher-Gesangsverein „Einigkeit“ und den Genossinnen und Genossen des 558. Bezirks unseren herzlichsten Dank.

Anna Streich nebst Kindern.

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9.

Feine Sache! Ausgezeichnet!

Große Ausstattungsoberette.

Neu! **La belle Rose**, Prima-Ballerina. Neu! **Georg Thierry** gen. Silvester-Schäfer II.

10 Spezialitäten 10.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Geschäfts-Eröffnung.

Allen Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß ich Stelliner Str. 57a am Sonnabend, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, eine **18071** **Rind- u. Schweineschlächtere** eröffnen werde.

Jeder Käufer erhält am Eröffnungstage eine Zugabe.

August Schmolke.

4425L*

Paletots	Mark 40.— 38. ⁵⁰ 36.— 34.— 32. ⁵⁰ 30.— 28.— 24.—	21. ⁵⁰	Anzüge	Mark 40.— 38. ⁵⁰ 36.— 34.— 32. ⁵⁰ 30.— 28.— 29. ⁰⁰	24. ⁵⁰
----------	--	-------------------	--------	---	-------------------

an

M. Schulmeister

Dresdener Str. 4, am Kottbuser Tor.
(Hochbahn-Station):

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.